Nummer 13 | Stuttgart, 28. März 1914 | 22. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röteſtraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgespaltene Kolonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von 575000 EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Von den „Grenzen" der Gewerkschaftsmacht.

I.

rt. Ein lebhafter Meinungsaustausch über Schlagfähigkeit und Organisationsform der Gewerkschaften hat unlängst in der Neuen Zeit, dem wissenschaftlichen Organ der Sozialdemokraten Deutschlands stattgefunden. Im Grunde war der Meinungsaustausch denselben Ursachen entsprungen wie die dem tätigen Gewerkschafter hier und da begegnenden Ansichten von den Grenzen der Gewerkschaftsmacht. Kann das Suchen nach einer die Schlagfertigkeit der Gewerkschaften erhöhenden Organisationsform — ob es Erfolg haben mag oder nicht — nur begrüßt und unterstützt werden, so bleibt hingegen das Reden von den Grenzen der Gewerkschaftsmacht unverständlich. Es ist das nichts als der Ausfluß unklarer Gedanken über die Zusammenhänge zwischen Gewerkschaftsbewegung und privatkapitalistischer Arbeitsweise.

Im Kampfe der Arbeiterklasse um seine Befreiung ist den Gewerkschaften eine bedeutsame geschichtliche Aufgabe zugefallen. Sie sollen das weite Wirtschaftsgebiet beackern und die zahlreichen Mißstände beseitigen, die hier gleich Unkraut das Arbeiterleben umwuchern. Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung, Umgestaltung des jetzigen Arbeitsverhältnisses in ein menschenwürdigeres durch gemeinsame Arbeitsverträge — das ist der Gewerkschaften Zweck und Ziel. Je näher sie diesem Ziel kommen, je günstiger werden nicht nur die wirtschaftlichen, die greifbaren, sondern auch die übrigen Lebensbedingungen des Arbeiters. Denn die wirtschaftlichen Verhältnisse sind der tiefste Untergrund allen gesellschaftlichen Lebens. Lebt der Arbeiter in Not und Elend, so vergrößert sich für ihn die Gefahr, auch geistig und sittlich hinabzusinken. Sind dagegen seine wirtschaftlichen Verhältnisse gute, dann hebt sich wieder sein ganzes Menschentum. Wehe der Arbeiterklasse, die nicht Kraft fände oder die Kraft verlöre, sich höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu erringen! Sie wäre nicht nur wirtschaftlich verloren, sondern auch geistig und politisch. Nur höhere Löhne ermöglichen heute dem Arbeiter den Eintritt in die Tempel der Kunst und Wissenschaft, und nur kürzere Arbeitszeit verleiht ihm die dazu nötige Muße. Der gewerkschaftliche Kampf ist also ein Kampf von größter Kulturbedeutung.

Schon im Anfang dieses Kampfes gab es in der deutschen Arbeiterwelt über die Entwicklungsmöglichkeiten der Gewerkschaften einige Zweifler. So hatte Wilhelm Liebknecht bedenklich den Kopf geschüttelt, als er von der Zukunftsaufgabe der Gewerkschaften, von den kommenden Tarifgemeinschaften und vom Achtstundentag als Frucht gewerkschaftlicher Kämpfe reden hörte. Er wollte nicht glauben, daß die deutschen Gewerkschaften jemals die Entwicklungshöhe der englischen erreichen würden. Aber er und die übrigen Zweifler von damals unterschieden sich grundsätzlich von den heutigen. Nach Liebknechts Ansicht sollten die Gewerkschaften gar nicht nötig haben, eine große Organisationsmacht zu entfalten. Warum denn? Wenn sie wirklich die stolze Höhe der englischen erklimmen könnten, dann würden längst vorher die roten Fahnen der siegreichen Sozialdemokratie auf den „Zwingburgen der deutschen Bourgeoisie" wehen. Die Zweifler von heute aber sehen schon bereits überall die Grenzen der Gewerkschaftsmacht gezogen und rufen ihre vermeintliche Entdeckung mehr keck als klug in die Welt hinaus.

Das Auftauchen solcher Ansichten stets in Zeiten ungünstiger Wirtschaftslage oder nach verlorenen größeren Kämpfen ist kein Zufall. Wenn größere Wirtschaftskämpfe für die Arbeiter verloren gegangen sind oder wenn die Wirtschaftskrise gar zu sehr wütet, dann wird der Geist der Scharfmacher noch übermütiger als er gewöhnlich ist. Dann kommen große und kleine Schikanen, Lohnabzüge und sonstige Arbeitsverschlechterungen, ohne daß die Arbeiter sich sogleich mit Aussicht auf Erfolg zur Wehr setzen könnten. Die Gewerkschaften sind in solcher Lage tatsächlich oft in ihrer Wirkungskraft gelähmt. Krise oder verlorener Kampf haben die Kräfte übermäßig verzehrt. Die Scharfmacher nützen das aus und treiben die Arbeiter schier zur Verzweiflung. Dann tauchen plötzlich die alten Bekannten aus der Versenkung empor und sagen: Seht, die Gewerkschaften sind an den Grenzen ihrer Macht! Das Heil kann nur von großen Massenaktionen unter Mithilfe der Unorganisierten erwartet werden. Die lieben Unorganisierten! Sie trenne ja von den Organisierten nur das berühmte Blatt Papier. In weltbewegten Zeiten würden sie von den organisierten Sturmkolonnen einfach begeistert und mit fortgerissen. Freilich gehen im Trubel neuer siegreicher Gewerkschaftskämpfe bei besserer Wirtschaftslage diese Anschauungen wieder unter, aber sie tauchen von neuem auf, wenn die Ungunst der Verhältnisse wieder einmal eine Zeitlang den Fortschritt hemmt. Den Schaden von solchen Kritiken haben allemal die Gewerkschaften, deren Werbe- und Schaffenskraft dadurch noch mehr geschwächt wird. Wankelmütige und weniger Weitblickende werden dadurch abtrünnig, Gleichgültige dauernd ferngehalten. Sie sagen sich: wenn im Lager der Arbeiterbewegung selbst von den Grenzen der Gewerkschaftsmacht gesprochen wird — dann muß es wohl wahr sein. Was können uns die Gewerkschaften dann aber noch nützen?! Dieser Unsinn ist die logische Folge unsinniger Lehren!

Was heißt denn das: die Grenzen der Gewerkschaftsmacht? Die Grenzen einer Macht, gleichviel ob die der Gewerkschaften oder der Partei, sind doch wohl dann gegeben, wenn die Quellen nicht mehr fließen, aus denen ihre Macht kam, oder wenn der Boden beseitigt ist, in dem ihre Macht wurzelt! Quellen und Boden der gewerkschaftlichen Macht sind die privatkapitalistische Arbeitsweise. Ohne sie ist das Bestehen unserer heutigen Gewerkschaftsbewegung undenkbar. Daraus folgt, daß die Macht der Gewerkschaften so lange Entwicklungs- und Erweiterungsmöglichkeiten hat, solange die privatkapitalistische Arbeitsweise besteht.

Die Gewerkschaftsmacht ist in steter Erweiterung begriffen. Ein verlorenes Gefecht im großen Allgemeinringen oder ungünstige Wirtschaftszeiten spielen bei Beurteilung dieser Frage nur eine untergeordnete Rolle. Ueberblicken wir das ganze Kampffeld, dann sehen wir eine fortgesetzte Kette von Machtzuwachs. Je größer die Gewerkschaften und je stärker die Ueberzeugung ihrer Mitglieder, desto größer ihre Macht. Ihre Grenzen rücken in immer weitere Fernen, je mehr Arbeiter und Arbeiterinnen mit heißer Liebe und fester Ueberzeugung sich ihnen zugesellen und mitkämpfen um die Erringung ihrer gesteckten Ziele. Die Macht wird fortdauernd gezeugt durch das zu erstrebende Ziel. Für die „Ziele" eines Rauchklubs wird sich keine nach Erlösung sehnende Menschheit begeistern können. Aber für die Ziele der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie werden immer größere Massen begeistert, immer neue Scharen von Kämpfern gewonnen. Sie wollen das Ziel erreichen, und darum ihr Ringen und Streben im Bunde der Organisation. Früher kämpften die Gewerkschaften um den zehnstündigen Arbeitstag, weil ihre Macht zur Erringung größerer Ziele noch nicht ausreichte. Später gelang es ihnen nach langen und oftmals erbitterten Kämpfen, die Arbeitszeit auf 9½ Stunden täglich festzusetzen. Dann war der neunstündige Arbeitstag das nächste Ziel des fortdauernden Kampfes. Und vereinzelt haben sie schon hier und da den Achtstundentag errungen. Damit Hand in Hand gegangen ist eine stete Steigerung der Löhne, die den fortdauernden Steigerungen der Lebenskosten des Arbeiters einigermaßen die Wage zu halten vermochten. Die Macht der Gewerkschaft hat sich also fortgesetzt erweitert infolge ihrer Entwicklung. Oder wenn man will: In jeder Stunde der Geschichte der Gewerkschaften sind für sie Grenzen vorhanden gewesen, und jeder dieser Stunden sind diese Grenzen weiter hinausverlegt worden durch Gewinnung neuer Kämpfer. So ist der gewerkschaftliche Einfluß auf die Arbeit heute größer denn je. Er wird noch größer werden, wenn wir die Bahnen wandeln, die Bebel den Gewerkschaften vorgezeichnet hat. „Eine Gewerkschaft," so rief er in seiner 1900 erschienenen Schrift „Die Gewerkschaftsbewegung und die politischen Parteien" den deutschen Arbeitern zu, „wird ihre Aufgaben und Zwecke um so gründlicher erreichen, je stärker sie ist, das heißt je mehr Arbeitsgenossen aus dem gleichen Arbeitszweig sie umfaßt, je geschickter ihre Leitung ist, je gefüllter ihre Kassen sind. Alsdann ist auch schon ihre moralische Macht so stark, daß viele Zumutungen gegen die Arbeiter unterbleiben, die andernfalls gestellt würden. Die bloße Existenz einer starken Gewerkschaft ist eine Mahnung an den Unternehmer, die Saiten nicht zu straff zu spannen. Da ferner in der Fabrik und im gewerblichen Betriebe Arbeiter ohne Unterschied der religiösen und politischen Ueberzeugung, oft auch von verschiedener Nationalität beschäftigt werden, so muß die Gewerkschaft ihre Mitglieder ohne Rücksicht auf religiöse oder politische Meinungen und nationale Abstammung aufnehmen. Zusammenschmieden aller vorhandenen Gewerksgenossen in eine Organisation muß das erste Gebot ihrer Politik sein, denn ohne Befolgung dieses Grundsatzes kann sie ihre Aufgabe nicht oder nur ungenügend erfüllen."

Bebel hat hier die Grundsätze angedeutet, ohne deren Befolgung eine Gewerkschaft ihre Aufgabe „nicht oder nur ungenügend erfüllen" kann. Und er nannte als wichtigsten Grundsatz Zusammenschmieden aller in einem Arbeitszweig vorhandenen Arbeitsgenossen ohne Rücksicht auf ihre religiöse und politische Meinung. Diese Aufgabe so gut wie möglich zu lösen sind Tausende von Kräften fortdauernd am Werk.

Wie groß ist der Heereshaufen noch, der den freien Gewerkschaften zugeführt werden kann und muß? Die Antwort erhalten wir am besten durch eine Gegenüberstellung der in den einzelnen Industriegruppen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mit den in diesen Industriegruppen freigewerkschaftlich Organisierten. Dabei müssen wir auf die Berufszählung von 1907 zurückgreifen, da neueres Zahlenmaterial über die Berufsgliederung der deutschen Bevölkerung leider nicht vorliegt. Nur über den Stand der freien Gewerkschaften haben wir neueres Material aus dem Jahre 1912. Wir stellen daher die Ergebnisse der Berufszählung von 1907 den Zahlen über den Stand der freien Gewerkschaften von 1912 gegenüber. Ausgeschieden sind aus beiden Zahlengruppen die Personen, die als „mithelfende Familienangehörige" in der Statistik geführt werden.

Industriegruppen	Beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen 1907	Freigewerkschaftlich Organisierte Ende 1912
Gartenbauindustrie	69220	6858
Bergbau	817504	114062
Industrie der Steine und Erden, chemische Industrie 2c.	899698	284379
Metall-, Maschinen- u. Apparateindustrie	1641835[1]	596839[1]
Textilindustrie	857855	142634
Papier- und Lederindustrie	334760	70041
Holzindustrie	526478	213761
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	766229	124513
Bekleidungsindustrie	533965	114132
Baugewerbe	1273150	463375
Polygraphisches Gewerbe	167796	100345
Handels- und Verkehrsgewerbe	1005893	247516
Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	294611	16542

[1] Die Zahlen umfassen auch Heizer, Maschinisten und Kupferschmiede.

Trotz der glänzenden Entwicklung der freien Gewerkschaften zeigt uns diese Gegenüberstellung von Beschäftigten und freigewerkschaftlich Organisierten noch immer ein recht trübes Bild. Wie Nacht muten die Scharen der Gleichgültigen an, als wollten sie sich dem durchbrechenden Morgenrot entgegenstemmen. Und wohlgemerkt: noch ganz außer Betracht stehen die ungeheuren Massen von Unorganisierten in der Landwirtschaft und die in den häuslichen Diensten. Wir haben sie ausgeschieden, weil sie zur Beurteilung der Frage erst in zweiter Linie kommen.

Ohne das große Heer der landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen und ohne die in den häuslichen Diensten waren nach der letzten Berufszählung vom Jahre 1907 in Gewerbe und Industrie 9 336 671 Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen ohne die „mithelfenden Familienangehörigen" beschäftigt. Den freien Gewerkschaften gehörten davon im Jahresdurchschnitt 1912 als Mitglieder an 2 506 589. Berücksichtigt man die nicht unwesentliche Tatsache, daß die deutsche Bevölkerung von 1907 bis 1912 um einige Millionen gewachsen ist, so ist der Unterschied zwischen Beschäftigten und Organisierten noch bedeutend größer.

Bei Beurteilung der Entwicklungsmöglichkeiten der freien Gewerkschaften verdienen zunächst noch die „christlichen" Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine entsprechende Beachtung. Nach ihren Angaben hatten die „christlichen" Gewerkschaften im Jahresdurchschnitt 1912 344 687 Mitglieder; die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 109 225, zusammen also 453 912. Obwohl diese Gewerkschaften ihrem Wesen nach keine Kampforganisationen gegen den Kapitalismus sind, wollen wir ihre Mitgliederzahlen zunächst ruhig einmal zu denen der freien Gewerkschaften hinzuzählen. Dann ergibt sich unter Ausscheidung der Arbeitermassen in der Landwirtschaft und in den häuslichen Diensten im Jahresdurchschnitt 1912 eine Gesamtzahl organisierter Gewerkschafter von 2 960 601. Uebrig bleiben Unorganisierte nicht weniger als 6 376 070. Beachten wir den Zuwachs der Bevölkerung um einige Millionen von 1907 bis 1912 und scheiden wir dann ferner einige Hunderttausend als Organisationsunfähige aus, dann stehen rund sieben Millionen Unorganisierte allein in Gewerbe und Industrie den 2 960 601 Organisierten gegenüber. Unseliger Gedanke von den Grenzen der Gewerkschaftsmacht! Wollen wir diese dunklen, unorganisierten Massen ihrem dumpfen Schicksal überlassen? Oder können wir mit ihnen, so wie sie sind, die Welt erobern? Weder das eine noch das andere. Es ist ein rettender Ausweg da. Wir werden ihn finden!

Die Zentrumschristen als Hüttenarbeiter„freunde".

Die Geschichte erzählt uns von Herostratus, einem Epheser, der den Artemistempel von Ephesus in Brand setzte, um auf diese Weise seinen Namen auf die Nachwelt zu bringen. Das ist ihm denn auch gelungen. Daß ihr Name auf die Nachwelt gelangt, haben ohne Zweifel auch die zentrumspflichtigen „christlichen" Gewerkschaften fertiggebracht. Würde das nicht schon durch den allgemeinen Arbeiterverrat dieser wurzellosen Fremdlinge im Volkskörper geschehen, dann gewiß durch die eigenartige Stellungnahme der „Christlichen" zur Frage der Förderung des Hüttenarbeiterschutzes. Wie flogen die Kraftausdrücke, wie komödiantenhaft „entrüstet" taten die „christlichen" Kämpen, wenn wir auch nur im entferntesten den ehrlichen Willen dieser Leute, den Arbeitern der Großeisenindustrie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu helfen, anzweifelten. Wahrlich: hätten die Zentrumschristen auch nur den zehnten Teil der zur Angeiferung der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie verpufften Kraft dazu verwandt, die ultramontanen und konservativen Schildhalter des „liberalen" Großkapitals und die Regierung als Beschützer dieser Kreise zu bekämpfen, statt sie zu ihren arbeiterfeindlichen Maßnahmen zu kräftigen, es könnte heute besser um den Schutz der Arbeiter in Hütten- und Walzwerken bestellt sein. Ist es nicht ein Bild aus dem Tollhaus: Da stellen sich die Hansnarren von M.-Gladbach, als wollten sie die Welt umkehren, um einen besseren Schutz der Großeisenarbeiter zu bewirken und sie stehen doch nur denen, die wirklich etwas voranbringen, im Wege. Wer lachte nicht schon über den Zirkusclown, der sich fürchterlich anstrengte, sich beständig mit einem riesigen Sacktuch den Schweiß abwischte und mit fabelhafter Fixigkeit immer erst herbeisprang, wenn andere Leute die Arbeit — schon getan hatten! Im Zirkus weiß jeder, daß der „dumme August" Jux macht, und der „Kunstenmaker", wie Reuter sagen würde, weiß es selbst. Er verlangt nicht, daß die lachenden Zuschauer seine Betriebsamkeit ernst nehmen.

Anders die Zentrumschristen. Zwar wissen sie selbst gut genug, daß sie in der Arbeiterbewegung die Rolle des Zirkusclowns spielen, sie verlangen aber allen Ernstes, daß die Welt ihre „Kunstenmakerei" für ernst nehme! Das heißt die Arbeiterwelt, um die sich ja zum Leidwesen der arbeiterfeindlichen Parteien und deren Schleppenträger annoch alles dreht. Die „Kunstenmakers" in Fritz Reuters humorvollem „Oogenverblennen" (vorspiegeln, täuschen) wollten dem Bauerntaps am Schluß der Vorstellung ein Junges zeigen von einem Kaninchen und einem Hahn. Das brachten sie nun zwar nicht fertig, weil das Junge angeblich „mit Tod abgegangen" war, aber sie zeigten dem erstaunt aufsehenden Jüngling vom Lande dafür — die beiden lebenden Eltern! Die Zentrumschristen suchten bei den letzten allgemeinen politischen Wahlen dazutun, daß unzweifelhaft ein neues Heldenzeitalter der Sozialreform beginnen müsse, wenn es nur gelinge, etliche bewährte sozialdemokratische Freunde der Hüttenarbeiter aus dem Parlament hinaus- und dafür erklärte Scharfmacherfreunde hineinzubringen. Es gelang in einigen Kreisen und der nachherige Erfolg war denn auch durchaus so, wie er von jedem vernünftigen Menschen vorauszusehen war, wenn auch für einen besseren Hüttenarbeiterschutz verteufelt wenig dabei herauskam. Die neuen mit zentrumschristlicher Hilfe gewählten „liberalen" Reichstagsabgeordneten für Bochum und für Duisburg schlugen sich bei der Abstimmung über die Anträge auf Förderung des Schutzes der Großeisenarbeiter auf die Seite derer, die sich einem besseren Schutz dieser Arbeitergruppen mit allen Mitteln widersetzen. Und ist es gleich Wahnsinn, so hat es doch Methode, auch der Abgeordnete Heckmann spürte wohl so etwas wie „gottgewollte Abhängigkeiten", er wußte, was man hohen Herren schuldig war. Dabei

haben die Zentrumschristen vor der Wahl den Herrn Heckmann als abgestempelten M.-Gladbacher, als Mitglied der „christlichen" Gewerkschaften zur Schau gestellt! Freilich: wollen die Zentrumschristen auch vom Darwinismus nichts wissen, so kennen sie doch die Kunst der Anpassung. Sie stellen sich taub und tot, wenn man ihnen die Heldentaten der von ihnen in den Hüttenarbeiterwahlkreisen mitgewählten Abgeordneten vorhält. Sie gehen nicht darauf ein, sie hören es nicht, weil sie es nicht hören wollen. Dafür schimpfen sie dann wieder um so mörderlicher auf die Sozialdemokraten. Sehen wir den „Kunstenmakers" etwas zu.

„Verehrte Damen und Herren!" — so redete Giesberts auf dem sogenannten 3. Deutschen Arbeiterkongreß (nach dem Deutschen Metallarbeiter Nr. 52 vom 27. Dezember) — „Die Verhältnisse in der schweren Eisenindustrie bedürfen dringend der Abhilfe, darin stimmen alle sozial denkenden Schichten überein. Daran können auch Eingaben und Broschüren der Industriellen nichts ändern. Die Internationale Gesellschaft für gesetzlichen Arbeiterschutz hat sich wiederholt mit diesem Problem befaßt. Leider hat die Regierung bis jetzt in keinerlei Weise Entgegenkommen gezeigt. Es besteht die begründete Vermutung, daß dieses auf den Einfluß der Großindustrie zurückzuführen ist. Es wird des ganzen Nachdruckes der Arbeiter und ihrer Freunde bedürfen, um die Regierung vorwärts zu drängen."

Der ganze Nachdruck der Christlichen wurde allerdings aufgewandt, um die Vertreter der Verhinderer eines besseren Hüttenarbeiterschutzes in — die Parlamente zu bringen! Eine nette Arbeiterschutzförderung.

In einem Rückblick auf das vergangene Jahr kam der „christliche" Deutsche Metallarbeiter in seiner Nr. 1 vom 3. Januar auch auf die Fragen des Hüttenarbeiterschutzes zu sprechen. Da hieß es, bedauerlich sei und bleibe, daß die Arbeiterorganisationen keinen bestimmenden Einfluß auf die Auswahl und die Entsendung der zu einer Konferenz über die geplante Abänderung der Großeisenschutzverordnung geladenen Arbeitervertreter gehabt hätten. Es bleibe abzuwarten, wie sich die Sache weiterentwickeln werde. Aber bestimmenden Einfluß haben die Arbeiter doch jedenfalls bei der Wahl der Abgeordneten zu den Parlamenten, was, wie die Dinge liegen, immerhin die Hauptsache bleibt. Diesen Einfluß nutzten die Zentrumschristen dadurch aus, daß sie mit allen Mitteln versuchten, nationalliberal-scharfmacherische Gegner eines besseren Hüttenarbeiterschutzes in die Parlamente zu bringen. Und die taten da nach ihrer Herren Gebot. Die zentrumschristlichen Sklaven müssen sich „ducken und schweigen". „Daß im übrigen Herr Böttger die Interessen der Unternehmer wahrnahm und die Petitionen nur zur Erwägung überwiesen wissen wollte, überhaupt den Erlaß einer erweiterten Verordnung zu verschleppen suchte, versteht sich am Rande." So schrieb der „christliche" Deutsche Metallarbeiter, das Blatt der zentrumschristlichen Metallarbeiter, in seiner Nr. 5 vom 31. Januar über den Hüttenarbeiterschutz im deutschen Reichstage. Also daß der Abgeordnete Böttger im Unternehmerinteresse eine erweiterte Schutzverordnung zu verschleppen suchte, erscheint den Zentrumschristen selbstverständlich! Und wenn man dazu hält, daß es den Christenleuten ebenso selbstverständlich schien, bei der Reichstagswahl in Duisburg den sozialdemokratischen Freund des besseren Hüttenarbeiterschutzes, Hengsbach, zu bekämpfen und dafür ausgerechnet diesen Dr. Böttger ins Parlament zu bringen, dann wird wohl für gleich „selbstverständlich" angesehen werden, daß solche „christlichen" Hanswürste die rechten Kerle sind, sich als ehrliche Freunde der Großeisenarbeiter aufzuspielen!

Und wie im deutschen Reichstag, so im preußischen Abgeordnetenhaus. Auch bei den preußischen Landtagswahlen haben sich die Zentrumschristen bemüht, die nationalliberalen Feinde des Hüttenarbeiterschutzes gegen sozialdemokratische Kandidaten herauszuhauen. So haben sich die Christlichen denn auch einen schönen „Geitling", wie sich der Abgeordnete Hue ausdrückte, in der Person des in Dortmund-Land zum Abgeordneten gewählten nationalliberalen Dr. Cremer gefangen. Lang ist es her, als der Abgeordnete Dr. Beumer unserm Kollegen Hue entgegentrat, als dieser im Reichstag mit der Schilderung der Lage der Hüttenarbeiter begann. Beumer war ungeniert und stark im Ableugnen, er fand nichts zu erinnern und rühmte, daß die Hüttenherren eine amtliche Untersuchung nicht zu scheuen hätten. Inzwischen ist der geschäftige Unternehmersekretär in der Oeffentlichkeit etwas stiller geworden, seine Schönfärberei wurde kaum noch irgendwo ernst genommen. Aber im preußischen Landtag gibt Beumer jetzt doch noch, wenn auch mattere Auflagen seiner idyllischen Schilderung des Lebens der Großeisenarbeiter. Dafür springt aber mit Jugendtrutz der neue Dr. Cremer in die Fußstapfen Dr. Beumers. Im preußischen Landtag sprach zum Handels- und Gewerbeetat auch der Abgeordnete Giesberts, der dann erlebte, daß ihm der von seinen zentrumschristlichen Freunden mitgewählte Dr. Cremer entgegentrat, wo es sich um die Fragen einer Förderung des Hüttenarbeiterschutzes handelte. Und erst der Abgeordnete Hue, der hernach zum Wort kam (siehe unsere vorige Nummer) unterstützte die Forderungen der christlichen Arbeiter. Hue ist aber der Mann, gegen den die Zentrumschristen lieber den Teufel eintauschen wollten!

Dr. Cremer malte die Gefahren aus, die bei einer Verkürzung der Arbeitszeit in den Hüttenwerken durch die angeblich größer werdenden Zahlen der fremdländischen Arbeiter entständen. Wozu zu bemerken ist, daß gerade heute bei der fast schrankenlosen Ausnutzung der Arbeitskräfte die Unternehmer massenhaft fremde Arbeiter ins Land holen. Damit wird dann zur guten Geschäftszeit rastlos gewühlt, um — damit um so eher die Krise herbeizuführen. Dann aber fliegen die deutschen Arbeiter oft noch eher aufs Pflaster als die fremdländischen. Nach Dr. Cremer sind die Hüttenarbeiter durch die Bank kraftstrotzende Riesengestalten, die wohl gar entsprechend mehr in die Länge und in die Breite gehen, je mehr sie zu Sonntagsarbeit und Ueberstunden herangeholt werden. Und die Ueberstunden werden beileibe nicht etwa deshalb geleistet, weil der Grundlohn bei unseren teuren Zeiten nicht ausreicht, um die Familie zu versorgen oder sich einen kleinen Notpfennig zurückzulegen, sondern aus purer Begeisterung, weil die Hüttenarbeiter — so scheint's — auf andere Art ihren riesigen Kraftüberschuß nicht loswerden können! Geben wir eine Kostprobe von der Art, wie Dr. Cremer Tatsachen zurechtbeichselt. Nach dem stenographischen Bericht erklärte Dr. Cremer unter anderm in der Sitzung des preußischen Landtags vom 7. März 1914:

„Der größte Teil der Ueberstunden wird von den Arbeitern freudig verfahren, sie drängen sich danach, weil sie sich rüstig und kräftig genug fühlen, um sich entsprechend mehr zu betätigen, und weil sie den Ehrgeiz haben, es wirtschaftlich weiterzubringen. Das sind Tendenzen, die wir von unserer intelligenten und fleißigen heimischen Arbeiterschaft allerdings überall voraussetzen; aber gerade in der Arbeiterschaft des Großeisengewerbes sind sie sogar vorherrschend. Wenn vom Herrn Abgeordneten Giesberts gesagt wird, er beziehe sich in diesem Punkte auf den Bericht des Gewerbeinspektors von Düsseldorf, wonach gerade die kräftigsten, fleißigsten und tüchtigsten Arbeiter die meisten Ueberschichten verfahren, so kann ich das durchaus unterstreichen, und das spricht dagegen, daß die Ueberstunden für die Arbeiter gesundheitlich und moralisch gefährlich seien."

Sehen wir zu, wie es damit steht. Bekanntlich kamen die Unternehmer, als das Ueberstundenverzeichnis immer länger wurde, mit dem Trick, es handle sich dabei nur um eine Arbeitszeitverschiebung, und es wurde alles aufgezählt, was sich nur irgendwie in eine Gegenrechnung pressen ließ: Polenfestlichkeiten, Kontrollversammlungen, Hochzeiten, Kirmessen und was sonst alles. Gegen diese windige Statistik wandte sich, wie deutlich durchschien, der Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten für den Bezirk Düsseldorf. Da wurde bemerkt, ein großer Teil der außergewöhnlich langen Ueberarbeit entfalle auf Arbeiter, die recht anstrengende Arbeiten zu verrichten hätten. Dazu komme, daß diese Leute fast durchweg zu den fleißigsten, tüchtigsten und zuverlässigsten gehörten, und daß daher gerade bei ihnen ein Ausgleich durch willkürliches Feiern so gut wie gar nicht in Frage komme! Es wurde folgende Schlußfolgerung aus den Tatsachen gezogen:

„Die neuerdings angestellten Ermittelungen haben daher aufs neue bestätigt, daß in den Betrieben der Großeisenindustrie die Arbeitszeit einer erheblichen Anzahl von Arbeitern infolge ausgedehnter Überarbeit häufig so lange dauert, daß darin eine Gefahr für die Gesundheit dieser Arbeiter erblickt werden muß."

Man sieht: hat auch Dr. Cremer ganz andere Anschauungen über den Hüttenarbeiterschutz als wie sie die Zentrumschristen — hie ihm zu seinem Mandat verhalfen — scheinen lassen, so haben doch beide Parteien die Fertigkeit des „Kunstenmakens".

Die Arbeiter der Großeisenwerke sehen diese Künste hüben und drüben und — dessen sind wir nicht bange — lachen sie auch ab und zu ob der Verrenkungen, am Ende werden sie doch die Folgerung ziehen und das scharfmacherisch-zentrumschristliche Theater ohne Publikum lassen.

Die badische Gewerbeinspektion im Jahre 1913.

Die badische Gewerbeinspektion ist wieder zuerst auf dem Plane mit ihrem Berichte für das verflossene Jahr, der mit seinen rund 200 Seiten eine reiche Fülle von Tatsachenmaterial, aber weniger kritische und anregende Betrachtungen enthält, mit welchem Mangel er den in dieser Beziehung durchaus nicht vorbildlichen Berichten der preußischen Gewerbeinspektion folgt. Für uns hat der Bericht noch eine besondere Bedeutung mit der auf 46 Seiten gegebenen Sonderdarstellung der Verhältnisse in den badischen Eisengießereien und dem beigegebenen 100 Seiten starken Berichte über die Einkommens- und Wohnungsverhältnisse der Arbeiter der Maschinenfabrik Gritzner, A.-G. in Durlach. Wir werden auf diese beiden Sonderarbeiten noch zurückkommen.

Dem allgemeinen Berichte ist zu entnehmen, daß auch im Jahre 1913 trotz der ungünstigen Wirtschaftslage die badische Industrie eine Weiterentwicklung erfahren hat. Es stieg die Zahl der Betriebe von 12 092 auf 12 560 und die der Arbeiter von 276 037 auf 284 059. Mit dieser industriellen Weiterentwicklung steht auch in Uebereinstimmung die Zunahme der gewerblichen Baugesuche von 1595 auf 1651. Der Anteil der Metall- und Maschinenindustrie ist allerdings von 180 auf 170 zurückgegangen. Hingegen ist die Zahl der Betriebe und Arbeiter beider Industriegruppen weiter gestiegen, wie folgende vergleichende statistische Uebersicht zeigt:

	Metallindustrie		Maschinenindustrie	
	1913	1912	1913	1912
Betriebe	1227	1185	997	943
Erwachsene Arbeiter . .	24927	25141	41099	39084
„ Arbeiterinnen	9621	9416	2378	2313
Jugendliche	4188	4041	3749	3531
Kinder	67	96	4	7
Gesamtzahl der Arbeiter	38805	38694	47230	44885

Das Wachstum der Arbeiterzahl in der Metallindustrie war demnach sehr bescheiden, die Zahl der über 16 Jahre alten männlichen Personen ist sogar zurückgegangen, allerdings erfreulicherweise auch die der Kinder. Dagegen ist die Zahl der über 16 Jahre alten Arbeiterinnen wie auch die der Jugendlichen weiter gestiegen. Der Schluß bedeutet also Verdrängung der etwas teureren männlichen Arbeitskraft durch die billigeren weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte, eine Verschiebung in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft, die namentlich ihrer Folgen wegen bedenklich ist.

Günstiger gestalteten sich die Verhältnisse in der Maschinenindustrie, wo mit Ausnahme der Kinder, deren Zahl eine weitere Verminderung erfuhr und die in dieser Statistik wohl bald ganz verschwinden werden, alle anderen Arbeitergattungen eine weitere Vermehrung erfuhren, die stärkste die der männlichen Personen im Alter von über 16 Jahren.

Soweit sich der Bericht mit der Wirtschaftslage beschäftigt, kommt in der Hauptsache nur deren Verschlechterung zum Ausdruck. So wird über die Pforzheimer Bijouterieindustrie berichtet, daß die befürchtete Geschäftsstockung, wenn auch nicht allgemein und besonders mehr für die erste Hälfte des Jahres, mit der Wirkung eingetreten ist, daß viele Firmen sich von Februar bis Juni gezwungen sahen, nur an 5, an 4, ja sogar nur an 3 Wochentagen arbeiten zu lassen. Ausgetretene Arbeiter wurden nicht immer wieder ersetzt, da und dort fanden auch Entlassungen statt. Mit Südamerika kam infolge schlechter Ernte und allgemeiner Spannung auf dem Geldmarkte kein rechtes Geschäft zustande, die gleichen Wirkungen halten für Mexiko die politischen Wirren. Frankreich suchte durch Zollmaßnahmen seine heimische Industrie zu fördern. Italien und Nordamerika werden im Wettbewerb stets stärker. Die Revision des amerikanischen Zolltarifs brachte die erhoffte Zollermäßigung nicht. Etwa um die Mitte des Jahres machte sich ein

Zur Geschichte des Perpetuum mobile.

Von Professor Dr.-Ing. G. M. Koehler (Darmstadt).

(Schluß.) (Nachdruck verboten.)

Daß die Verbindung „Hochbehälter-Wasserrad-Untergraben-Pumpe-Hochbehälter" nicht zu einem Perpetuum mobile führen kann, hat schon Leonardo da Vinci in seinem Codice atlantico dargelegt. Eine bedeutende Kraftanlage mit ähnlichem Kreislauf des Wassers wie in den Perpetuum mobile-Plänen der mittelalterlichen Phantasten findet sich im Elektrizitätswerk der Stadt Schaffhausen. Daselbst wird während der Zeit schwachen Stromverbrauchs Wasser durch zwei je 500pferdige Schleuderpumpen in einen 130 m höheren Sammelbehälter von 2300 cbm Inhalt gefördert; bei steigender Stromentnahme läßt man das Wasser durch zwei je 500pferdige Hilfsturbinen zurückfließen. Die Kilowattstunde dieser Anlage stellt sich trotz aller Verluste auf 8 Centimes, wogegen die gleiche Leistung bei Annahme von Dampfturbinen, Dieselmotoren oder Sauggasmotoren als Reserve 14 Centimes kosten würde.

Auch der Auftrieb von Hohlkörpern sollte manchen Erfindern zur Erzeugung des Perpetuum mobile dienen. Aus dem Jahre 1867 stammt der Vorschlag eines Spaniers Juan Vila y José (Fig. 12). An einer Kette sind 10 Hohlkörper von der Gestalt eines Viertelzylinders befestigt, deren linke Hälfte durch Wasser geführt wird und infolge des Auftriebes in beständigem Kreislauf emporsteigen soll. Hierher gehört auch der Entwurf eines sogenannten Erfinders (nach Dual, Perpetuum mobile, 1909). In einer mit Quecksilber gefüllten Trommel C (Fig. 13) werden senkrecht zu deren Achse zwei Korkkugeln A und B durch Stangen geführt. An den Enden der Stangen sind vier Metallkugeln a, a und b, b befestigt, deren Gewicht vom Auftrieb der Kugeln A und B überwunden werden kann. Wenn sich die Trommel C um einen Viertelkreis weiter gedreht hat, gelangt A in die gegenwärtige Stellung von B, während B durch den Auftrieb aus dem unteren Scheitelpunkt in die jetzige Lage von A gehoben wird ꝛc.

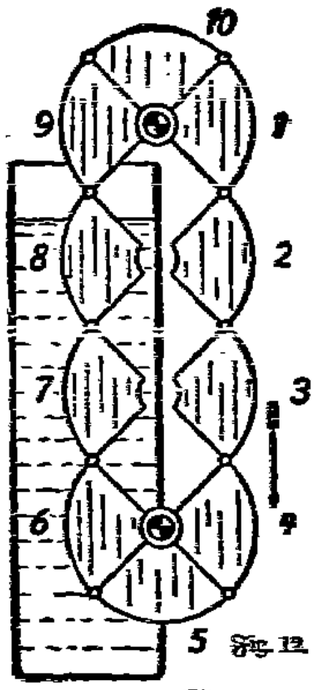


Fig. 12.

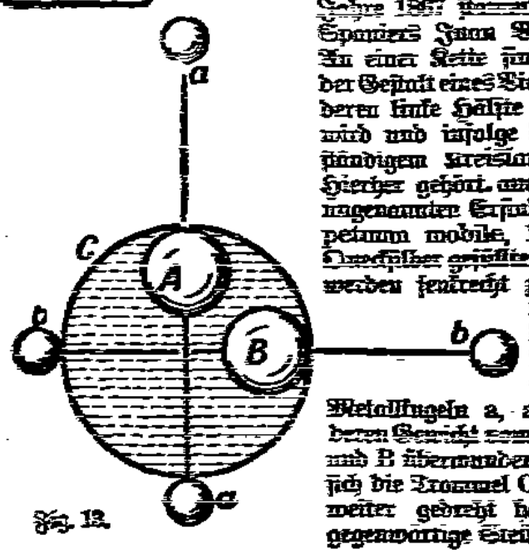


Fig. 13.

Ein weiterer Vorschlag, der den Auftrieb in Flüssigkeiten zur Erzielung eines Perpetuum mobile verwenden wollte, stammt nach obiger Quelle von einem Amerikaner Henry A. Goetz (Fig. 14). Das Unterteil B eines Knierohres A werde mit Quecksilber gefüllt, im senkrechten Schenkel C stehe eine Wassersäule. Die aus dem Rade D fallenden Schwimmkugeln sollen die unterste Kugel durch B drücken, welche vermöge ihres Auftriebes die oberste Kugel aus C emportreibt und zum Einlauf in die Zellen des Rades D bringt.

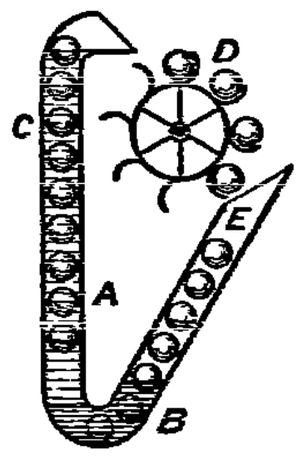


Fig. 14.

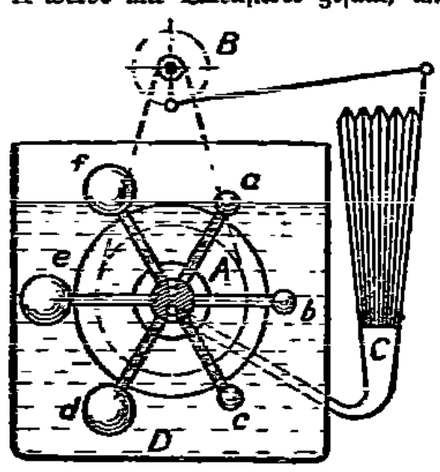


Fig. 15.

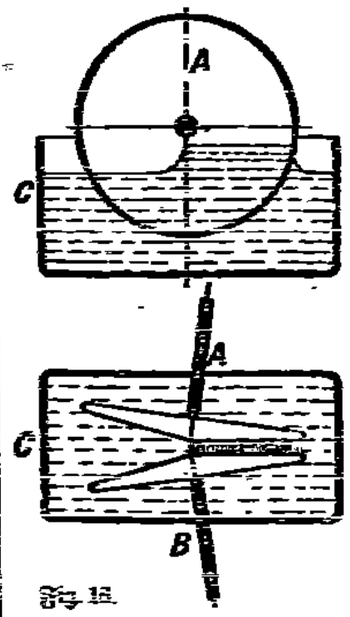


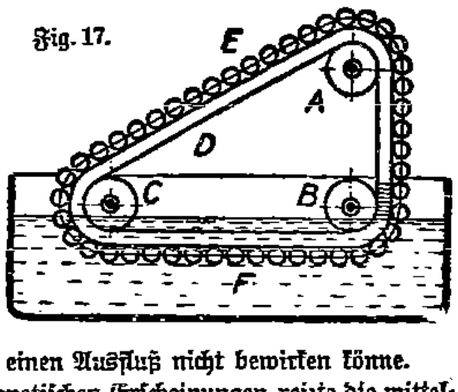
Fig. 16.

Bei der in Fig. 15 dargestellten Ausführung (Mechanics Magazine 1823) sind die rohrförmigen Speichen der Scheibe A mit Gummibällen a, b, c, d, e und f zu verschließen. Die Achse enthält eine mit der Außenluft verbundene und eine andere zum Blasebalg C führende Bohrung. C wird von dem Kurbelgetriebe B betätigt. Die Achsbohrungen sind so angeordnet, daß die Gummibälle im unteren Scheitel ihrer Bahn aufgeblasen werden und sich im oberen Scheitel zusammenziehen. Dadurch soll sich ein linksseitiger Auftrieb in der im Troge D befindlichen Flüssigkeit ergeben.

Auch die Kapillaritätserscheinung sollte den Zwecken der Erfinder dienstbar gemacht werden, wie das Beispiel von J. E. F. Lüdeke 1864 zeigt (Fig. 16). Zwei kegelige Scheiben A und B von sehr stumpfem Spitzwinkel tauchen mit ihrer unteren Hälfte in ein mit Wasser gefülltes Gefäß C. Die Achsen dieser Kegelscheiben bilden einen stumpfen Winkel, infolgedessen saugt sich das Wasser durch Kapillarität in dem schmalen Spalt zwischen A und B empor und erzeugt eine einseitige Belastung.

Auf der gleichen Grundlage beruht der Vorschlag des Sir William Congreve, des Erfinders der Brandrakete, aus dem Jahre 1827 (Fig. 17). Über drei Rollen A, B und C spanne man einen Dochtring D, dessen rechter Teil senkrecht hängt. Um D ist eine gewichtige Ausquetschkette E zu legen. Bis zur Mitte von B und C wird das Ganze in den Wassertrog F getaucht. Durch Kapillarität steigt das Wasser in der rechten Seite des Dochtes D empor, wogegen bei C die Kette E die Flüssigkeit ausquetscht. Folglich ergibt sich neben der Rolle B ein gewisses Übergewicht in dem Dochtring D. 1828 brachte der englische Physiker Neil Arnot in seinen Elementen der Physik den Beweis, daß die Kapillarität zwar ein Wasserfädchen heben, indes einen Ausfluß nicht bewirken könne.

Fig. 17.



Das Geheimnis der magnetischen Erscheinungen reizte die mittelalterlichen Forscher zu den gewagtesten Theorien. Noch das um die Mitte des 16. Jahrhunderts erschienene Werk Magia Naturalis des Giambattista della Porta legt hierfür Zeugnis ab. Als ältestes ernsthaftes Werk über den Magnetismus kann William Gilberts, des Leibarztes der Königin Elisabeth von England, Buch De magnete von 1600 gelten. Dennoch findet man in Athanasius Kirchers De arte magnetica (1643) und in Kaspar Schotts Magia universalis (1667) noch verschiedene als Perpetuum mobile bezeichnete Vorrichtungen. Ihre Erfinder berücksichtigten zwar die magnetische Anziehung, übersahen aber die zur Entfernung des Eisens von einem magnetischen Pole erforderliche Kraft.

Eines der ältesten Beispiele hierfür ist der Entwurf des Jesuitenpaters Johannes Theisner aus dem Jahre 1570 (Fig. 18). Der auf einer Säule gelagerte Magnetstein soll eine Eisenkugel auf einer schrägen Ebene emporziehen, am oberen Ende derselben befinde sich ein Loch, durch welches die Kugel fällt. Eine gekrümmte Bahn befördere die Kugel zum Unterende der Ebene zurück, wo eine Durchlaßklappe angeordnet ist. Die Kugel wird wiederum angezogen usw.

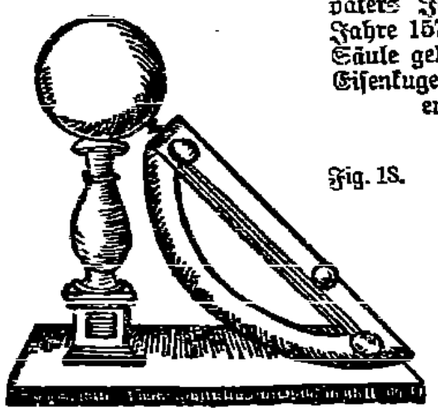


Fig. 18.

Kaspar Schott gibt den Vorschlag des Arztes Jakob

Anziehen des Geschäfts bemerkbar, leider nur vorübergehend. Das Weihnachtsgeschäft, das spät einsetzte, zeigte nicht den beträchtlichen Umfang der guten Jahre. Billige Ware ging am besten. Viel geklagt wird über allzu kurze Lieferfrist, weit hinausgeschobene Zahlungstermine, manchmal bis zu zwei Jahren, und schlechte Preise infolge stets wachsenden Wettbewerbes. Verschiedene englische und amerikanische, auch inländische Grossisten lassen in kleinsten Betrieben arbeiten, denen sie Edelmetall, auch bares Geld für Miete und Lohn vorschießen; so können sie die Preise drücken. Das Entstehen neuer Fabriken, deren Besitzer durch besonders billige Preise in das Geschäft hineinzukommen suchen, wirkt trotz der meist nur kurzen Lebensdauer dieser Geschäfte doch schädigend auf die Industrie. In Frankreich wird für die Silberkettenindustrie Hausarbeit in Anspruch genommen. Anfänge zu diesem System zeigen sich auch in Pforzheim.

Die **Maschinenindustrie** war nicht gleichmäßig beschäftigt. Manche Betriebe hatten reichliche Aufträge. Andere klagten gegen Ende des Jahres über Mangel an Arbeit und verkürzten in einigen Abteilungen die Arbeitszeit. Einige größere **Eisengießereien** entließen im Laufe des Sommers wegen flauen Geschäftsganges eine größere Anzahl von Arbeitern. Eine Waggon- und eine Herdfabrik verkürzten gegen Ende des Jahres die wöchentliche Arbeitszeit um etwa 10 Stunden. Eine Fabrik in der Bodenseegegend arbeitete fast das ganze Jahr über nur an 5 Wochentagen, eine andere entließ Arbeiter.

Ein **Aluminiumwalzwerk** der Bodenseegegend war wieder gut beschäftigt und erweiterte seinen Betrieb beträchtlich.

Der Geschäftsgang in der **Uhrenindustrie** war das ganze Jahr über ruhig. Reiche Weihnachtsaufträge nötigten einzelne Fabriken, Erlaubnis zur Ueberzeitarbeit nachzusuchen und es wurde den Gesuchen auch entsprochen. Eine große Uhrenfabrik stellte die Zahlungen ein und wurde von einer Konkurrenzfirma übernommen. Ein recht bezeichnender Beitrag zu der Planlosigkeit in der kapitalistischen Warenerzeugung ist die Mitteilung, daß **eine neugegründete Firma auf die Betriebseröffnung verzichtete**, wonach auch ihre Gründung nicht notwendig war und keinem „allgemein tiefempfundenen Bedürfnis" entsprach.

Die **Heimarbeit** wird nach den bisherigen Ermittelungen in 11 382 Familien betrieben, wovon 1259 auf die Uhren- und Metallindustrie entfallen. Den größten Anteil haben mit 3126 Werkstätten die Tabakindustrie und mit 2331 die Textilindustrie. Die Zahl der gesamten Beschäftigten wurde 1906 mit 18 810 ermittelt, heute dürfte die Gesamtzahl größer sein. Aus der Heimarbeit in der Tabakindustrie werden zum Teil schauerliche und unhaltbare Zustände geschildert. Revidiert wurden 1032 solcher hausindustrieller Tabakarbeiterbetriebe, in denen meistens Frauen — drei auf je eine männliche Person — beschäftigt sind. Die Gewerbeinspektion berichtet: Eine Frau rippte im Bette liegend Tabak aus; sie war magen- und nervenleidend und pflegte ihre Arbeit im Bette zu verrichten. Ein Hausarbeiter sortierte den Kehricht aus der Fabrik im Ziegenstall. Eine Tabakhausarbeiterin feuchtete den Tabak im Ziegenstall an und lagerte ihn auch daselbst. Eine andere Arbeiterin benutzte sogar den Abort als Arbeitsraum. In allen Fällen wurde die Errichtung geeigneter Arbeitsräume verlangt und dem Verlangen ist auch Folge gegeben worden.

Die Reinlichkeit ließ in den besichtigten Betrieben vielfach sehr zu wünschen übrig. Der Tabak lagerte auf einem Boden, dessen Sauberkeit höchst zweifelhaft war. Um Verunreinigungen des Tabaks zu verhüten, verlangte der Aufsichtsbeamte immer die Verwendung von Kisten oder Körben zur Lagerung des Materials während der Arbeit. Einige Fabrikanten nahmen Besichtigungen der Betriebe ihrer Hausarbeiter vor, um sich von der Sauberkeit der Arbeitsräume zu unterrichten.

Werfen diese Verhältnisse schon bedenkliche Streiflichter auf unsere vielgerühmte Sozialpolitik, so nicht minder die Mitteilungen über das **soziale Elend in Arbeiterfamilien**. So mußte in einer Familie die noch gesunde 14jährige Tochter mit ihrer lungenkranken Mutter in einem Bett schlafen! Der badische Frauenverein bescherte dann der Familie ein weiteres Bett.

Einen wohltuenden und erhebenden Gegensatz zu allen den Elendsschilderungen bildet die „in jeder Hinsicht **vorbildliche Zigarrenfabrik der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine G. m. b. H. in Hockenheim**. Der große, auch in seinem Aeußern gefällige Fabrikneubau umschließt in mehreren Stockwerken die Bureaus, weite helle Arbeitsräume, Speisesäle und Garderoben, sowie eine Badeanstalt, die mit 11 Brause- und 7 Wannenbädern zur jederzeitigen, einschließlich Wäsche und Seife völlig freien Benützung steht. Eine zentrale Ventilations- und Heizungsanlage mit Luftfiltration, Luftbefeuchtungs-, Erwärmungs- und Abkühlungsvorrichtungen sorgt für ständige Lufterneuerung in den Arbeitssälen. Zurzeit werden schon über 500 Arbeiter beschäftigt."

Leider wird nichts über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in dieser genossenschaftlichen Zigarrenfabrik mitgeteilt, die sich zweifellos ebenfalls sehr zu ihrem Vorteil von den Verhältnissen in Privatunternehmungen unterscheiden. So wächst in der Tat zum größten Nutzen der Arbeiterschaft ein Stück Zukunftsgesellschaft in die kapitalistische Gesellschaft hinein. (Schluß folgt.)

Wo bleibt da das Gemeinschaftsgefühl?

Eine Anfrage an die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung.

—r. Wenn man den Scharfmachern vom Schlage des Herrn v. Reiswitz glauben darf, so bricht sich in den Arbeiterkreisen immer mehr die Anschauung Bahn, daß zwischen Unternehmern und Arbeitern gemeinsame Beziehungen bestehen und daß es deshalb die Pflicht eines jeden Menschen sei, der es gut meint mit der Entwicklung unseres Wirtschaftslebens, das Gemeinschaftsgefühl zwischen Unternehmern und Arbeitern zu pflegen. In den gelben Gewerkschaften, den nationalen Arbeiterverbänden und den wirtschaftsfriedlichen Werkvereinen kommt dieses Gemeinschaftsgefühl und diese Uebereinstimmung in den Zielen zum Ausdruck, und darum, so heißt es, wüten auch die Sozialdemokraten gegen diese Organisationen, indem sie künstlich einen Klassengegensatz errichten zwischen Kapital und Arbeit. Die Sozialdemokraten und die vom Geiste des Sozialismus erfüllten Gewerkschafter predigten den Klassenkampf, während die Gelben aller Schattierungen für eine friedliche Auseinandersetzung eintreten. Und den Wirtschaftsfriedlichen wird die Zukunft gehören, wenn Staat und Unternehmertum ihre Pflicht tun.

So klingt das Lied vom Gemeinschaftsgefühl in hohen Tönen und die Arbeitgeber-Zeitung des Herrn v. Reiswitz versäumt niemals, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit von der „Interessengemeinschaft aller Glieder der nationalen Volkswirtschaft" mit Begeisterung zu reden. Da muß ihr denn nun das Malheur passieren, in Nr. 8 einen längeren Artikel zu bringen, der diese Redensarten wie Seifenblasen in alle Winde zerbläst. Dieser Artikel, der von einem „Praktiker" herrührt, trägt die Ueberschrift „**Sozialbeamte**" und behandelt einen sehr beachtlichen Gegenstand. Der Verfasser geht von der Tatsache aus, daß seit ein paar Jahrzehnten nach dem Beispiel der Amerikaner auch verschiedene Großbetriebe in Deutschland sogenannte **Sozialsekretäre** angestellt haben, denen die bedeutungsvolle Rolle zugewiesen ist, als Mittelspersonen zu wirken zwischen dem Unternehmer und seinen Arbeitern. Diese Sozialsekretäre hätten die Aufgabe, wie der Verfasser wörtlich sagt, den Frieden im wirtschaftlichen Leben zu erhalten und ihn, wo er ins Wanken gekommen war, wieder zu befestigen, sie sollten die ausgleichende Stelle bilden, an die Unternehmer und Arbeiter sich zu wenden hätten, wenn sich der eine vom andern übervorteilt glaube, sie sollten als unparteiische Vermittler zwischen beiden Gruppen stehen und die gegenseitigen Zwecke miteinander ausgleichen. Als Harmonieapostel im wahrsten Sinne des Wortes waren diese Leute gedacht; wie die Taube Noahs sollten sie mit dem Oelzweig des Friedens im Schnabel zwischen dem Unternehmer und seinen Arbeitern hin und her flattern. Wahrlich eine schöne, wirtschaftsfriedliche Aufgabe!

Aber es ist an der Zeit, schreibt der Verfasser, selbst ein langjähriger Sozialsekretär, einmal nach dem Ergehen dieser Einrichtung zu fragen und sich darüber klar zu werden, was in Wirklichkeit aus ihr geworden ist. **Der Gedanke, der einer höheren sozialen Erkenntnis und einem tieferen sozialen Empfinden sein Entstehung verdankt, hat in der rauhen Wirklichkeit des Lebens kläglich Schiffbruch gelitten.** Das ist in kurzen Worten das Ergebnis, zu dem der Verfasser gelangt.

Die schwierige, schier unhaltbare Zwitterstellung eines Sozialsekretärs wird an Beispielen gezeigt. Der Chef einer Firma, der erfährt, daß in anderen Betrieben unter günstigeren Bedingungen, das heißt billiger gearbeitet wird, will auch in seinem Betriebe verbesserte Arbeitsverfahren einführen, das heißt billiger arbeiten lassen. Die Arbeiterschaft, die sich dadurch benachteiligt fühlt, wendet sich an den Sozialsekretär. „Der Chef hat keine Veranlassung, diesen seinen Angestellten über die eigentlichen Ursachen seiner Aenderung im Betriebe aufzuklären. Soll jetzt der Sozialsekretär gegen die Anordnung der Leitung entscheiden? **Mag er es tun, es wird sich keiner darum kümmern.** Wahrscheinlich wird er es nicht tun, wenn ihm der Chef die Order erteilt, den Mund zu halten. **Und sollte er trotzdem die Kühnheit besitzen, seinem Chef entgegenzutreten, so wird er keine Gelegenheit haben, dies ein zweites Mal zu tun...**" — oder auf gut Deutsch: er wird hinausgeschmissen und ist seine Stellung los.

Hier haben wir mit dürren Worten die Feststellung der Tatsache, daß der Unternehmervorteil in einem Betriebe einzig und allein Geltung hat und daß das Wohl des Arbeiters unter allen Umständen dagegen zurücktreten muß. Es ist deshalb ein Unding, zu glauben, daß ein Sozialsekretär irgendwie in wirksamer Weise die Angelegenheiten der Arbeiter wahrnehmen könnte. Da und dort mag es ihm vielleicht möglich sein, einen geringen Vorteil für die Arbeiter herauszuschlagen, falls dadurch der kapitalistische Vorteil nicht beeinträchtigt wird, aber eine Gleichstellung der Arbeiterangelegenheiten mit denen des Unternehmers durchzusetzen, wird unter der Herrschaft des Kapitals stets ein schöner Traum bleiben. Wie könnte dies auch anders sein? Der Unternehmer hat nun einmal das Heft in den Händen: er ist der Herr im Hause und er will auch der Herr bleiben, er verfolgt seinen Geldbeutelzweck und will stets größere Gewinne erzielen, ob dadurch die Arbeiter geschädigt werden, kümmert ihn nicht. Beim Stiftungsfeste eines gelben Werkvereins mag er von dem Gemeinschaftsgefühl zwischen Kapital und Arbeit in überschwänglichen Worten reden, dort findet er auch vielleicht noch gläubige Zuhörer, **aber innerhalb seines Betriebes weiß er nichts von diesem vielgerühmten Gefühl**, da gilt für ihn der Grundsatz: „Erst komme ich und dann komme ich noch einmal, und dann kommt ihr anderen noch lange nicht!" So liegt die Sache in Wirklichkeit, wenn man sie mit nüchternen Augen betrachtet.

Man kann dem alten Sozialsekretär nur dankbar sein, daß er dem Harmonieschwindel die Maske abreißt und der Wahrheit die Ehre gibt: „Als Zwischenstellung, wie ursprünglich gedacht, ist die Stellung eines Sozialbeamten ein Unding. Er ist Angestellter des Betriebes und nur als solcher kann er wirken. Seine Stellung zwischen den Parteien ist unhaltbar, hier wird der unbequeme Beamte einfach zermahlen." Und warum ist dies der Fall? Weil er der Mittelsmann ist, auf dem die Wünsche und Forderungen der Unternehmer und die der Arbeiter bei jeder Gelegenheit zusammenprallen. Da muß er natürlich zerrieben werden. Schließlich kommt der Verfasser zu folgendem Ergebnis: „Steht der Sozialbeamte auf seiten seines Brotgebers, so sei er dessen Beauftragter, der dessen Willen und Entscheidung der Arbeiterschaft mitzuteilen hat. Steht er auf seiten der Arbeiterschaft, nun, dann bekenne er sich auch offen als deren Wortführer und dann gehört er zur Gewerkschaft, mag er dort Sekretär werden." **Drastischer kann doch wohl das angebliche Gemeinschaftsgefühl zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht als Schwindel nachgewiesen werden.**

*

Das ehrliche Bekenntnis des Artikelschreibers in Nr. 8 der Arbeitgeber-Zeitung hat, wie das Blatt mitteilt, verschiedene Erwiderungen erfahren. In Nr. 11 kommt Dr. **Sperling** (Bochum) zum Wort. Dieser tritt besonders deshalb auf den Plan, weil die sozialdemokratische Presse mit offensichtlichem Vergnügen sich die Ansicht des Verfassers zu eigen gemacht und nicht ohne Berechtigung aus seinen mutlosen Ausführungen folgende Schlußfolgerungen gezogen habe:

„Arbeiter- und Unternehmerinteressen lassen sich nicht vereinen. Diesen zwei Herren kann keiner dienen. Nur ist nicht recht zu verstehen, daß nur der Herr Sozialsekretär diese Kennzeichnung erfährt und nicht das Gebilde, auf dessen Schultern er steht, die gelben Werkvereine. Auf sie trifft die Beweisführung auch zu. Auch sie können nicht gegen ‚ihre Brotgeber' handeln und würden keine Gelegenheit zu einem zweiten Versuch bekommen, wenn sie den ersten machen würden; auch sie sind ‚gänzlich überflüssig', und sie werden auch bei gegenteiliger Auffassung über eine Frage doch ‚den Mund halten', wenn ‚der Chef die Order erteilt'."

Dr. Sperling meint, die Arbeiter würden danach in Umkehrung des Dichterwortes sagen: „Wenn der Herzog fällt, muß auch der

---

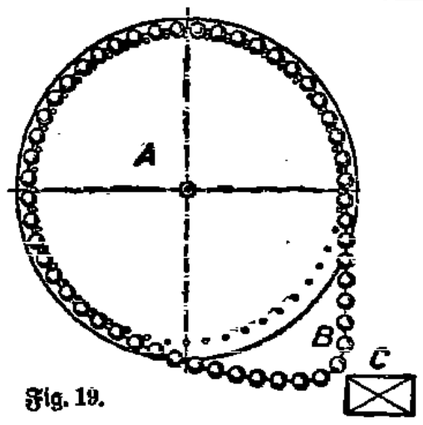


Fig. 19.

Scheibe A gleiten die Stabmagnete a, b, c und d mit auswärts gekehrten Nordpolen. Der in einem Zapfengelenk gelagerte Magnet B zieht mit seinem Südpol den Magnet a zum Scheibenumfang, der in gleicher Weise angeordnete Klappmagnet C stößt mit seinem Nordpol den Magneten c zur Mitte. Vier Kurvenstücke u, v, x und z sollen zur Steuerung der seitlichen Magnete B und C dienen.

Die magnetischen Erscheinungen versuchten namentlich auch Uhrmacher in Gestalt von magnetischen Pendeln sich nutzbar zu machen; sie glaubten durch Magnete die Aufzugsgewichte oder Federn ersetzen zu können und dadurch immerwährend gehende Uhren zu schaffen.

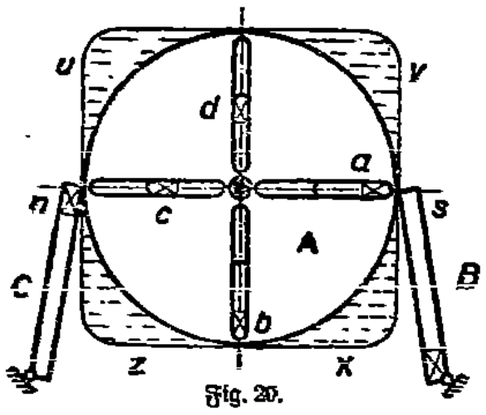
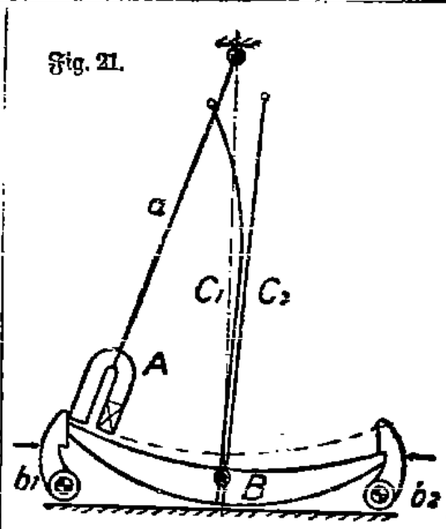


Fig. 20.

John Spence, ein englischer Schuhmacher, ließ nach einem derartigen Vorschlage vom Jahre 1818 die am Pendel befestigte Eisenkugel zwischen zwei Magneten schwingen und schob, bevor eine Berührung mit den Polen eintrat, eine diamagnetische Blende dazwischen. Die zum Durchschneiden der Kraftlinie nötige Kraft kannten diese Erfinder noch nicht. Ein anderes hierher gehöriges Beispiel bringt Fig. 21 nach G. W. Francis. Der an einem Pendel a befestigte Hufeisenmagnet A schwingt über einem sichelförmigen Anker B mit den Ruten C_1 und C_2; an den Enden des Ausschlages soll A die Klinken b_1 beziehungsweise b_2 umstoßen, den Anker b einkippen und sich selbst durch C_1 und C_2 einen neuen Anstoß versetzen.

Ähnlich gedacht ist das in Mechanics Magazine 1828 beschriebene Kipphebelwerk nach Fig. 22. Zu beiden Seiten des Nordpols N eines magnetischen Pendels sind zwei Hilfsmagnete G und H angeordnet, welche mittels eines Kettentriebes von den Scheiben E und F um 180° geschwenkt werden können. Bei Annäherung von N an den Südpol s des linken Hilfsmagnets wirft die obere Pendelverlängerung das aus den Kugeln A und B nebst den Hebeln C und D zusammengesetzte Kippwerk um, hierdurch tritt n dem Pendelende gegenüber, und eine verstärkte Rückschwingung von N ist die Folge.

Fig. 21.



Noch im Jahre 1878 erhielt ein Dr. Gebhard Ackermann das D. R. P. 4453 auf einen sogenannten Magnetmotor.

Selbst die geheimnisvollen Kräfte, welche sich in der chemischen Verbindung und Zersetzung der Stoffe offenbarten, mußten den Erfindern Veranlassung zu Vorschlägen für ein Perpetuum mobile geben. Kaspar Schott beschreibt in seiner Mechanica hydraulico-pneumatica von 1657 ein chemisches Perpetuum mobile, das vom Kaiser Ferdinand III. erfunden sein sollte. Auch der englische Physiker Robert Boyle erwähnt (Philosophical Transactions, 1685), daß ein Alchemist ihm eine seltsame Flüssigkeit geschickt habe, die sich noch nach fünf Monaten in ihrem Gefäß in lebhafter Bewegung erhalten habe; die genauere Prüfung dieser Flüssigkeit sei durch einen unglücklichen Bruch dieses Topfes verhindert worden.

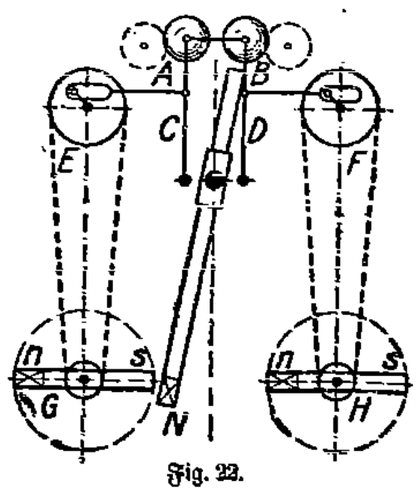
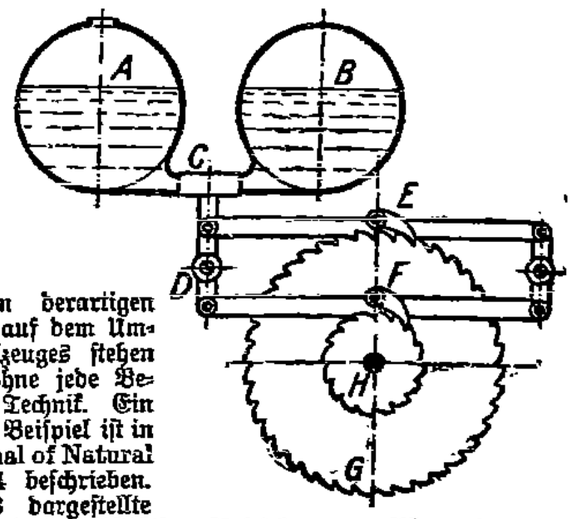


Fig. 22.

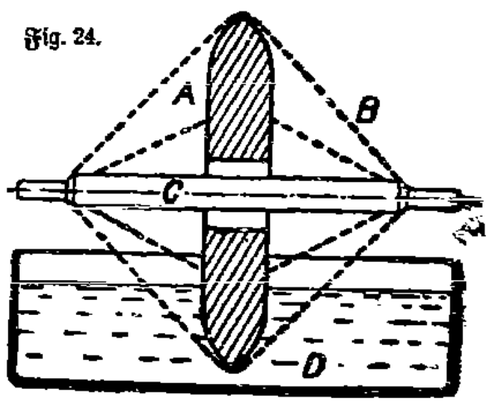
Eine besondere Vorstellung bezog die Eigenschaften des Perpetuum mobile auch auf Vorrichtungen, die durch den Kreislauf des Wassers in der Natur (Wasserräder und Turbinen), durch den Wechsel von Ebbe und Flut, durch die Schwankungen des Barometerstandes usw. betrieben werden sollen. Es würde sich in diesen Fällen nur um eine Umsetzung der vorhandenen Energie in eine andere Form und nicht um das Phantom der unbegrenzten Krafterzeugung handeln. Schon Ericson hat in den Jahren 1868 bis 1875 sieben Sonnenmotoren versucht, und neuerdings will ein Amerikaner Frank Shumann einen fünfpferdigen, durch Sonnenstrahlen betriebenen Motor ausgeführt haben (Engineering News, 13. Mai 1909).

Fig. 23.



Die meisten derartigen Maschinen sind auf dem Umfange des Spielzeuges stehen geblieben und ohne jede Bedeutung für die Technik. Ein hierher gehöriges Beispiel ist in Nicholsons Journal of Natural Philosophy 1804 beschrieben. Die in Fig. 23 dargestellte Vorrichtung soll das selbsttätige Aufziehen von Uhren durch die Schwankungen des atmosphärischen Druckes bewirken. Die offene Kugel A und die geschlossene Kugel B (mit Luftleere über dem Quecksilber) werden in einem T-förmigen Hebel C mit Drehpunkt D gelagert. Das Hebelgestänge mit den Klinken E und F kommt bei jeder Veränderung des Barometerstandes in Bewegung, da hierbei das Gleichgewicht zwischen A und B gestört wird; dadurch werden die Sperräder G und H um einige Zahnteilungen wie Uhrzeiger gedreht.

Fig. 24.



Ein vor mehreren Jahren veröffentlichtes Rädchen des Franzosen Raymond Guillot zeigt Fig. 24. Die Scheibe A ist mittels Hanffäden B in zentrischer Stellung auf die Achse C gespannt und taucht in ein Becken D; durch Näßung kürzen sich die unteren Fäden, der Schwerpunkt von A wird gehoben und fällt dann durch Drehung der Scheibe nach unten. Andere Fäden gelangen ins Wasser, die oberen trocknen aus — und das Spiel wiederholt sich infolge andauernder Verdunstung.

Am letzten Modell kann man die Nutzlosigkeit aller Maschinen erkennen, welche die Wirtschaftlichkeit außer acht lassen. Technik ohne Wirtschaftlichkeit wird stets ein Unding sein.

Mantel nach!" Er setzt hinzu: „Und das nach etwa achtjährigem Bestehen der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung und nach Ehrenbergs Arbeitsgemeinschaft!" Solche Ansichten dürften deshalb nicht unwidersprochen bleiben. Und dann legt er los. Was wir von ihm erfahren, ist aber nicht weniger wertvoll als das, was der „Unglücksrabe" in Nr. 8 der Arbeitgeber-Zeitung ausgeplaudert hat. Freilich muß man aus den wortreichen verschlungenen Ausführungen die „Goldkörner" herauspicken. Nach Dr. Sperling war bei der Begründung der Vermittlereinrichtung nicht das amerikanische Muster, den „Aermsten der Armen" zu helfen, maßgebend, sondern die Absicht war, „den Faden, der früher zwischen Arbeitern und Unternehmern bestand, und durch außenstehende Agitatoren des offenen oder verkappten Sozialismus abgerissen war, wieder anzuknüpfen, um die Möglichkeit zu schaffen, zu erhalten oder zu fördern, mit den Arbeitern ruhig über Fragen des Arbeitsverhältnisses zu sprechen. Das setze freilich eine Arbeiterschaft voraus, die zu verstehen bereit ist, und eine Werksleitung, der an diesem Verständnis etwas liegt". Da Dr. Sperling ein Wortführer der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung ist, wird ohne weiteres verständlich sein, was er unter Arbeitern versteht, mit denen man „ruhig über Fragen des Arbeitsverhältnisses sprechen" kann, „die zu verstehen bereit sind". Was diese Arbeiter zu verstehen bereit sein müssen, deutet Dr. Sperling, eingehüllt in den für seine Harmoniezwecke erforderlichen Phrasennebel, auch an. Sie müssen es verstehen, wenn sie der Sozialsekretär warnt, „Forderungen zu stellen, die zu erfüllen nicht möglich sind". Zu seiner Rolle stimmt es ganz gut, wenn Dr. Sperling den „Sozialsekretär" als den Unparteiischen preist, dessen „Wert in seinem Rat und seiner Persönlichkeit liegt". Der Sozialsekretär müsse sich „zu der Werksleitung in das richtige Verhältnis zu bringen verstehen", zu einer ersprießlichen Vermittlertätigkeit bedürfe er „weiter noch einer guten Fühlung mit den Arbeitern".... „Er muß auch den Mut nach unten haben, und das ist nicht immer leicht. Er wird den Arbeitern aus seiner Kenntnis der Betriebsverhältnisse die Aussicht auf Erfüllung ihrer Wünsche darlegen und das Gewünschte auf das Maß des Erreichbaren zurückführen und bisweilen zum Abwarten raten oder abreden. Bei dieser Rücksprache darf er einer eingehenden Auseinandersetzung nicht aus dem Wege gehen. Es ist schön, wenn dabei der Humor bisweilen das Harte vergoldet, und wenn der Arbeiter spürt, daß der Angestellte... auch ein Herz im Leibe hat, das mit Wärme bei der Berufsarbeit ist, und daß er den Arbeiter verstehen will und auch versteht. Dann wird das angeblich undankbare Amt des Vermittlers nützlich und auch befriedigend sein."

Mit anderen Worten: der Sozialsekretär vom Geiste des Dr. Sperling hat die Aufgabe, die Arbeiter gehörig einzuseifen und über den Löffel zu barbieren! Der Sozialsekretär, der durch seinen „goldenen Humor" sich in das Vertrauen der Arbeiter dauernd einzuschleichen weiß, kann sich — darum kann Dr. Sperling unbesorgt sein — ganz gewiß auch des dauernden Vertrauens des Unternehmers erfreuen.

Wer noch im Zweifel darüber sein könnte, wohin Dr. Sperling abzielt, wird endlich belehrt durch seine weitere Bemerkung, daß „die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung reif genug ist, auch die Lebensbedingungen der Unternehmung zu würdigen". Nur dort, wo die gelbe Schutztruppe der Unternehmer vorhanden sei, könne der Sozialsekretär erfolgreich wirken. Damit hat Dr. Sperling wider Willen dem „Sozialsekretär" ebenso das Urteil gesprochen wie der Verfasser des Artikels in Nr. 8 der Arbeitgeber-Zeitung.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1912.

(IS) Das Jahrbuch der internationalen Gewerkschaftsbewegung, der Internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung*, erscheint soeben zum zehnten Male. Der vom Internationalen Gewerkschaftsbunde herausgegebene Bericht, der übrigens in keiner Arbeiterbibliothek fehlen sollte, ist im Laufe der Zeit immer stärker geworden und ist heute ein stattlicher Band von 354 Seiten. Neben allgemeinen Berichten und Uebersichten über die internationale Bewegung, die der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, C. Legien, erstattet, enthält er Originalberichte von den Landeszentralen in 20 verschiedenen Ländern sowie im zweiten Teile die Berichte von 25 internationalen Berufssekretariaten.

*

In seinem Vorberichte stellt Genosse Legien fest, daß die Zahl aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den 19 Ländern, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund zu Beginn des Jahres 1913 schon angehörten, im Berichtsjahr von 11 435 436 auf 12 366 103 gestiegen ist. Davon entfallen auf Großbritannien wie im Vorjahre 3 010 346 (da neuere Angaben fehlen), Deutschland 3 317 271 (3 061 002), Vereinigte Staaten und Kanada 2 496 000 (2 282 361), Frankreich 1 064 413 (1 029 238), Italien 860 502 (709 943), Oesterreich 534 811 (496 263), Belgien 231 805 (189 455), Niederlande 169 144 (153 689), Dänemark 139 012 (128 224), Schweden 121 866 (116 500), Ungarn 111 966 (95 150), Spanien 100 000 (80 000), Schweiz 86 313 (78 119), Norwegen 60 975 (53 830), Finnland 23 990 (19 640), Rumänien 9708 (6000), Kroatien-Slawonien 5722 (8304), Bosnien-Herzegowina 5522 (5587) und Serbien 5000 (8337). Rechnet man dazu die Gewerkschaften in Südafrika mit rund 100 000, in Neu-Seeland mit 60 600, Australien mit 433 200 und Bulgarien mit rund 10 000 Gewerkschaftsmitgliedern, so ergibt sich, daß ohne Rußland, Südamerika und ohne die national-kanadischen Organisationen 12 971 203 Gewerkschaftsmitglieder vorhanden sind.

Von diesen waren dem Internationalen Gewerkschaftsbunde 1904 2 378 975, 1907 4 079 805, 1910 6 121 711 und Anfang 1913 7 394 451 Mitglieder angeschlossen. Dazu kommen noch die Gewerkschaften des Transvaal und in Neu-Seeland, die im Jahre 1913 ihren Beitritt beschlossen. Auch die Gewerkschaften des australischen Kontinentes dürften bald einen solchen Beschluß fassen, so daß die Zahl der im Internationalen Gewerkschaftsbunde vereinigten Gewerkschaftsmitglieder dann rund 8 Millionen beträgt. Auf die einzelnen Landeszentralen innerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbundes entfielen davon: Deutschland 2 553 162, Vereinigte Staaten und Kanada 2 054 526, Großbritannien 874 281, Oesterreich 428 363, Frankreich 387 000, Italien 320 912, Belgien 116 082, Ungarn 111 966, Dänemark 107 067, Spanien 100 000, Schweiz 86 313, Schweden 85 522, Niederlande 61 535, Norwegen 60 975, Finnland 20 999, Rumänien 9708, Kroatien 5538, Bosnien 5522 und Serbien 5000.

Eine ganz gewaltige Steigerung der Mitgliederzahlen muß in Großbritannien eingetreten sein, doch waren die Zahlen nur für 1911 (3 010 346 und 3 023 173 einschließlich Landarbeiter) erhältlich. Aber nicht einmal ein Viertel dieser der dortigen Landeszentrale auch damit dem Internationalen Gewerkschaftsbund zu. Zwar haben auch einige der außerhalb der englischen Landeszentrale stehenden Gewerkschaften, zum Beispiel die Bergarbeiter, internationale Verbindungen, aber nur herzlicher Art. Weit gehören sie dem Parlamentarischen Ausschuß des britischen Gewerkschaftskongresses an, dem über 2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder angeschlossen sind. Gelten dem Grundsatze, daß für jedes Land nur eine Gewerkschaftszentrale gestattet werden soll, ist dieser Ausschuß bisher noch nicht zum Eintritt in den Internationalen Gewerkschaftsbund eingeladen worden, obwohl er eine Kampforganisation der General Federation of Trades Unions, des britischen Gewerkschaftsbundes, nicht ist und mit diesem und mit der Arbeiterpartei sogar eine gemeinsame Körperschaft zur Wahrung der gemeinsamen Angelegenheiten unterhält. Daher ist es erfreulich, daß auf die Einladung Legiens der Sekretär des Parlamentarischen Ausschusses, der Abgeordnete Bowerman, im Herbste 1913 zum erstenmal an der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Zürich als Gast teilnahm. Hoffentlich führt diese Annäherung mit dem Einverständnis des englischen Gewerkschaftsbundes recht bald zu einer festen Angliederung an den Internationalen Gewerkschaftsbund. Dann würde der weitaus größere Teil der organisierten Arbeiter dieses Mutterlandes der Gewerkschaftsbewegung der Internationale angehören und der Internationale Gewerkschaftsbund die stolze Zahl von zehn Millionen Mitgliedern erreichen.

*

Seit dem Erscheinen des ersten Internationalen Berichtes ist die Berichterstattung gewiß andauernd besser, umfangreicher, einheitlicher geworden. Das fällt beim Durchblättern der zehn Berichte gleich auf. Auch die zu Vergleichszwecken aller Art so wichtigen statistischen Tabellen werden schon anschaulicher und nach und nach verschwinden die vielen Lücken. Immer mehr bricht sich nämlich die Erkenntnis Bahn, daß es sich nicht um bureaukratische oder statistische Spielereien handelt, sondern daß eine gute und vielseitige Gewerkschaftsstatistik sowohl zur Belebung der Agitation wie vor allen Dingen bei dem inneren und äußeren Aufbau der Organisationen geradezu unentbehrliche Dienste leistet. Nur in einigen Ländern ist entweder die Abneigung gegen jegliche Statistik so groß oder die Bedeutung eigener, von den Regierungsstatistiken unbeeinflußter Gewerkschaftsstatistiken noch nicht genügend anerkannt. Solange nicht auch diese Länder, vor allen Dingen die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, sich veranlaßt sehen, eigene Statistiken zu bearbeiten, haben leider auch die internationalen Statistiken des Internationalen Gewerkschaftsbundes nicht den Wert, der ihnen beizumessen wäre, wenn sie sich vollständig auf alle Länder erstrecken würden.

*

Nur für 14 Länder wird die Zahl der organisationsfähigen Arbeiter angegeben. Sie beträgt in den Vereinigten Staaten 22 234 038 (davon 2 793 351 weibliche), in Großbritannien 18 261 146 (5 309 960), in Deutschland 13 593 391 (4 081 510), in Italien 7 787 166 (2 396 608), in Ungarn 2 268 342 (?), in Belgien 2 043 000 (711 000), in Holland 906 648 (96 423), in Schweden 810 000 (135 000), in der Schweiz 800 000 (?), in Finnland 450 000 (?), in Dänemark 439 068 (101 837), in Norwegen 229 260 (25 670), in Rumänien 133 866 (?), in Kroatien 40 000 (?). Davon entfallen auf Industrie, Handel und Verkehr, im Gegensatz zur Landwirtschaft: in Großbritannien 87,61 Prozent, in Norwegen 84,95, in der Schweiz 75, in Holland 68,15, in Deutschland 68,12, in Schweden 65,43, in Dänemark 55,51, in den Vereinigten Staaten 53,31, in Belgien 41,18, in Italien 40,19, in Finnland 33,33, in Ungarn 23,25 Prozent.

*

Die Jahreseinnahme und -Ausgabe aller Gewerkschaften betrug in 15 berichtenden Ländern 180 und 144 Millionen Mark, der Kassenbestand in 13 Ländern sogar 240 Millionen Mark. Hierbei fehlen die Angaben besonders aus Frankreich, Spanien, den Vereinigten Staaten 2c. Von den einzelnen Ausgabeposten seien hervorgehoben: Reise- und Umzugsunterstützung 2,06 Millionen Mark (in 12 Ländern), Arbeitslosenunterstützung 21,67 Millionen Mark (15), Krankenunterstützung 27,78 Millionen Mark (15), Invalidenunterstützung 9,45 Millionen Mark (11), Sterbegeld 12,92 Millionen Mark. Sonstige Unterstützungen 2,96 Mill. Mark, im ganzen 76,88 Millionen Mark (15), Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 38,44 Millionen Mark (14), Verbandsorgan und Bibliotheken 9,75 Millionen Mark (14), Agitation 6,06 Millionen Mark (10), Verwaltungskosten 27,45 Millionen Mark (14) 2c.

Auf die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen entfallen von den obigen Summen: Jahreseinnahme 107,86 Millionen Mark, Jahresausgabe 83,68 Millionen Mark, Kassenbestand 113,50 Millionen Mark. Hierfür lagen Berichte aus Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien und den Vereinigten Staaten, also für über die Hälfte der angeschlossenen Mitglieder nicht vor. Ein Vergleich dieser Zahlen mit den für alle Gewerkschaften angeführten ergibt — und das ist bei einem Vergleiche der Leistungen für die Unterstützungseinrichtungen noch auffälliger —, daß im allgemeinen die wirklich leistungsfähigen Organisationen auch ihren Landeszentralen und damit dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehören.

*

Eine große Verschiedenheit in ihren Einrichtungen weisen besonders die gewerkschaftlichen Landeszentralen der einzelnen Länder auf. Das geht schon aus der Beitragsleistung ihrer angeschlossenen Organisationen hervor. Diese beträgt für das einzelne Mitglied: in Italien 10 Centimes, in Belgien 16, in Deutschland 20, in Rumänien 18 bis 36, in Dänemark und den Vereinigten Staaten 42, in Oesterreich 54, in Bosnien 48 bis 260, in Holland 52 bis 62, in Schweden 84 bis 168, in Kroatien 110, in England 87 oder 175, in Finnland 240, in Norwegen 583 Centimes, in Ungarn dagegen 2½ Prozent und in Rumänien 10 Prozent der Gesamteinnahme der betreffenden Gewerkschaft. Diesen Beiträgen entsprechen natürlich auch die Leistungen der einzelnen Landeszentralen. Manche haben die Streikunterstützung in einem gewissen Umfange zentralisiert. So entfallen von der Gesamtausgabe von 1,94 Millionen Mark der englischen Landeszentrale nicht weniger als 1,85 Millionen Mark auf Streiks und Aussperrungen, der Rest auf Drucksachen und Verwaltung, während zum Beispiel die deutsche Landeszentrale bei einer Gesamtausgabe von 444 000 M. allein 168 000 M. für Agitation ausgab, das ist mehr als alle anderen berichtenden 13 Landeszentralen zusammengenommen, dagegen gar nichts für Streiks.

Ueber die Beitragsleistung der einzelnen Mitglieder wird leider nur aus 9 Ländern mit 3 442 373 Mitgliedern berichtet gegen die gleiche Zahl von Ländern mit 3 546 087 Mitgliedern im Vorjahre. Diesmal berichtet nämlich Finnland, während die Angaben für Italien fehlen. Ein Vergleich der Statistiken für 1911 und 1912, der sich leicht ziehen läßt, da die Zahl der erfaßten Mitglieder annähernd die gleiche blieb, ergibt für die berichtenden Länder erneut eine Wendung zum Besseren, das heißt zu höheren Beiträgen. Es zahlten nämlich einen Jahresbeitrag unter 10 Franken im Jahre 1912 nur 64 398 Mitglieder (gegen 424 340 im Vorjahre). 10 bis 15 Fr. 150 660 (199 080), 16 bis 20 Fr. 363 963 (339 910), 21 bis 25 Fr. 315 265 (228 317), 26 bis 30 Fr. 655 305 (559 096), 31 bis 35 Fr. 610 494 (564 569). 36 bis 40 Fr. 403 068 (425 9[illegible]), 41 bis 45 Fr. 111 362 (76 111), 46 bis 50 Fr. 547 829 (534 38[illegible]), 51 bis 55 Fr. 33 778 (32 576), 56 bis 65 Fr. 38 920 (21 770), 66 bis 75 Fr. 74 908 (68 611), 76 bis 85 Fr. 22 323 (24 494), 86 bis 95 Fr. 8339 (22 766), 96 bis 105 Fr. 17 522 (11 537), 106 bis 115 Fr. 22 271 (11 020), 116 bis 125 Fr. 1640 (1510), über 126 Fr. 328 (—).

Sobald die statistische Berichterstattung weniger Lücken aufweist, wird man auch dazugehen, die genannten Beitragszahlen in Vergleich zu stellen zu den Leistungen der Gewerkschaften auf den verschiedensten Gebieten. Solche Vergleiche, die sich zurzeit nur für einige wenige Länder machen lassen, würden ohne Zweifel prächtiges Beweismaterial für die Notwendigkeit und Nützlichkeit großer und kräftiger Gewerkschaften liefern. Aber gerade für die Länder, die die Nutzanwendung aus solchen Lehren noch ziehen müssen, wenigstens für einen beträchtlichen Teil der dortigen Gewerkschafter, wie England, Frankreich, die Vereinigten Staaten 2c., fehlen die erforderlichen Unterlagen dazu noch vollständig. Auch für die meisten anderen Einzelheiten ist man in bezug auf diese Länder leider immer noch auf die Statistiken der Regierung angewiesen, die aber in keinem Falle, auch wenn sie nicht einseitig sind, den gewerkschaftlichen Bedürfnissen gerecht können.

Das gilt beispielsweise von den so überaus wichtigen Statistiken über Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen, Tarifvertragsbewegungen 2c. Es liegt daher sehr im Interesse der Bewegung, wenn auch die Landeszentralen, welche dies bisher unterließen, einer eigenen Gewerkschaftsstatistik ihre Aufmerksamkeit widmen. Erst dann wird es auch dem Internationalen Gewerkschaftsbund möglich sein, eine so sehr nötige internationale Streikstatistik 2c. zu bearbeiten.

Auf die Sonderberichte der einzelnen Landeszentralen können wir an dieser Stelle nicht eingehen.

*

Der zweite Teil des Bandes, der die internationalen Berufssekretariate behandelt, ist nicht minder wichtig und anregend. Mit Sonderberichten sind diesmal 25 von den bestehenden 32 Sekretariaten gegen 19 im Vorjahre vertreten. Soweit dies nicht schon im vorjährigen Berichte geschehen, berichten sie vornehmlich über die Entwicklung der internationalen Beziehungen in den einzelnen Berufen, im übrigen auch über die wichtigsten Ereignisse des Berichtsjahres.

Dem Vorberichte des Genossen Legien entnehmen wir über diese Berufssekretariate das folgende:

Die größte Mitgliederzahl weist die internationale Verbindung der Metallarbeiter auf, und zwar mit 1 106 003. Dann folgen die Transportarbeiter mit 881 950, die Holzarbeiter mit 393 355, die Fabrikarbeiter mit 298 001, die Buchdrucker mit 137 451, die Brauereiarbeiter mit 130 892, die Schuhmacher und Lederarbeiter mit 105 600, die Zimmerer mit 83 863, die Steinarbeiter mit 75 000, die Maler mit 72 074, die Arbeiter öffentlicher Betriebe mit 72 025, die Bäcker mit 68 681, die Buchbinder mit 49 906, die Lithographen mit 35 923, die Hutarbeiter mit 32 913, die Glasarbeiter mit 29 230, die Hotel- und Restaurantangestellten mit 20 529, die Sattler mit 20 119, die Töpfer mit 16 114, die Diamantarbeiter mit 15 212, die Kürschner mit 5863 und schließlich die Friseure mit 4850 Mitgliedern.

Dazu muß allerdings bemerkt werden, daß die erste Stelle den Bergarbeitern gehört, die rund 1½ Millionen Mitglieder zählen sollen. Von ihnen war eine Beantwortung der Statistik nicht eingegangen, ebensowenig von den Textilarbeitern mit rund 800 000 Mitgliedern, von den Schneidern mit rund 100 000, von den Tabakarbeitern mit rund 50 000, von den Sattlern und Handlungsgehilfen mit je rund 30 000 Mitgliedern. Es gehören also schon etwa 6¼ Millionen Gewerkschaftsmitglieder den internationalen Berufssekretariaten an. Die weiteste Ausdehnung hat die internationale Organisation der Holzarbeiter, die sich auf 20 Länder erstreckt. Die Buchdrucker sind in 18, die Transportarbeiter in 17, die Steinarbeiter in 16, die Hutmacher und die Lithographen in je 15, die Glasarbeiter in 14, die Bäcker, die Buchbinder und die Schuhmacher und Lederarbeiter in je 13 und die Maler in 10 Ländern dem internationalen Sekretariat angeschlossen.

Die Ausdehnung der internationalen Verbindung sowie die Zahl der Mitglieder der angeschlossenen Organisationen ist nicht nur von der Dauer des Bestehens eines internationalen Sekretariats, sondern auch vom Stand und der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen eines Berufes in den einzelnen Ländern abhängig. Das zeigen die vorstehenden kurzen Angaben über die Mitgliederzahl der in den internationalen Berufssekretariaten vereinigten Gewerkschaften, wie auch der Ausweis darüber, auf wieviel Länder die internationale Verbindung sich erstreckt.

Das gleiche gilt vom inneren Ausbau der internationalen Organisation. Je fester gefügt die nationalen Organisationen sind, desto bestimmtere Vereinbarungen über die gegenseitige Hilfeleistung in den wirtschaftlichen Kämpfen lassen sich treffen. Heute sind, weil die Stärke und Leistungsfähigkeit der beteiligten Organisationen in den einzelnen Ländern sehr verschieden ist, in den meisten internationalen Verbindungen noch keine festen Regeln für die Hilfsaktionen gegeben. Die gegenseitige Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen ist hier eine freiwillige. Entsprechend dem Ausbau der einzelnen internationalen Verbindung ist auch die Beitragshöhe und die Einnahme an Beiträgen sehr verschieden, wie die Tabellen ausweisen. Durch die Höhe der Beiträge wird jedoch nicht nur die Unterstützung in wirtschaftlichen Kämpfen bedingt, sondern auch die sonstigen Einrichtungen der internationalen Berufssekretariate. Diese geben zum Teil in bestimmten Fristen erscheinende Zeitungen heraus, durch die alle angeschlossenen Organisationen über alle Vorgänge im Berufe unterrichtet werden. Die Handlungsgehilfen, Lithographen, Metallarbeiter, Textilarbeiter und Holzarbeiter haben ein monatlich in drei, zum Teil in vier Sprachen erscheinendes Blatt. Die Transportarbeiter lassen ihr Blatt vierteljährlich erscheinen, geben aber wöchentlich eine Korrespondenz heraus. Andere internationale Berufssekretariate lassen ihr Blatt in längeren Fristen oder nach Bedarf erscheinen. Diese Verschiedenartigkeit der Einrichtungen bedingt eine verschiedene Beitragsbemessung. Sobald die Berichterstattung der internationalen Berufssekretariate eine vollständige geworden ist, wird es möglich sein, eine Uebersicht über die von den einzelnen Sekretariaten getroffenen Einrichtungen und die gegenseitig von den angeschlossenen Organisationen eingegangenen Verpflichtungen zu geben. Bis dahin müssen wir uns mit diesen wenigen allgemeinen Angaben begnügen.

Immerhin zeigen diese kurzen Auszüge, wie in allen Berufen und Ländern die Arbeiterschaft sich zu Schutz und Trutz zusammenfindet und wie erfolgreich sie ihre Organisationen im Sinne des Fortschrittes und der Kultur zu verwenden versteht. Daher ist das Studium des Berichtsbandes selbst jedem in der Arbeiterbewegung Tätigen nur dringend zu empfehlen.

* Internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1912. Herausgegeben vom Internationalen Gewerkschaftsbund (C. Legien). Berlin SO. 16. 354 Seiten. 1,50 M., für Gewerkschaftsmitglieder 90 Pf. Porto in Deutschland, Oesterreich u. s. w. 30 Pf., sonst 50 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 29. März der 14. Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. März bis 4. April 1914 fällig ist.

* * *

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Freising:**

Der Former Nikolaus Huber, geb. am 21. August 1886 in Freising, Buch-Nr. 1,140497, wegen Streikbruch.

* * *

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Stuttgart:**

Der Schlosser Hermann Bertsch, geb. am 25. Mai 1885 zu Zuffenhausen, Buch-Nr. 2,203943, wegen Denunziation.

* * *

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. **Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.**

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Berlin:**

Der Kernmacher Alfred Saalbach, geb. am 30. März 1878 zu Leipzig, Buch-Nr. 1,195578, § 22 Abs. 1a.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Düsseldorf:**

Der Schlosser Leonhard Jungblut, geb. am 21. Januar 1884 zu Saarlouis, Buch-Nr. 2,027615, wegen Denunziation.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Forchheim:**

Der Gürtler Anton Stengel, geb. am 29. September 1879 zu Fürth, Buch-Nr. 1,384062, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Frankfurt a. M.:**

Der Dreher Ernst Friedrichs, geb. am 23. August 1887 zu Aschersleben, Buch-Nr. 674537, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Hagen:**

Der Metallarbeiter Rich. Garendarski, geb. am 22. August 1895 zu Hirschberg, Buch-Nr. 1,660555, wegen Fälschung im Mitgliedsbuch;

der Former Robert Niemann, geb. am 26. Januar 1896 zu Greifswald, Buch-Nr. 2,007095, wegen Fälschung im Mitgliedsbuch.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Quedlinburg:**

Der Schlosser Adolf Jeske, geb. am 8. Oktober 1874 zu Strelno, Buch-Nr. 1,727228, wegen Verleumdung.

Auf Beschluß des **Vorstandes:**

Der Former Paul Riesenacker, geb. am 31. Januar 1894 zu Mainz, Buch-Nr. 1,814257, wegen unkollegialem Verhalten.

* * *

Gestohlen wurde:

Buch-Nr. 1,972583, lautend auf den Schlosser Karl Bauch, geb. am 28. Juni 1883 zu Neurode, eingetreten 1. Juli 1909 in Sorau (Rawitsch).

* * *

Verloren wurde:

Buch Nr. 1,679216, lautend auf den Former Emil Korves, geb. am 16. Januar 1892 zu Worms, eingetreten 14. November 1910 in Zwickau (Aue i. Erzgeb.).

* * *

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Nötestraße 16 a" zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Nötestraße 16 a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zuzug ist fernzuhalten:

von **Bronzearbeitern** und **Metallzainern** nach Hersbruck (Firma Gustav Lepper i. Fürth, Betrieb Hersbruck) M.;
von **Drehern** nach Düsseldorf (Fa. Schmitz) St.;
von **Drückern** nach Tiel (Holland) (Firma Kurz & Co.) A.;
von **Elektromonteuren** nach Davos (Schweiz), (Elektrizitätswerk); nach Krefeld, St.;
von **Emailarbeitern** nach Hussowitz bei Brünn (Fa. Höchsmann & Cibulka) St.;
von **Feilenhauern** u. **Feilenschleifern** nach Magdeburg; nach Mülheim a. Ruhr (Fa. G. Henig) D.;
von **Formern, Gießereiarbeitern** u. **Kernmachern** nach Freising in Bayern (Firma Schlüter) Str.; nach Haspe i. W. (Firma Ackermann) St.; nach Karlsruhe (Firma Junker & Ruh) D.; nach Meerane (Eisengießerei C. R. Nestmann) D.; nach Mettmann (Gebr. Burberg, Maschinenfabrik) R.; nach Neuenbürg bei Pforzheim (Bügeleisenfabrik); nach Sandau bei Böhmisch-Leipa, St.; nach Stavanger in Norwegen (Firma Elektrostahlwerk) R.; nach Zwickau (Zwickauer Gußwerke, Inhaber Emil Selbmann) D.;
von **Gürtlern** nach Tiel (Holland) (Firma Kurz & Co.) A.;
von **Klempnern, Installateuren** und **Rohrlegern** nach Kaiserslautern, St.; nach Plauen (Fa. Schuster);
von **Metallarbeitern** aller Branchen nach Amsterdam (Hertel & Co.) St.; nach Borbeck (Borbecker Zinkhütte) M.; nach Brand-Erbisdorf (Fa. Elite-Motorenwerke) St.; nach Breslau (Linke-Hofmann-Werke) St.; nach Frankfurt a. O. (Fa. Kühn, Eisenkonstruktionswerkstätte) St.; nach Graz in Steiermark (Fa. Puch, Fahrrad- und Automobilfabrik, Schreibmaschinenabteilung) D.; nach Ilmenau (Firma Vita G. m. b. H.) St.; nach Leipzig-Eutritzsch (Jäger, Roth und Siemens-Werke) D.; nach Moß (Norwegen), (Karlsons Maschinen- und Fahrradfabrik) D.; nach Neuenbürg bei Pforzheim (Bügeleisenfabrik);
von **Schleifern** nach Neuenbürg bei Pforzheim (Bügeleisenfabrik);
von **Schlossern (Bauschlossern)** nach Monheim a. Rh. (Mineralölwerk Rhenania G. m. b. H.) St.;
von **Waffenarbeitern** aller Art nach Solingen, St.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkordreduktion u. s. w.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anläße in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungstelle, der das Mitglied angehört, abstempeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Drahtarbeiter.

Düsseldorf. Eine Komödie führte das Wilhelm Heinrich-Werk A.-G. mit den Arbeitern auf. Die Meister gaben den Arbeitern zu verstehen, daß sich die Firma zu einer Verkürzung der Arbeitszeit nicht ablehnend verhalte und einen Wunsch danach wohl erfüllen würde. Nachdem auch der Obermeister, der im Werk einen großen Einfluß hat, sich in gleichem Sinne geäußert hatte, wurde der Direktion der Wunsch nach Verkürzung der Arbeitszeit unterbreitet. Die Organisationen hatten mit der ganzen Sache nichts zu tun, wenigstens waren diese darüber klar, daß es sich nicht um eine Forderung handeln könne, die von der Organisation aufgestellt wird. Bei den Verhandlungen mit der Direktion zeigte es sich, daß auch diese sich zur Verkürzung günstig stellte. Da ein Teil der Belegschaft Nachtschicht hat und am Sonntag morgen bis 5 Uhr arbeiten muß, war man darüber klar, daß die Verkürzung auf den Samstagnachmittag gelegt werden müsse. Es war davon die Rede, daß die Tagschicht um 2 Uhr oder auch um 4 Uhr Feierabend haben solle. Eine schwierige Frage war die der Entschädigung für die Lohnarbeiter. Die Akkordarbeiter verlangten keinen Ausgleich, aber für die Lohnarbeiter würde doch der Ausfall sehr hart gewesen sein. Die Direktion erklärte, daß sie den Lohnarbeitern in Anbetracht der Geschäftslage den Ausgleich nicht gewähren könne. Um über diese Frage einen Entschluß herbeizuführen, fanden nun für die Tag- und Nachtschicht zwei Versammlungen statt. Die Organisationsvertreter (der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein kommt da ebenfalls stark in Betracht) empfahlen die Annahme der Verkürzung der Arbeitszeit auch ohne Lohnausgleich. Wohl würde der Ausfall die Lohnarbeiter vorläufig hart treffen, aber es würde sich da in absehbarer Zeit ein Ausgleich schaffen lassen. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei aber eine dauernde Errungenschaft und lasse sich hier ohne Kampf durchführen. Bei der Abstimmung wurde mit etwa Fünfsechstelmehrheit beschlossen, die Verkürzung der Arbeitszeit auch ohne Lohnausgleich anzunehmen. Damit wäre bei regelmäßigen Verhältnissen und Rechtsbegriffen die Sache erledigt gewesen. Hier jedoch nicht. Die Direktion zog ihre Zusage zurück. Ueber die Gründe wurde man nicht recht klar. Man sprach davon, daß die Sache im Reichstag geregelt würde. Man behauptete auch, daß der Aufsichtsrat einen ablehnenden Standpunkt eingenommen habe. Wahrscheinlich lag aber ein Verbot von der Breitestraße vor. Wozu ist man denn „Herr im Hause"? So weit so gut. Aber das schönste kommt noch. Wir bekamen eine schwarze Liste in die Finger. Solches Glück hat man nicht immer. Und nun sahen wir, daß die Arbeiter des Wilhelm Heinrich-Werkes gesperrt sind. Ein Drahtzieher, der zufällig in Kündigung stand, zierte die Liste namentlich. Nun zunächst allgemeines Erstaunen bei den Arbeitern und dann verlegenes Räuspern bei der Firma. Es kam zu einer Aussprache und nun soll zunächst der in Frage kommende Arbeiter die Kündigung zurückziehen. Man will also die Freizügigkeit beschränken. Dann eine andere Ausrede: die Arbeiter sollen den geäußerten Wunsch zurückziehen. Den Wunsch, der ihnen von der Firma selbst nahegelegt worden ist. Leider machten die Arbeiter den Fehler und „zogen den Wunsch zurück". Man hätte ruhig einmal abwarten sollen, wer aus dieser Komödie als Held hervorgegangen wäre. Der Vorhang ist nun zunächst gefallen. Das Stück ist aus. Die Arbeiter werden sich die Geschichte gut einprägen. Die Firma hat den Arbeitern eine Verkürzung der Arbeitszeit selbst angeboten. Auch die Direktion stellte sich freundlich dazu. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist also ohne Schaden für das Werk durchführbar. Daran werden die Arbeiter der Nachtschicht jedesmal denken, wenn sie am Sonntag morgen um 6 Uhr müde und abgespannt nach Hause kommen, wodurch ihnen der Sonntag verloren geht. Vielleicht kommen wir gelegentlich auf die Sache zurück.

Hagen i. W. Die Firma Eicken & Co. (Abteilung Wehringhausen) hat sich in den letzten Jahren zu einem „Musterbetrieb" entwickelt. Besonders seit dem Einzuge des Herrn Gerstein sind dort Zustände eingerissen, die ihresgleichen nicht leicht finden werden. Der junge Herr hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Arbeiter möglichst zu schikanieren. In der Drahtzieherei, deren Leitung besonders in den Händen des Herrn Gerstein liegt, herrschen Mißstände über Mißstände. Anstatt aber für deren Abstellung zu sorgen, schafft der gute Herr stets neue. Er scheint eine Freude daran zu haben, wenn die Arbeiter sich über seine Handlungen empören. Bei den geringsten Vergehen werden Strafen verhängt, wie man sie in keinem gleichartigen Betriebe findet. Selbst die Meister werden nicht davon verschont, wie wir an einem Beispiel zeigen wollen. Die Drahtzieher der Nachtschicht hatten früher am Sonntag regelmäßig um 4 oder 5 Uhr morgens Feierabend gemacht, um dadurch wenigstens einige Stunden Freiheit für den Sonntag zu retten. Da die Leute durchweg in Akkord arbeiten, hatte die Firma keinen Schaden davon und es waren deshalb die Meister damit einverstanden. Herr Gerstein dachte aber anders. Sofort nach seinem Einzug ordnete er an, daß bis Punkt 6 Uhr morgens gearbeitet wird. Als er nun vor einigen Wochen erfuhr, daß die Meister trotz seiner Anordnung die Leute früher nach Hause gehen ließen, bekamen diese Herren 10 M. Strafe aufgebrummt. Um der armen Firma Eicken & Co. das Bestehen zu ermöglichen, hat Gerstein ein besonderes Verfahren eingeführt. Bisher war es üblich, den Drahtziehern nur dann für verdorbenen Draht vom Lohne abzuziehen, wenn der Fehldraht durch Fahrlässigkeit oder durch sonstiges Verschulden des Drahtziehers entstanden war. Fehldraht, der durch schlechtes Material der Firma verursacht wurde, ist bezahlt worden. Nun wird für jeden Fehldraht, auch solchen, der durch schlechtes Material der Firma entsteht, den Drahtziehern vom Lohn abgezogen. Aber das nicht allein! Herr Gerstein zieht den Arbeitern nicht nur den Lohn für die Arbeit an der schlechten Ware ab, sondern auch noch Schadenersatz für die Ware selbst. Anstatt also für ihre Arbeit Lohn zu bekommen, müssen die Arbeiter noch Geld dazu zahlen. Bei einer solchen Uebung kann die Firma vergnügt singen: „Sehn Sie, das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein, ein jeder kennt den Rummel nicht, das muß verstanden sein." Das Verfahren der Firma ist einzig, es entspricht aber in keiner Weise der Arbeitsordnung. Als die Arbeiter sich zur Wehr setzten und in einer durchaus höflichen Eingabe eine Aenderung wünschten, wurden sie glatt abgewiesen. Anstatt ihren Wünschen entgegenzukommen, spielte Herr Gerstein den starken Mann. In einem Anschlag am schwarzen Brett wurde den Arbeitern bekannt gemacht, daß sie auf Erfüllung ihres Wunsches nicht rechnen können. Auf den wirklichen Inhalt der Eingabe geht die Antwort nicht ein. Kühn erklärt die Firma, es sei Schuld der Drahtzieher, daß Fehldraht gezogen würde und dieser würde in Zukunft abgezogen. Zugleich richtet sie auch einen Angriff gegen die dreimal verfluchten Organisationen, die nach ihrer Ansicht die Sache angezettelt haben. Sie schreibt wörtlich: „Wir erkennen dankbar an, daß ein großer Teil unserer Arbeiter einsichtsvoll genug ist, einzusehen, daß das Interesse des Werkes und der Angestellten ein gemeinsames ist (auch wenn Sie Abzüge machen, Herr Gerstein?) und diesen Gesichtspunkt auch durch sein Verhalten zum Ausdruck bringt. Es läßt sich anderseits aber nicht leugnen, daß ein anderer Teil infolge von falschen Einflüsterungen, welche die Leute von außerhalb bekommen, anders denkt. Es bleibt solchen Leuten gegenüber eben keine andere Möglichkeit, sie an ihre Pflichten zu erinnern, als das zur Anwendung gebrachte Verfahren." Also in Zukunft wird kräftig weiter abgezogen und drangsaliert! Bedauerlich ist nur, daß die Arbeiter sich eine derartige Behandlung gefallen lassen. Es wird wohl in den Kneipen kräftig über die miserablen Verhältnisse in der Bude geschimpft, aber das Richtige, den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband, finden leider die wenigsten. Und solange da keine Aenderung kommt, müssen sich die Arbeiter derartige Verhältnisse gefallen lassen. Nur wenn sie im Deutschen Metallarbeiter-Verbande zusammengeschlossen sind, können sie das Verfahren des Herrn Gerstein dauernd erfolgreich bekämpfen.

St. Ingbert. Schon sehr viele Klagen sind uns von den Drahtziehern des Eisenwerks zugetragen worden. Und sie werden immer noch fortgesetzt. Es ist deshalb auch kein Wunder, wenn immer mehr Drahtzieher St. Ingbert verlassen, weil ihnen die Verhältnisse nicht mehr passen. Die größte Schuld an den unerträglichen Zuständen soll Direktor Kröll tragen, der das Werk nun verlassen hat. Es bleibt nun abzuwarten, ob unter der neuen Direktion ein besseres Verständnis für den Drahtzug sich bemerkbar machen wird. Der Walzdraht, der von der Deutsch-Luxemburgischen in Differdingen geliefert wird, ist so schlecht, daß er oft beim ersten Zug in 4 bis 5 Stücke zerreißt. Besonders seit dem letzten Streik der Walzer in Differdingen ist das Material ganz schlecht. Die Drahtzieher arbeiten deshalb mit einem Verlust bei der Akkordarbeit und die Firma hat wohl Haufen Schrott, aber keinen Draht. Die Arbeiter sind gezwungen, drauflos zu murksen und haben deshalb keine Zeit, die Werkzeuge in Ordnung zu halten. Auch wäre so manches über die Bestimmungen zur Verhütung von Unfällen zu sagen. Die Kranen laufen so, daß die Arbeiter leicht zerschmettert werden können, da der Weg, den sie mit der Last nehmen, nicht gesperrt ist. Die so notwendige Aenderung läßt noch auf sich warten. Sollen aber die Zustände besser werden, so ist die Arbeiterschaft zuerst verpflichtet, Hand anzulegen. Sie müssen sich organisieren und in steter und fortwährender Kritik der Verhältnisse sich Gehör zu verschaffen suchen. Das mögen sich alle merken: ohne Organisation kommen keine Verbesserungen. Also hinein in die Organisation, hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Former.

Gelsenkirchen. Die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, Abteilung Schalker Gruben- und Hüttenverein, schickt ihre Agenten herum, um Maschinenformer für die Abflußröhrengießerei zu suchen. Bisher sind die Agenten, soweit uns bekannt ist, in Kotzenau in Schlesien, in Dülken am Rhein und einigen anderen Orten aufgetaucht. Den Anzuwerbenden wird ein Verdienst von täglich 4 bis 5 M. versprochen, sie sollen eine Werkswohnung erhalten, aber erst, wenn sie dem Werkverein beitreten, und auch sonst wird vieles versprochen. Wert legen die Agenten auf verheiratete Former, die evangelischer Konfession sind. Warum gerade auf diese Konfession Wert gelegt wird, entzieht sich unserer Kenntnis, vielleicht will die Firma einen kleinen Kulturkampf auf eigene Faust führen. In dieser Abteilung sind seit Anstellung des Ingenieurs Mörike Abzüge gemacht worden, die 20 bis 50 Prozent betragen. Es ist unmöglich, bei diesen Preisen einen annehmbaren Verdienst zu erzielen. Auch ist ein Verdienst, wie der versprochene bei den Preisen fast nicht zu erreichen. Im übrigen ist der Verdienst für Maschinenformer hier viel höher. Es muß in Betracht gezogen werden, daß hier die Lebensverhältnisse sehr teuer sind. Der Arbeiterwechsel ist in dieser Abteilung ein sehr großer, sogar Arbeiter aus den östlichen Landesteilen, die in Massen nach hier geholt werden, um als billige Ausbeutungsobjekte zu dienen, verlassen die ungastliche Stätte. Wir raten daher jedem Kollegen, ehe er hier Arbeit annimmt, sich die Sache reiflich zu überlegen, um sich vor Schaden zu bewahren.

Hagen i. W. Bei Ackermann in Haspe legten die Former und Gießereiarbeiter die Arbeit nieder. Zuzug fernhalten.

Heidenheim a. Brenz. Ein meisterlicher Entdecker. Irren ist menschlich, sagt ein altes Sprichwort; dem stimmen wir gerne bei, weil dies Malheur jedem widerfahren kann. Den Vogel aber in dieser Beziehung schoß kürzlich ein Gießereimeister bei der Weltfirma Voith in Heidenheim ab. Bei der Beurteilung eines Fehlgußstückes stellte er kühn die Behauptung auf: „Das kommt davon her, daß der Former zuviel den Wasserpinsel genommen hat." Konrad Majer ist der Name dieses Entdeckers. Er hat den Stein der Weisen gefunden. Er hat zwar nicht die Weisheit erfunden, aus Steinen Gold zu machen, nach der die Alchimisten viele, viele Jahre vergeblich gesucht hatten, er hat aber herausgefunden, daß der poröse Guß von der Anwendung des Wasserpinsels herrührt. O Wasserpinsel, du Bösewicht! Wieviel Unheil hast du die Jahrzehnte her angerichtet und wieviel schlaflose Nächte hast du den Formern schon bereitet. Behält Herr Majer recht, dann wird er sich zweifellos nicht nur in Unternehmerkreisen einen unsterblichen Namen geschaffen haben, sondern auch bei den Formern, denn die sind ihm dann unendlich viel, viel Dank schuldig, denn er hat ihnen alle Sorgen genommen. Der poröse Guß verschwindet, jetzt fehlt nur noch einer, der herausfindet, wie der Ausschuß überhaupt vermieden werden kann. Solange das Mittel nicht gefunden ist, trägt des Tages Ruhm Herr Majer. Alle Entdecker und Erfinder sind gegen ihn Waisenknaben, selbst das Genie Taylor. Ein solcher Geist wurde bisher in Heidenheim nicht gesucht und wo anders auch noch nicht gefunden. Jetzt kann aber unsere dunkle Ecke glänzen mit einer Leuchte, die unendlich viel Kummer und Sorgen von einem ganzen Berufsstande genommen hat. Merkwürdig ist nur, daß es nach wie vor porösen Guß gibt, selbst bei der Firma nicht zu wenig, wo Majer am Werke ist.

Graveure und Ziseleure.

Berlin. Schon oft wurde angeregt, die einzelnen Ortsgruppen möchten von Zeit zu Zeit Bericht erstatten, um über die Zustände unseres Berufes hier und dort etwas zu hören. Leider aber hört man so wenig, daß man meinen könnte, die Verhältnisse in unserm Beruf lägen so gut, daß kein Kollege Veranlassung hätte, Klagen zu erheben. Ganz so sieht es nun leider nicht aus, in Berlin am allerwenigsten. Die Schliche einiger hiesiger Werkstättenbesitzer, die sich immer weiter „vervollkommnen", veranlassen uns, einige Worte an die Kollegen des übrigen Deutschland zu richten. Es wird hier immer mehr üblich, daß Gehilfen (meistens junge Leute) unter allen möglichen Versprechungen nach hier gelockt werden, ohne daß ihnen ein bestimmter Lohnsatz zugesprochen wird. Der Kollege muß dann einige Zeit, in der Regel eine bis zwei, oft auch drei Wochen „auf Probe" arbeiten, um dann einen Lohn angeboten zu bekommen, der für seine Leistungen viel zu gering ist. Will der Kollege dann für den angebotenen Lohn nicht arbeiten, so droht ihm die sofortige Entlassung, denn in den meisten Berliner Werkstätten gibt es keine Kündigung. Da die Kollegen oft aus Süddeutschland oder aus dem Rheinland nach hier kommen, so sind ihre Mittel durch die hohen Reisekosten oder auch dadurch, daß sie vorher arbeitslos waren, derartig erschöpft, daß sie, um nicht nach einer andern Stadt bummeln zu müssen, sich mit dem geringen Lohn und einem Versprechen auf Aufbesserung bei steigender Leistung zufrieden geben. Hat dann der Betreffende, durch diese Versprechungen angespornt, Höchstleistungen erreicht, so werden diese nicht dazu benützt, den Mehrfordernden besser zu entlohnen, sondern die älteren, noch einigermaßen entlohnten Kollegen werden damit schikaniert und ihre Leistungen als zu gering hingestellt. Leider sind unsere zureisenden Kollegen an solchen Folgen oft nicht ganz unschuldig, denn anstatt zu beachten, daß jeder Kollege, der sich nach einem andern Ort verändern will, vorher bei der dortigen Verwaltung anzufragen hat, denken sie nur daran, einmal das „schöne" Berlin kennen zu lernen, wollen sich dort „ausleben", um später vom „herrlichen Schlaraffenland" erzählen zu können. Es ist dringend notwendig, daß es hierin anders wird und jeder Kollege bei einem Stellenwechsel nach auswärts vorher Erkundigungen bei der dortigen Ortsleitung einzieht. Noch auf eine andere Sache sei hingewiesen. Auf Drängen des Bundes selbständiger Graveure hat sich die Graveur- und Stempel-Zeitung entschlossen, vom 1. Januar dieses Jahres an ihren Arbeitsmarkt allwöchentlich erscheinen zu lassen. Als Entgegenkommen dafür sollen die Unternehmer freie Stellen nicht mehr in den Tageszeitungen anzeigen. Zum Vorteil unseres Berufes ist es, wenn die Kollegen diesen „Arbeitsmarkt" vollständig unbeachtet lassen und die Unternehmer dadurch zwingen, unseren Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der „Arbeitsmarkt" der Graveur-Zeitung nicht in erster Linie der Stellenvermittlung, sondern der Reklame und der Lohndrückerei dient. Die Unternehmer wollen die Arbeitsvermittlung in ihre Hände bekommen und die Zahl der Arbeitsangebote möglichst steigern, um dadurch mehr als bisher auf die Löhne der in Arbeit stehenden Kollegen drücken zu können. Wenn alle Kollegen aus Nord und Süd diese Zeilen beherzigen und dafür sorgen, daß die der Organisation noch fernstehenden Kollegen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zugeführt werden, dann wird es uns gelingen, den alten, kranken Invaliden, unseren Beruf, wieder zur Genesung zu bringen.

Hüttenarbeiter.

Einswarden-Nordenham. Von der „gelben" Friedrich-August-Hütte. Bei der Firma Metallwerke Unterweser, Friedrich-August-Hütte, war das Arbeitsverhältnis schon von jeher kein rosiges. Sehr häufig mußte sich die Arbeiterpresse mit den dort bestehenden Mißständen beschäftigen, aber immerfort kommen von den Arbeitern Klagen über die unleidlichen Verhältnisse. Ja sogar schon von bürgerlichen Vertretern im oldenburgischen Landtage wurden die die Gesundheit der Arbeiter schädigenden Verhältnisse kritisiert und Abhilfe gefordert. Kein Wunder also, wenn in der Zink- und Bleihütte, wo die Arbeit äußerst aufreibend ist, ständig Arbeitermangel herrscht, so daß Agenten, die unter den schönsten Versprechungen Leute anzuwerben suchen, fast dauernd unterwegs sind. Aber seitdem nun die Mehrzahl der Arbeiter in einen „internationalen" gelben „wirtschaftsfriedlichen" Verein gebracht wurde, wird sie auch so, wie es den Gelben überall ergeht, nach Gebühr behandelt. Vor einiger Zeit behandelte einer der Hauptmacher des Werkvereins, der Schlossermeister Viebahn, einen jungen Gelben mit schlagenden Beweisen und drohte noch mit Fußtritten, ganz zu schweigen von den Ausdrücken, die in keinem Lexikon stehen. Das neueste Vorkommnis ist folgendes: In der Abteilung Bleihütte des Werkes hängt jetzt ein Anschlag, auf dem alle die Arbeiter der Oeffentlichkeit preisgegeben sind, die aus den verschiedensten Anläßen im Laufe des letzten Monats bestraft worden sind. Die Strafensumme in der kleinen Abteilung ist über 100 M., die den Arbeitern abgezogen werden. Ein Arbeiter ist dabei, der in zwei Fällen je 2 M. und in einem Falle 5 M. Strafe innerhalb eines Monats zu zahlen hatte. Wie nun manchmal solche Bestrafungen zustande kommen, sei an folgendem Fall geschildert: Von einem Arbeiter wurde verlangt, daß er an einem Sonntag arbeiten solle. Er teilte seinem Vorgesetzten mit, daß er am Sonntag verhindert sei, weil er in ärztlicher Behandlung stehe und am Sonntag vormittag zum Arzt müsse. Von dem Vorgesetzten wurde dem Arbeiter die Antwort zuteil: „Wenn Sie nicht kommen, werden Sie in Strafe genommen, zum Arzt können Sie ein andermal gehen." Der Arbeiter ging, weil ihm seine Gesundheit denn doch etwas wert war, zum Arzt und wurde nun auf Grund der „arbeiterfreundlichen" Arbeitsordnung zu 3 M. Ordnungsstrafe verknurrt. Solche und ähnliche Fälle gibt es zu Dutzenden; man muß nur den Gleichmut der dort beschäftigten Kollegen bewundern, mit der sie alles über sich ergehen lassen. Wie genügsam einzelne der Gelben sind, geht aus folgendem hervor: Fand sich da in einer Werkvereinsversammlung ein kühner Gelber, der ausführte, daß das zur Verfügung gestellte Waschwasser, das — wie uns versichert wird — direkt aus der Weser gepumpt wird, zum Reinigen doch wohl zu schmutzig sei und er forderte reines Wasser. Er kam da aber schön bei einigen anderen Gelben an. Diese führten aus: Solche Forderungen könne man nicht erheben, man solle doch einmal überschlagen, welche Summe es dem (nebenbei gesagt schwer reichen) Metallwerk wohl kostete, wenn die Waschanlage an die Reinwasserleitung angeschlossen würde. Auch der kühne Gelbe sagte nichts

mehr, fernerhin wäscht man sich also in dem nicht reinen Weserwasser. Durch alle diese Vorkommnisse, durch vorgenommene Hausagitation u. s. w. sind denn nun doch einer Anzahl Kollegen die Augen geöffnet worden, sie haben ihre mißliche Lage erkannt und haben sich der Organisation angeschlossen. Die Macher des „Bananenklubs" sehen nun schon ihre Felle fortschwimmen und suchen zu retten, was zu retten ist. Damit eines Tages die gelbe Fahne nicht ganz verlassen sein möge, soll eines der gelben Vorstandsmitglieder in einer Versammlung erklärt haben: „Alle, die nicht baldigst dem Werkverein beitreten, werden in der nächsten Zeit entlassen." Es sollen auf Grund dieses Ausspruchs am 1. März, wie von Betroffenen versichert wird, schon Kündigungen vorgenommen worden sein. Das sind, wenn es wahr ist, Stockschläge auf den Magen, namentlich in der Zeit wirtschaftlichen Niederganges. Dadurch sollen alle, die für ihre Familie sorgen, also nicht aus der Arbeit gedrängt werden wollen, Mitglied des verhaßten und verachteten Werkvereins werden. Das wäre Terrorismus, wie er schlimmer nicht ausgeübt werden kann. Hiergegen gibt es nur einen wirksamen Schutz: wenn sich alle Arbeiter einer freien Gewerkschaft, in diesem Falle dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen. Nur dann wird es möglich sein, auch auf den Metallwerken Unterweser bessere Verhältnisse zu schaffen.

Metz. Als das neue Stahlwerk der Firma Thyssen in Hagendingen eröffnet wurde, glaubte mancher Hüttenarbeiter, sein Los verbessern zu können. Viele wechselten ihre Arbeitsplätze, um ihr „Heil" auf dem neuen Werke zu versuchen. Bald aber waren sie sehr enttäuscht und sahen ein, daß sie eigentlich vom Regen unter die Traufe gekommen waren. Im Monat Februar hat nun die gut katholische Firma Thyssen einen allgemeinen Lohnabzug bis zu 12 Prozent durchgeführt und auch zum Teil die Prämien bis zur Hälfte gekürzt. Der Lohnabzug beträgt bei manchem Arbeiter 30 bis 50 M. monatlich. Herr August Thyssen, hundertfacher Millionär und Ritter eines päpstlichen Ordens, hätte eigentlich von seinem „christlichen" Standpunkt aus einen derartigen Lohnabzug nicht zulassen dürfen. Aber wo Geld in Frage kommt, da hört eben aller Patriotismus und alle christliche Nächstenliebe auf. Wegen dieses Lohnabzuges sind die Arbeiter zu Hunderten davongelaufen. Weit besser wäre es allerdings gewesen, wenn sich die Hüttenarbeiter ihrer Lage richtig bewußt geworden wären und sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angeschlossen hätten. Thyssen sucht nun überall Leute, da aber die noble Firma in Rheinland und Westfalen zu gut bekannt zu sein scheint, hat er seine Anpreisungen auch in Süddeutschland erlassen. So wurden auch in Stuttgart tüchtige Schlosser, Dreher u. s. w. gesucht, selbstverständlich nur gegen „hohe" Löhne. 40 bis 45 ₰ die Stunde für einen Dreher scheint nach dem Begriff der Firma ein sehr hoher Lohn zu sein. Ja, ein Meister hat sogar einem jungen Schmied 20 ₰ angeboten. Und dann das Arbeits- und Strafsystem. Will ein Dreher im Akkord nebst Prämien auf 60 ₰ kommen, dann muß er schon arg schuften. In einer Abteilung, in der ungefähr 70 bis 80 Mann beschäftigt sind, wurden an einem Tage 36 M. Strafe verhängt. Wegen willkürlichen Feierns gibt es 3 M. Strafe, Zuspätkommen kostet meistens 1 M., nicht richtige Meldung 1 M., Rohrlecken — in den meisten Fällen kann der Arbeiter nichts dafür — 3 M. Und so könnte man noch eine ganze Menge Fälle bringen. In dieser einen Abteilung wurden Strafen verhängt am 2. März 36 M., am 14. März 21 M. Würde man einmal für einen Monat vom ganzen Werk die Strafen veröffentlichen, dann würde die „Arbeiterfreundlichkeit" unverhüllt zum Ausdruck kommen. Die Hüttenarbeiter sind aber an diesen Zuständen selbst schuld. Würden sie ebenfalls wie ihre anderen Kollegen in der Metallindustrie ihre Sache vertreten, dann könnten solche menschenunwürdigen Zustände nicht bestehen. Aber gleichgültig ertragen sie dann und lassen sich selbst den größten Lohnabzug, ohne sich irgendwie zur Wehr zu setzen, gefallen. Bei den teuren Zeiten Lohnabzüge für den Hüttenarbeiter, große Gewinne für den Hüttenherrn. Wann werden die Hüttenarbeiter ihre erbärmliche Lage einsehen und dann zielbewußt für eine Aenderung wirken? Hoffentlich nicht zu spät.

Metallarbeiter.

Chemnitz. Die gelbe Unternehmerschutztruppe. Schon oft wurde nachgewiesen, daß die gelben Werkvereine zum Schutze der Unternehmer von diesen gegründete Gebilde sind. Es liegt auch in der Natur der Sache, daß die gelben Werkvereine von den Unternehmern ins Leben gerufen worden sind, damit ihnen im Falle eines Streiks die nötige Anzahl Streikbrecher zur Verfügung steht. Der Kassenbericht des Unterstützungsvereins der Sächsischen Webstuhlfabrik vom Jahre 1913 zeigt aufs neue, daß die höchsten Einnahmen dieser Vereine aus den Zuwendungen der Unternehmer bestehen, denn rund 5000 M. überwies die Direktion ihrer Schutztruppe, 100 M. schenkte ein Herr Wimmer aus Annaberg. An Beitrittsgeldern und Steuerbeiträgen gingen 3470,80 M. ein. Die Summe wäre bedeutend niedriger, wenn die Beiträge nicht — wider die klaren gesetzlichen Bestimmungen — den Arbeitern vom Lohne abgezogen würden. Nach § 148 der Gewerbeordnung sollte dieser Abzug mit Geldstrafe bis zu 150 M. und im Unvermögensfalle bis zu vier Wochen Haft bestraft werden. Es hat aber noch kein Staatsanwalt an dieser Gesetzesübertretung Anstoß genommen. Wenn von den gelben Werkvereinen behauptet wird, daß ihre Gründung nur zu dem Zwecke erfolgte, um ihre Mitglieder zu unterstützen, so ist auch da ein großes Fragezeichen zu machen, denn nur 910 M. Unterstützung zahlte der Verband der Sächsischen Webstuhlfabrik aus. Es erhielten davon 42 Mitglieder 750 M. Krankenunterstützung, bei 6 Sterbefällen wurden 110 M. und an 4 Mitglieder 50 M. Notstandsunterstützung bezahlt. Die Mitglieder erhielten also von ihren geleisteten Beiträgen und vom Beitrittsgeld im Gesamtbetrage von 3470,80 M. nur 910 M. — 26,1 Prozent zurück. Dieses Beispiel zeigt, daß den Unternehmern bei Gründung solcher Werkvereine nicht nur ihr dafür gespendetes „Betriebskapital" erhalten bleibt, sondern es fließen auch die Summen aus den von den Arbeitern geleisteten Beiträgen den Betriebseinrichtungen zu. Zieht man nun noch in Betracht, daß die Mitglieder dieser Werkvereine zur Durchführung von Lohndrückereien Verwendung finden und bei einem kommenden Streik als Streikbrecherkolonnen aufzutreten haben, so begreift auch der Blödeste, daß die gelben Werkvereine in Wirklichkeit eine Unternehmerschutztruppe sind.

Karlsruhe, 18. März 1914. Erklärung. In Nummer 11 der Metallarbeiter-Zeitung behauptet Kollege Liebmann (Leipzig), ich hätte bei der Berichterstattung über seine Beschwerde auf der Generalversammlung in Breslau die Unwahrheit gesagt. Um die Behauptung von Liebmann nicht unwidersprochen zu lassen, will ich an dieser Stelle erklären, daß die Beschwerdekommission die Beschwerde des Kollegen Liebmann in der peinlichsten Weise geprüft hat und daß meine Berichterstattung entsprechend den Beschlüssen der Kommission erfolgte. Damit ist diese Angelegenheit für mich erledigt. Glaubt Kollege Liebmann, daß ihm Unrecht geschehen ist, dann soll er sich an die im Verband vorgesehenen Instanzen wenden.

Heinrich Sauer.

Rundschau.

Reichstag.

Der Reichstag wird in die Osterferien gehen müssen, ohne daß der Etat fertiggestellt wird. Auch im letzten Jahre konnte die Verfassungsvorschrift, daß Einnahmen und Ausgaben des Reiches vor dem Beginn des neuen Etatjahres auf den Etat gebracht werden, nicht eingehalten werden. Es ergaben sich daraus für die Verwaltung mancherlei Mißstände; Bauten konnten nicht rechtzeitig begonnen, Beschaffungen nicht angeordnet werden; die Hinausschiebung von wichtigen Arbeiten beschränkt wiederum die Zeit, die der Vorbereitung des nächsten Etats dienen sollte. Man hat oft dem Reichstag die Schuld an diesen Mißständen zugeschoben und der Meinung Ausdruck gegeben, er brauche sich nur ein wenig Zurückhaltung im Reden aufzuerlegen, damit alle Schwierigkeiten vermieden würden. In dieser Allgemeinheit ist der Vorwurf unberechtigt. Man kann gewiß im einzelnen Falle darüber streiten, ob die eine oder die andere Rede etwas länger oder kürzer hätte sein können. Im allgemeinen hat aber die Redelust nur einen geringen Einfluß auf die Gestaltung der Geschäfte; man kann im Gegenteil sagen, daß sich die Schleusen der Reden je nach der Lage der Geschäfte mehr oder weniger weit öffnen. Jetzt ist zum Beispiel ein Zustand eingetreten, daß die Reden in den Plenarverhandlungen beliebig lang ausgedehnt werden könnten, weil nicht genügend Beratungsstoff von den Kommissionen fertiggestellt werden konnte. Das deutet auf den wahren Sitz des Übels hin. Die Regierung hat für den knapp bemessenen Zeitraum der Etatberatung zu viel und zu vielerlei Verhandlungsstoff dem Reichstag überliefert. Und überdies wird die Beratung, wie es in der Natur der Sache liegt, von Jahr zu Jahr eingehender. Wer hätte zum Beispiel noch vor wenigen Jahren ahnen können, daß über Bahnbauten in den Kolonien, über die Ackerbaufragen in tropischen Landstrichen tagelange Erörterungen anzustellen wären?

Die üble Gewöhnung der Regierung, den Reichstag im Verhältnis zu der zu leistenden Arbeit zu spät einzuberufen, kann vielleicht durch nichts so wirksam bekämpft werden, als durch die Verschiebung der endgültigen Etatfestsetzung.

Über die Kolonialverhandlungen im Plenum ist nichts wichtiges zu berichten. Die Vorlage über die Aufbesserung der Beamtengehalte ist vorläufig in der Budgetkommission stecken geblieben; nach den Erklärungen der Regierung ist es fraglich, ob überhaupt etwas aus der Sache wird.

Der Konflikt über den eigenmächtigen Bau eines Dienstgebäudes für das Militärkabinett ist immer noch nicht gelöst; heftige Auseinandersetzungen in der Kommission lassen darauf schließen, daß diese Frage noch schwerwiegende Auseinandersetzungen zur Folge haben wird.

Neunter Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Die Generalkommission erläßt in Nr. 12 des Korrespondenzblattes die Einladung zu dem Kongreß. Er findet vom 22. bis 27. Juni 1914 in München im Saale der Münchner Kindlbrauerei, Rosenheimerstraße, statt. Die vorläufige Tagesordnung ist:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate.)
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission.
3. Beratung der Anträge, betreffend:
   a) Allgemeine Agitation.
   b) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.
   c) Streikunterstützung und Streikstatistik.
   d) Arbeiterinnen-Sekretariat.
   e) Korrespondenzblatt.
   f) Sozialpolitische Abteilung.
   g) Zentral-Arbeitersekretariat.
   h) Regelung der Grenzstreitigkeiten.
4. Die „Volksfürsorge".
5. Die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes.
6. Arbeitswilligenschutz und Unternehmerterrorismus.
7. Arbeitslosenfürsorge.
8. Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge.
9. Der Einfluß der Lebensmittelteuerung auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse.
10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Anträge zur Tagesordnung oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 1. Mai 1914 an die Generalkommission einzusenden.

Sämtliche bis dahin eingegangenen Anträge werden im Korrespondenzblatt veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften erörtert werden können.

Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder können nur dann zugelassen werden, wenn sie von einer Zahlstelle oder dem Zentralvorstand der Gewerkschaft unterstützt werden.

Schwindel über den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Das Volk, eine in Siegen erscheinende, von dem nicht immer rühmlich bekannt gewordenen Adolf Stöcker gegründete Zeitung, brachte in seiner Nr. 67 vom 20. März folgendes:

„Bezeichnend für die Sozialdemokratie. Für die Auffassung in den Reihen der Sozialdemokratie ist ein Vorgang bezeichnend, der in einem Berliner Blatt festgenagelt wird:

Neulich starb ein augenscheinlich vielseitiger Mann, der zugleich Mitglied eines Kriegervereins und des roten Metallarbeiter-Verbandes war. Dem Kriegerverein war er den Beitrag von 50 ₰ seit vier Monaten schuldig geblieben. Dem roten Verband hatte er bis an sein Ende 30 ₰ bezahlt. Einem vom Gericht ernannten Nachlaßverwalter kam es darauf an, von beiden Vereinen das Sterbegeld einzuziehen, damit des Toten Beerdigung und manche kleine Schuld an den Milchhändler, Fleischer oder Grünkramhändler bezahlt werden könne. Er ging zunächst zum Kriegerverein. Der Vorsitzende kraute sich hinter dem Ohr: „Der Verstorbene hat seit vier Monaten keinen Beitrag entrichtet und ist daher automatisch aus dem Verein geschieden und seiner Ansprüche verlustig gegangen, aber — nu — wir wollen als anständige Leute und gute Kameraden handeln. Hier ist das Sterbegeld!" Der Nachlaßverwalter ging zum roten Verband und wurde mit der offensichtlichen Absicht, den um Geld für einen Toten, als der Partei nicht mehr Nützlichen, loszuwerden, von Pontis zu Pilatus und endlich zu einem Herrn C. geschickt. Mürrisch abweisenden Gesichts stellte dieser Fragen. Aber seine Miene hellte sich zu einem Schmunzeln auf, als er hörte, daß der Verstorbene keine erwachsene Erben habe: „Wenn niemand von der Familie kommt, brauchen wir nichts zu bezahlen, denn das Gericht geht uns nichts an!"

Das zeigt dem Arbeiter, was die Führer der Sozialdemokratie von ihm halten. Solange er lebt, ist er gut genug, für sie zu stimmen und für sie zu berappen. Ist er aber tot, dann kann er weder wählen noch sich beschweren. Also mögen andere für die Leiche sorgen. Auch der Milchmann, der Fleischer und der Grünkramhändler mögen sehen, wie sie zu ihrem Gelde kommen."

(Der verworrene Satzbau ist nicht von uns, sondern steht so in dem angeführten Blatte.)

Das soll also „in einem Berliner Blatt" gestanden haben. Wo und wann dies geschehen sein soll, gibt dieses „Berliner Blatt" nicht an, damit nur ja keine Nachprüfung möglich ist und das Siegener Blatt schwindelt es gewissenhaft nach, hochwahrscheinlich, um seinem Wahlspruch: „Mit Gott für Kaiser und Reich" recht viel Ehre zu machen. Betrachten wir die Sache aber etwas genauer. Der Verstorbene soll ein „vielseitiger Mann" gewesen sein, weil er gleichzeitig dem Kriegerverein und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehört hat. Wir finden dies nicht. Zwar haben wir schon davon gehört, daß Kriegervereine zum Streikbruch aufforderten, indessen gibt es auch unter den Kriegervereinsmitgliedern Arbeiter, die sich zu gut dafür halten, einer solchen, für einen anständigen Arbeiter schmachvollen Aufforderung nachzukommen. Solche können auch Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes werden, sofern sie dessen Statut anerkennen. Sie können es, ganz einerlei, welche politische Gesinnung sie haben, denn der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist keine politische Organisation. Er schreibt seinen Mitgliedern nicht vor, welcher Partei sie angehören müssen, oder welcher Partei sie nicht angehören dürfen.

Wenn ferner wirklich einmal im Deutschen Metallarbeiter-Verband etwas unrechtes geschieht (was durchaus nicht unmöglich ist, weil seine Mitglieder fehlbare Menschen sind, wie alle anderen), so ist es eine Unverschämtheit, dies der sozialdemokratischen Partei zur Last zu legen. Es kommt uns jedoch unwahrscheinlich vor, daß „ein Herr C." nur sich deshalb geweigert hat, das Sterbegeld auszuzahlen, weil der Verstorbene „keine erwachsene Erben" hatte. Da stimmt etwas nicht, da ist wohl etwas geschwindelt. Der Zweck des Sterbegeldes ist der, dem verstorbenen Mitgliede eine angemessene Bestattung zu sichern. Eine Erbschaft für etwaige lachende Erben soll es nicht sein. Es wird aber auch ohne Rücksicht auf die Bedürftigkeit ausbezahlt an den überlebenden Ehegatten oder die Kinder, wenn sie mit dem Verstorbenen in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben; ferner erhalten es andere Verwandte, wenn entweder sie für den Verstorbenen zu sorgen hatten, oder wenn der Verstorbene für sie sorgte. Andere Personen erhalten es nur dann, wenn sie nachweislich die Bestattung bezahlen. Auf Grund dieser Bestimmung sorgt manche Ortsverwaltung unseres Verbandes dafür, daß alleinstehende, vermögenslose Mitglieder nicht auf Kosten der Armenverwaltung (oft unwürdig genug) verscharrt werden, sondern ein einfaches, aber anständiges Begräbnis erhalten. Zu anderem ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband nicht verpflichtet. Ist es vielleicht Aufgabe der Kriegervereine, dafür zu sorgen, daß die Milch- oder Krämerschulden ihrer Mitglieder bezahlt werden? Vielleicht kommen auch noch Alimentenforderungen hinzu. Das wäre dann eine hübsche Sache für die Kriegervereinsmitglieder. Die dürften dann dreist so viele Schulden machen wie möglich. Was vom Sterbegelde bezahlt werden kann, wird dann bezahlt und die übrigen Gläubiger haben das Nachsehen. Dann können die Kriegervereiner und die sonstigen Gesinnungsgenossen dieses Siegener Blattes auch für Schundlöhne arbeiten, was den Wünschen von dessen „Schriftleitung" anscheinend am besten entspricht.

Was wissen die Gewerkschaftsmitglieder von ihrem eigenen Verband?

In der Zahlstelle Bielefeld des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes regten die Vertrauensmänner eine Untersuchung darüber an, wie weit die Mitglieder über ihre Gewerkschaft unterrichtet sind. Es wurde ein Fragebogen mit 12 Fragen entworfen, die zunächst geheimgehalten wurden. An einem Sonntag vormittag nahm jeder Hauskassierer solche Fragebogen nebst Briefumschlägen mit auf den Weg. Die Kollegen, die persönlich angetroffen wurden, wurden gebeten, den Fragebogen auszufüllen, der eine Viertel- bis eine halbe Stunde später in dem verschlossenen Briefumschlag von einem andern Vertrauensmann abgeholt wurde. Auf diese Weise gingen 554 Fragebogen ein, von denen jedoch nur 447 brauchbar waren. Von den unbrauchbaren waren 80 unbeschrieben geblieben.

Der Fragebogen enthielt folgende Fragen: 1. Wie alt sind Sie? — 2. Wie lange sind Sie Mitglied des Verbandes? — 3. Wann wurde der Deutsche Holzarbeiter-Verband gegründet? — 4. a) Wo befindet sich der Zentralsitz des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes? — 4. b) Wo ist das Bureau in Bielefeld? — 5. Zu welchem Gau gehört die Zahlstelle Bielefeld? — 6. In welchem Jahre und wo fand der letzte Verbandstag statt? — 7. In welchen Zeitabschnitten findet ein ordentlicher Verbandstag statt? — 8. Welches ist die höchste Verbandsinstanz? — 9. Wie hoch ist der Verbandsbeitrag ohne Lokalzuschlag? — 10. Wieviel Mitglieder (ungefähr) hat der Deutsche Holzarbeiter-Verband jetzt? — 11. Welche Körperschaft steht an der Spitze der gesamten freien deutschen Gewerkschaften? — 12. Welche Gewerkschaft war bahnbrechend auf dem Gebiet der Tarifbewegung?

Bei der Bearbeitung blieben die ersten beiden Fragen für die Zusammenstellung unberücksichtigt. Die anderen Fragen beantwortete kein einziges Mitglied alle richtig. Die meisten richtigen Antworten, nämlich 94 Prozent, kamen auf die Frage 4b nach der Adresse des Verbandsbureaus in Bielefeld. Die Frage 4a, nach dem Sitz des Verbandsvorstandes, wurde nur von 82 Prozent der Beteiligten richtig beantwortet. Die Frage 5, nach dem Gau, zu welchem die Zahlstelle Bielefeld gehört, erzielte 73 Prozent, die Frage 9, nach der Höhe des ordentlichen Verbandsbeitrages, 57 Prozent richtige Antworten. Von den Antworten auf die anderen Fragen waren mehr als die Hälfte falsch, wobei bemerkt sei, daß die unbeantwortet gebliebenen Fragen als falsche Antworten gezählt wurden. Auf die Frage 7, nach dem Zeitabschnitt zwischen den ordentlichen Verbandstagen, gingen 45 Prozent, auf Frage 10, nach der ungefähren Zahl der Verbandsmitglieder, 43 Prozent richtige Antworten ein. Daß der Buchdrucker-Verband bahnbrechend auf dem Gebiete der Tarifbewegung vorgegangen ist (Frage 12), wußten 34 Prozent der Befragten. Von den Antworten auf die Frage 3, nach dem Gründungsjahr unseres Verbandes, waren 28 Prozent richtig. Noch weniger, nämlich 24 Prozent, richtige Antworten gingen auf die Frage 11, nach der an der Spitze der gesamten freien Gewerkschaften in Deutschland stehenden Körperschaft ein. Frage 6, nach Jahr und Ort des letzten Verbandstages, erzielte 21 Prozent richtige Antworten. Das ungünstigste Ergebnis brachte aber Frage 8, nach der höchsten Verbandsinstanz; nur 18 Prozent der Befragten konnten sie richtig beantworten. —

Das Ergebnis ist zwar besser als das der „Intelligenzprüfungen" beim Militär. Das erklärt sich daraus, daß die Gewerkschaftsmitglieder nicht zu den dümmsten Arbeitern gehören und daß sie in ihrer Gewerkschaft noch hinzulernen. Wir glauben nicht, daß eine der gegnerischen Organisationen auch nur einen solchen Versuch machen wird, denn es ist sicher, daß das Ergebnis noch viel schlimmer ausfallen wird. Immerhin kann es auch in diesem Falle nicht befriedigen und es müssen Mittel und Wege gesucht werden, die Aufklärung der Gewerkschaftsmitglieder über die Dinge, die für sie die allerwichtigsten sind, zu fördern. Dies gilt nicht nur für die Bielefelder Holzarbeiter, sondern auch ohne Ausnahme für alle anderen Gewerkschaften.

Die Redaktion des Operaio Italiano

befindet sich seit dem 15. März wieder in Hamburg 25, Wallstraße 1.

Gewerbegerichtliches.

Brieflicher Abschluß eines Arbeitsvertrages. Der Mechaniker T. in Frankfurt am Main verhandelte mit der Firma S. in Leipzig brieflich wegen Einstellung. Die Firma schrieb ihm am 10. Dezember 1913, daß sie ihn einstelle und er solle „umgehend" antworten, ob und wann er antreten könne. Da bei der Firma nach der beschworenen Aussage des Inhabers bis zum 19. Dezember keine Antwort einging, wurde ein anderer Mechaniker eingestellt. Am Tage darauf traf dann ein Kartenbrief von T. ein, worin er erklärte, er nehme den Posten an. Darauf teilte ihm die Firma mit, daß die Stelle bereits besetzt sei. T. klagte nun auf 72 M. Lohnentschädigung für zwei Wochen und gab an, sein Antwortschreiben bereits am 13. Dezember aufgegeben zu haben. Der Brief hätte also am 14. in Leipzig eintreffen müssen. Das Gericht nahm an, daß nach Lage der Sache eine am 15. Dezember eingegangene Antwort noch als „umgehende" anzusehen gewesen sei. Da diese aber erst fünf Tage später eintraf, sei die Beklagte nicht mehr an ihr Angebot gebunden gewesen. Der Vertreter des Klägers mußte deshalb die Klage zurückziehen. Der vom Kläger angebotene Beweis, daß das Schreiben tatsächlich rechtzeitig abgesandt worden sei, blieb unbeachtet, weil es als ein feststehender Rechtsgrundsatz gilt, daß der ein Verkehrsmittel Benutzende Verantwortung und Gefahr für die aus der Benutzung entstehenden Folgen trägt. Es war nicht die rechtzeitige Aufgabe, sondern das rechtzeitige Eintreffen die Voraussetzung für die Berechtigung des Entschädigungsanspruchs. Darum ist dringend zu empfehlen, bei brieflichen Abschlüssen von Arbeitsverträgen recht vorsichtig zu sein und Briefe wenigstens eingeschrieben befördern zu lassen. Im vorliegenden Falle büßte der Arbeiter nicht nur den Lohn für zwei Wochen, sondern auch seine alte Arbeitsstelle ein, da er diese sofort nach Absendung seines Schreibens gekündigt hatte.

Arbeiterversicherung.

sk. **Die Ersatzansprüche der Fabrikarbeiter bei Betriebsunfällen.** (Nachdruck, auch im Auszug, verboten.) Ein schwerer, durch eine gefährliche Transmission verursachter Unfall bildete den Gegenstand eines Rechtsstreites, der vom Düsseldorfer

Oberlandesgericht entschieden wurde. Die Fabrikarbeiterin Amanda J., die in der Fabrik der Firma Gebr. K. & Co. in Barmen beschäftigt war, hatte den Auftrag erhalten, in einem Regal Spulen aufzustapeln und damit in den oberen Fächern zu beginnen. Durch diese oberen Fächer läuft eine ungeschützte Transmission, von der die noch jugendliche Arbeiterin so unglücklich an den Haaren erfaßt wurde, daß ihr die ganze Kopfhaut, die Stirnhaut und das rechte Ohr weggerissen wurden. Das unglückliche Mädchen erhob gegen die Firma Klage auf vollen Schadenersatz und wegen der erlittenen furchtbaren Schmerzen auf Zahlung eines Schmerzensgeldes von 1000 M. mit der Behauptung, das Unglück sei nur möglich gewesen infolge der unvorschriftsmäßigen und gefährlichen Beschaffenheit der Transmission. Nach dem Unfall sei die Transmission, die bis dahin voller Schmutz gewesen sei, gereinigt und auch mit einem Schutzgitter versehen worden. Durch den Unfall sei die Klägerin, so führte sie weiter aus, dauernd entstellt und inwieweit sie überhaupt wieder erwerbsfähig werde, lasse sich noch nicht übersehen. Im ganzen verlangte die Klägerin 1455 M. und eine dauernd zu zahlende Rente.

Die Beklagte bestritt die Behauptungen der Klägerin und stellte ein für den Unfall ursächliches Verschulden in Abrede. Weiter führte sie aus, da nach dem eigenen Vorbringen der Klägerin ein Betriebsunfall vorliege, so sei Voraussetzung für einen Schadenersatzanspruch, daß durch strafgerichtliches Urteil festgestellt werde, daß die beklagte Firma den Unfall ursächlich herbeigeführt hätte. Dies behaupte die Klägerin aber nicht; auch sei die eingeleitete Untersuchung eingestellt worden, weil ein Verschulden irgend einer Person nicht in Frage komme. Die zuständige Berufsgenossenschaft habe den Unfall als Betriebsunfall anerkannt; auch sei der Klägerin für die ersten dreizehn Wochen Krankenkassenunterstützung gewährt worden.

Das Landgericht Elberfeld hatte die Klägerin mit ihren Ansprüchen kostenpflichtig abgewiesen und das Düsseldorfer Oberlandesgericht hat jetzt die Berufung der Klägerin gegen das landgerichtliche Urteil ebenfalls zurückgewiesen. Denn, so führte das Gericht unter anderm aus, wie sich aus dem eigenen Vorbringen der Klägerin und auch aus dem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft ergebe, handle es sich bei dem in Rede stehenden Unfall um einen Betriebsunfall im Sinne des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900. Die Klägerin habe den Unfall als Arbeiterin bei dem Betrieb in der Fabrik der Firma erlitten. Sie bestreite auch nicht, daß die Firma bei der in Frage kommenden Berufsgenossenschaft gegen Unfälle der Arbeiter versichert sei. Nach § 135 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes aber könne in diesem Fall der durch den Betriebsunfall Verletzte und Versicherte den Betriebsunternehmer oder einen Beamten auf Schadenersatz nur in Anspruch nehmen, wenn der Unfall vorsätzlich herbeigeführt sei. Dies behaupte die Klägerin aber nicht. —

Anmerkung der Redaktion: Dieses Urteil zeigt aufs neue, wie widerspruchsvoll die Rechtsprechung sein kann, noch dazu an einem und demselben Gerichtshofe. Siehe das Urteil vom Düsseldorfer Oberlandesgericht in Nr. 11.

Über die Zuverlässigkeit seines Gesellen muß sich der Meister vergewissern!

sk. (Nachdruck, auch im Auszug, verboten.) Wer einen andern zu einer Verrichtung bestellt, ist zum Ersatze des Schadens verpflichtet, den der andere in Ausführung der Verrichtung einem Dritten widerrechtlich zufügt. Der Meister, der durch seinen Gesellen eine Arbeit ausführen läßt, haftet also, falls durch das Verschulden des Gesellen ein einem Dritten Schaden verursachender Unfall sich ereignet. Der Meister kann sich dabei von der Haftung nur durch den Nachweis befreien, daß er den Angestellten auf seine Fähigkeit und Zuverlässigkeit gehörig geprüft hat. Zu diesem Zwecke hat er dem Gerichte aber solche Tatsachen darzutun, auf Grund deren ihm ein Urteil möglich war, ob die Verläßlichkeit der bestellten Person zu der ihr übertragenen Arbeit auch ausreichte, oder ob er sie wenigstens ohne sein Verschulden als ausreichend ansehen konnte. Aus diesen Gedanken heraus ist auch der nachstehende Fall vom Reichsgericht kürzlich entschieden worden. Der Klempnermeister X. in Thorn war von der Eisenbahnverwaltung beauftragt worden, eine Scheibe des Oberlichtes im Hauptbahnhof zu Thorn auszuwechseln. Diese Arbeit ließ er durch seinen Gesellen Z. ausführen, dem er einen Lehrling beigegeben hatte. Der Geselle wollte ein Brett, durch das die zerbrochene Scheibe gestützt war, mit einer Schlinge durch die Oeffnung des Daches emporziehen. Das Seil glitt aber von dem Brett ab und dieses durchschlug das unmittelbar über dem Wartesaal liegende Oberlicht. Der Händler Eduard Y. wurde von Glassplittern verletzt; hierdurch wurde er in seiner Arbeitsfähigkeit beschränkt. Der von ihm erhobene Schadensersatzanspruch ist in der zweiten Instanz, vor dem Oberlandesgericht Marienwerder, dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt worden, da der Beklagte bei Auswahl des Gesellen die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht gelassen habe, indem er ihm die selbständige Arbeit übertragen habe, ohne sich über seine Zuverlässigkeit vergewissert zu haben. Die vom Klempnermeister beim Reichsgericht eingelegte Revision hatte keinen Erfolg. Der 6. Zivilsenat des obersten Gerichtshofes führte in seiner Entscheidung vom 12. Januar 1914 aus: Der Beklagte mußte bestimmte Tatsachen dartun, die ein Urteil darüber zulassen, ob der Geselle zu der betreffenden Verrichtung nach seiner Befähigung und Zuverlässigkeit geeignet war oder doch von ihm bei gewissenhafter Prüfung als geeignet angesehen werden konnte. Eine solche Prüfung hat er nicht vorgenommen. Das Berufungsgericht vermißt den Nachweis, daß Z. zuverlässig war, oder daß ihn der Beklagte bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt dafür halten durfte. Dazu hält es nicht für genügend, daß Z. bis zum Juli 1910 drei Jahre lang bei dem Beklagten als Lehrling tätig gewesen war und sich dabei als geschickter und zuverlässiger Arbeiter erwiesen hatte, weil nach dem Gutachten des Sachverständigen Lehrlinge, wenn sie Gesellen geworden, vielfach leichtfertig werden bei der Arbeit; der Beklagte hätte daher und weil Z. erst wenige Tage vor dem Unfall bei ihm als Geselle in Arbeit getreten war, über dessen Tätigkeit und Zuverlässigkeit während seiner 13monatigen Gesellenzeit Erkundigungen einziehen sollen. Die Revision übersieht einmal, daß die Pflichten eines Gesellen, namentlich bei selbständiger Ausführung von Arbeiten, umfassender sind, wie die eines Lehrlings, und daß das Berufungsgericht, wenn es vom Beklagten verlangt, daß er die Arbeit des Z. und die von diesem anbefohlene Absperrung hätte überwachen oder prüfen sollen, davon ausgeht, daß er sich von der Zuverlässigkeit seines Gesellen nicht überzeugt habe. Von dieser aber muß sich der Meister vorher unterrichten und mit Recht sagt das Berufungsgericht, daß er die Wahl habe, ob er sich die Ueberzeugung hiervon bei den früheren Arbeitgebern oder durch eigene Beobachtung verschaffen wolle. So einfach in technischer Hinsicht die dem Z. übertragene Arbeit war, so erforderte sie doch nach den angegebenen örtlichen Verhältnissen wegen der für Dritte vorhandenen hohen Gefahr ein besonderes Maß von Einsicht und Umsicht, wie es der Beklagte bei einem 18- oder 19jährigen Gesellen nicht ohne weiteres erwarten durfte. Hiernach war die Revision zurückzuweisen. (Aktenzeichen VI. 508/13. Wert des Streitgegenstandes in der Revisionsinstanz 4800 M.)

Der Werkbund.

Das Literarische Bureau der Deutschen Werkbunds-Ausstellung (Köln 1914) schreibt uns folgendes:

Der deutsche Werkbund ist nichts anderes, als das wiedererwachte Herstellungsgewissen unseres Gewerbes. Unter dem Wirbel des Umsturzes der Wirtschaftsverfassung ist es seinerzeit verwirrt und betäubt worden. Die persönlichen Beziehungen zwischen Handwerker oder Fabrikant, Erzeugnis und Käufer waren abgerissen und beim Kampf um den Markt schien „billig liefern" ein vorteilhafterer Wahlspruch, als „brauchbar, dauerhaft und geschmackvoll arbeiten". So kamen wir zu einer schlimmen Periode des Unechten, Unpraktischen, Unsoliden und Häßlichen in allem möglichen, was uns täglich umgab. Es kann wohl nicht genau bewiesen werden, ist aber anzunehmen, daß viel Sinn für Schönheit und Wahrheit darunter gelitten hat und verloren gegangen ist. Aber mit der Zeit stellte es sich heraus — nämlich je mehr der Markt an Umfang zunahm und schließlich Weltmarkt wurde —, daß man mit der Billigkeit allein doch nicht alle Konkurrenz totmachen kann. Der Qualitätsgedanke, der zur Ehre des alten Gewerbes gehört hatte, feierte seine Auferstehung und schuf sich vor einigen Jahren seine Organisation: den Werkbund. Es ist nicht so einfach, alte Sünden gutzumachen und alle Begeisterung einiger für eigentlich selbstverständliche (sollte man meinen) Qualitätsideale bleibt ohne praktische Bedeutung, solange das liebe Publikum sich an Schund genügen läßt oder eine Freude an ihm hat, wenn er nur als „sensationelle Neuheit" auftritt. Ferner: solange gewisse Kreise unter den deutschen Käufern so wenig Eigen- und Volksbewußtsein haben, daß sie sich lieber mit pompösem Kitsch oder mit Imitationen vergangener und fremder Stilperioden ausstatten, als mit dem, was der edle Geist der heutigen deutschen Herstellungskunst hervorbringt. Aber die Anzeigen mehren sich, daß der Sinn für Gediegenes und Dauerndes und für deutsche Eigenart in der Form immer stärkere Wurzeln treibt.

Die Deutsche Werkbund-Ausstellung in Köln 1914 (Mai bis Oktober) wird zeigen, was auf allen Gebieten der Gütererzeugung Schönes und Gutes geboten wird; sie wird — das erwarten wir von ihr — eine entscheidende Wendung in der Entwicklung des Marktes und damit der deutschen Kultur herbeiführen.

In betreff der technischen Ausbildung

erhielten wir von der Leitung der Elektrotechnischen Lehranstalt des Physikalischen Vereins zu Frankfurt am Main folgende beachtenswerten Mitteilungen zugesandt:

Die Elektrotechnische Lehranstalt des Physikalischen Vereins zu Frankfurt a. M. hatte für den Kursus 1914, welcher im Januar begann, 20 Schüler angenommen. Leider zeigte es sich, daß einer, der von einem auswärtigen Ministerium mit einem Stipendium zum Besuch der Anstalt entsandt war, in bezug auf seine mathematische Vorbildung den Anforderungen zum erfolgreichen Besuch der Schule nicht entsprach und deshalb vom Schulbesuch zurücktreten mußte. Es hat sich auch bei der diesmaligen Aufnahmeprüfung gezeigt, daß, während allgemein bekannt ist, daß zur erfolgreichen Erfüllung der Stellungen, für die die Elektrotechnische Lehranstalt vorbereiten soll, eine gründliche Praxis erforderlich ist, weshalb als Schüler der Anstalt nur solche in Frage kommen, die auf eine längere praktische Bewährung zurückblicken, doch noch häufig die Wichtigkeit einer gewissen technischen Allgemeinbildung unterschätzt wird. Die Schule verlangt ja bei der Aufnahme, daß die Schüler die elementaren mathematischen Kenntnisse, wie sie durch Besuch der Abendkurse gewerblicher Fortbildungsschulen erworben werden können, besitzen und darin sicher sind. Ebenso sollen die Schüler bereits früher Fertigkeit im technischen Zeichnen erwerben und wenn möglich auch Physik getrieben haben. Es ist erfreulich, daß eine große Zahl junger Elektrotechniker und Elektromechaniker so viel Lust und Liebe zum Fach und so viel Fleiß und Energie besitzen, um in Abendkursen, wie sie durch städtische Gewerbeschulen, durch Volksbildungsvereine oder von studentischen Ausschüssen abgehalten werden, sich weiterzubilden. Freilich sind die Betreffenden hierbei leicht geneigt, den Wert einer speziellen Fachbildung gegenüber dem Wert einer breiten Unterlage der Allgemeinbildung zu unterschätzen, und leider werden sie hierin vielfach durch die Programme technischer Lehranstalten unterstützt. So kommt es vor, daß Leute bereits in verschiedenen Städten Fortbildungskurse über Elektrotechnik gehört haben, ohne Gelegenheit gefunden zu haben, sich mit den Grundlagen der Mathematik vertraut zu machen. Es ist ja entschieden erfreulich, wenn junge Fachgenossen an elektrischen Spezialkursen teilnehmen, zu denen sie ihr Interesse in erster Linie führt. Und ebenso ist es mit Freuden zu begrüßen, wenn Fortbildungsschule, Handwerkskammern und andere gemeinnützige Organisationen derartige Kurse errichten, aber wertvoller wäre es, wenn die jungen Leute, ehe sie derartige Spezialkurse besuchen, sich eine gründliche Unterlage in Mathematik und Physik aneigneten, und wenn die betreffenden Anstalten Sorge dafür tragen würden, hierfür Gelegenheit zu geben. Vor allem muß dabei im Auge behalten werden, daß es weniger darauf ankommt, weitgehende Gebiete kennen zu lernen, als die Elemente zu beherrschen. Es hat gar keinen Zweck, wenn jemand Potenzlehre oder Logarithmen treibt, ohne im Zahlenrechnen fest zu sein. Eine Erfahrung, die die Frankfurter Elektrotechnische Lehranstalt leider jedes Jahr machen muß, ist die kolossale Unsicherheit, die selbst bei Leuten, die städtische Schulen besucht haben, im Zahlenrechnen herrscht, besonders wenn Dezimalbrüche in Frage kommen. Ein anderer Punkt, der nach den hier gemachten Erfahrungen zu wenig Beachtung findet, ist die Orthographie. Es kann jemand ein ausgezeichneter Monteur sein, ohne orthographisch schreiben zu können. Wenn er aber auswärts tätig und genötigt ist, von Zeit zu Zeit Berichte einzusenden, so wird es seinem Ansehen bei der Firma und seinem Aufsteigen zu besseren Stellungen wenig förderlich sein, wenn er Berichte mit orthographischen Fehlern einsendet. Es sollten somit vor allem die ersten Gehilfen- und, soweit sie es gestatten, Monteurjahre dazu benutzt werden, in den Unterlagen fest zu werden, dasjenige zu befestigen, was die Volksschule und die Pflichtfortbildungsschule gegeben hat und darauf in bezug auf die Allgemeinfächer Zahlenrechnen, Mathematik, Physik, technisches Zeichnen, wenn Gelegenheit geboten ist, auch Deutsch aufzubauen und erst, wenn eine solide Unterlage vorliegt, an die Teilnahme von Spezialkursen zu denken.

Rabattsparvereine und überflüssiger Zwischenhandel.

Wenn die Kleinhändler und ihre Organe über die Not des Kleinhandels jammern, weist der vernünftige Volkswirt auf die Uebersetzung im Kleinhandel hin, auf die Vielzuvielen und Unnötigen im Zwischenhandel, die einer Gesundung der unleidlichen Verhältnisse hindernd im Wege stehen. Diese Uebersetzung im Kleinhandel pflegen die Wortführer des Zwischenhandels zu leugnen, oder sie sagen, es sei damit nicht so schlimm. Nun kümmern sich die wirtschaftlichen Verhältnisse durchaus nicht um die mehr oder weniger mangelnde Einsicht der Kleinhändler. Wohl oder übel drängen sich auch dem Widerstrebenden die Tatsachen in ihrer ganzen Wucht auf. Es ist lehrreich, zu beobachten, wie sich Teile des Kleinhandels mit der Uebersetzung im Kleinhandel abfinden. Hier sind es zunächst die Rabattsparvereinler, die sich vor die Notwendigkeit gestellt sehen, die Frage zu beantworten: Wie ist die Ueberfüllung im Detailhandel zu bekämpfen? Eine süddeutsche Zeitung gibt guten Aufschluß über die von den Rabattsparvereinen angewandten Methoden, sich die überflüssigen Zwischenhandelsglieder vom Halse zu halten. Seit 1882 hat die Zahl der Detailgeschäfte dreimal so stark zugenommen als die Zahl der Bevölkerung; die Vermehrung der im Detailhandel tätigen Personen ist sogar eine vierfache. Die praktische Erfahrung beweist, daß vielfach, besonders in der Lebensmittelbranche, Geschäfte ohne genügendes Kapital, ohne genügende Vorbildung und ohne Rücksicht auf das Bedürfnis gegründet werden. Die Bestrebungen zur Schaffung einer Art Befähigungsnachweis nach dem Muster der Befähigungsnachweise im Handwerk sind über die Erwägungen noch nicht hinausgekommen. Inzwischen hat man auf dem Wege der Selbsthilfe eine Beschränkung der Ueberfüllung herbeizuführen gesucht. Darüber berichtet der Verband der Rabattsparvereine in einer seiner Schriften: „Die Rabattsparvereine der Kaufleute und Gewerbetreibenden" 1913. Die Bekämpfung der Ueberfüllung im Detailhandel geschieht durch die Verweigerung der Aufnahme in den Rabattsparverein. So schwer es manchmal den Rabattsparvereinen fällt, Boden zu fassen, ebenso stark wird später der Andrang zur Mitgliedschaft, da nur die Geschäfte, die Rabatt in Form des gemeinnützigen Rabattsparvereins gewähren, sich zu halten pflegen. Die Rabattsparvereine betrachten es aber als ihre Hauptaufgabe, tüchtige, leistungsfähige und sich ihrer Verantwortung bewußte Geschäfte durch Zusammenschluß lebensfähig zu erhalten. Die Vereinsberichte zeigen, daß man vor allem die allerkleinsten und nur schwer lebensfähigen Geschäfte zurückgewiesen hat, und daß man insofern der weiteren Proletarisierung des Standes vorzubeugen suchte, als man Frauen, deren Ehemänner in einem andern Hauptberufe tätig waren, die Aufnahme versagte. Um aber Härten zu vermeiden, aber auch um eine Majorisierung der Mitglieder durch die Kleinbetriebe unmöglich zu machen, geben die Vereine sogenannte Erlaubnisscheine aus. Die Inhaber dieser Scheine dürfen zwar die Rabattmarken des Vereins ausgeben, genießen im übrigen zunächst keine Mitgliederrechte, während sie sich genau an die Vereinsbestimmungen zu halten haben. Entwickeln sich derartige Geschäfte zu achtenswerten Betrieben und zeigen die Inhaber das genügende Verständnis für die Aufgaben des Vereins, so kann ihnen nach einigen Jahren die Mitgliedschaft verliehen werden. Die Erlaubnisscheine werden in einer ganzen Reihe von Städten angewandt und man scheint mit den Erfolgen zufrieden zu sein.

Hier wird also ohne Einschränkung das bestätigt, was die organisierten Konsumenten stets von der Ueberfüllung des Zwischenhandels gesagt haben. Von dieser Bestätigung bis zu dem Zugeständnisse, daß die überflüssigen Zwischenhandelsglieder den Konsum schwer belasten, ist nur ein kleiner Schritt. Es bliebe dann nur noch übrig, zwischen Rabattsparvereinlern und Konsumenten ein übereinstimmendes Urteil über den Wert der Rabattmarke herbeizuführen, und die schönste Harmonie wäre zwischen den beiden vorhanden. Die Rabattsparvereine benutzen die Rabattmarke, um sich gegenüber dem Zwischenhandel, der keinen Rabatt gewährt, eine Monopolstellung zu schaffen. Es steht jetzt gar nichts im Wege, die Rabattmarke als ein durch diese Monopolstellung ermöglichtes Mittel zu betrachten, durch das man abgewanderte Kunden wieder heranzuziehen hofft. Es steht aber auch nichts mehr im Wege, die Kosten für dieses Mittel auf die Kundschaft abzuwälzen. Es geschieht das auch, bis die eigene Versorgung der Konsumenten, die Konsumentenorganisation, dem Zauber ein Ende macht und die Frage der Ueberfüllung im Kleinhandel und die, wer den Rabatt bezahlt, auf ihre Weise löst.

Eine saubere Stütze der Gelben.

Am 10. März erließ das Amtsgericht zu Höchst am Main einen Steckbrief gegen den Direktor Dr. Geißenberger von der chemischen Fabrik Griesheim-Elektron. Geißenberger war früher Bürgermeister zu Schlettstadt im Elsaß. In Höchst trat er in den letzten Jahren als der schlimmste Gegner der Arbeiterbewegung auf. Besonders die sozialdemokratischen Gemeindevertreter wissen ein Lied davon zu singen. Ferner hatten er und seine Frau noch eine andere bemerkenswerte Eigenschaft: sie konnten sehr viel Geld gebrauchen. Schon in Schlettstadt hatten sie große Schulden gemacht. In Höchst erhielt er aber viel Geld und große Vorschüsse, um wieder in geordnete Verhältnisse zu kommen. Diesem Herrn war aber nicht zu helfen. Unbegreiflicherweise übertrug man ihm dessenungeachtet die Verwaltung einer Baugenossenschaft. Geißenberger beging dann noch Unterschlagungen, nach eigenem Geständnis etwa 150 000 M. Er hat viele kleine Handwerker so geschädigt, daß sie ihr ganzes Vermögen verloren haben. Dabei hatten die Geschädigten nicht den Mut, gegen ihn vorzugehen, weil er ihnen zu allmächtig erschien. Obgleich die Fabrikleitung von seinen Verfehlungen wußte, stellte sie ihn im November vorigen Jahres doch noch für die Gemeindevertreterwahl auf. Er war eben für sie sehr brauchbar, denn er war ein geriebener Scharfmacher. Sein größter „Erfolg" war aber die Gründung des Werkvereins. Auf diesen Herrn können die Gelben allerdings besonders stolz sein.

Vom Ausland.

Österreich.

Keiling — der Name wird in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung einen, wenn auch nicht sehr rühmlichen Platz behaupten. An ihn knüpft sich die Tatsache eines Rechtsbruches, wie er schnöder und aufreizender selten verübt worden ist. Während des großen Kampfes der österreichischen Buchdrucker war es in der deutsch-österreichischen Grenzstadt Bodenbach zu einem traurigen Zwischenfall gekommen. Streikende Buchdrucker waren in einem Gasthaus in einen Wortwechsel mit einem berüchtigten Streikbrecheragenten gekommen, der sich in der frechsten und herausfordernsten Weise benahm. Im Verlaufe des Streites, in dem die Streikenden den Streikbrecheragenten in keiner Weise bedrohten und ihm gar nicht nahekamen, zog dieser plötzlich drohend einen Revolver. Der anwesende Vertrauensmann der Streikenden erhob sich und sprach einige warnende Worte zu dem Revolverhelden, da krachte auch schon ein Schuß und der Vertrauensmann — er hieß Johann Solinger und war ein ruhiger, nüchterner Arbeiter, der nie jemand etwas zuleide getan hatte — stürzte auf den Tod getroffen zu Boden. Einen Tag später war der unglückliche Genosse Solinger eine Leiche.

Vor den Geschworenen verantwortete sich der Mörder, der ein mehrfach abgestrafter Verbrecher ist, damit, daß er in Notwehr gehandelt habe. Der Staatsanwalt wies jedoch durch zahlreiche Zeugenaussagen unwiderleglich nach, daß davon gar keine Rede sein könne. Denn Keiling war von niemand bedroht gewesen, sondern hat in perverser Mordlust, geleitet von seinen Verbrecherinstinkten, die Mordwaffe gegen Solinger erhoben. Der Verlauf der Gerichtsverhandlung zerriß unbarmherzig das Lügengewebe von der angeblichen Notwehr. Die Verurteilung des Mörders schien denn auch gar nicht zweifelhaft zu sein.

Und doch kam es anders! Die bürgerlichen Geschworenen stellten sich schützend vor den Mörder. Sie ließen den Mann, der einen braven, tüchtigen, ehrenhaften Arbeiter getötet hatte, nicht im Stich, eben weil dieser Arbeiter ein Streikender und der Mörder ein Streikbrecheragent war. Der Mörder wurde von der Anklage des Mordes, ja selbst von der des Totschlags freigesprochen und nur wegen Ueberschreitung der Notwehr zu acht Monaten Arrest verurteilt.

Für ein Menschenleben — acht Monate Arrest! Das zeigte sinnenfällig, daß der Klassenhaß der Geschworenen über ihr Rechtsgefühl gesiegt hatte.

Als dieses Urteil bekannt wurde, ging ein Sturm der Entrüstung durch die österreichische Arbeiterschaft. In den Partei- und Gewerkschaftszeitungen sowie in zahlreichen Versammlungen wurde gegen die durch das Keiling-Urteil bewiesene Klassenjustiz protestiert. Nun stellte sich aber die Regierung an die Seite des Gerichts; jedes Arbeiterblatt, das ein offenes Wort der Kritik wagte, wurde beschlagnahmt und eine Anzahl von Versammlungen wurden von Regierungsvertretern gestört.

Die richtige Einschätzung des Keiling-Urteils wird trotzdem in der Arbeiterschaft nicht aufgehalten werden. Aufrüttelnder und aufreizender als alle unsere Werbearbeit wird es auf Tausende von Arbeitergehirnen wirken.

*

Die österreichische Regierung plant, wie von den Tagesblättern kürzlich gemeldet wurde, eine Bedrohung der Freizügigkeit der Arbeiter, gegen die von den Gewerkschaften lebhaft protestiert wird. Es handelt sich um die Herausgabe von neuen Vorschriften über die Auswanderung. Seit geraumer Zeit wandern aus Oesterreich Jahr für Jahr viele Tausende aus, um außerhalb der schwarz-gelben Grenzpfähle einen Erwerb zu suchen. Die Auswanderung erfolgt nicht allein aus den agrarischen Bezirken Galiziens, sondern auch aus den industriellen Gebieten von Böhmen, Mähren und Schlesien. Und überall hat die Auswanderung nur eine Ursache: die Not treibt die arbeitsamen Menschen über die Grenze. Weil im Inland zu wenig lohnende Arbeitsgelegenheit zu finden ist, wandern jährlich Tausende in das Ausland.

Natürlich wird durch diese massenhafte Auswanderung auch die Wehrmacht der Monarchie empfindlich getroffen. Viele Leute verlassen das Land ohne Rücksicht auf die militärische Stellungspflicht, und das kränkt die österreichischen Patrioten ganz gewaltig. Die bedeutsamen volkswirtschaftlichen Fragen, die mit der Auswanderung zusammenhängen, haben die Machthaber lange nicht so berührt, als die Frage der Beeinträchtigung des Militarismus. Nachdem es festgestellt war, daß der Staat durch die Auswanderung viele Soldaten einbüßt, wurde die Regierung mit einem Male sehr lebendig. Sie holte zu einem Streich aus, der die Auswanderung einschränken sollte. Das tat sie so ungeschickt und plump, daß die Freizügigkeit der Arbeiter in Gefahr kam. Sie schuf eine polizeiliche Zentralstelle zur Ueberwachung der Auswanderung, der die Befugnis gegeben sein soll, alle Leute, die Oesterreich verlassen wollen, sehr

genau zu kontrollieren. Wer in irgend einer Form noch militärpflichtig ist, soll nicht über die Grenze dürfen. Von jedem Auswanderer wird nämlich von jetzt an verlangt werden: der Nachweis der erfüllten Militärdienstpflicht oder die Bescheinigung des Austrittes aus dem Heeresverband oder der Landsturmpaß oder der Dienstpflichtenthebungsschein oder ein gleichwertiges Zeugnis, das dartut, daß der Militarismus von dem Manne gar nichts mehr zu fordern hat. Nur dann darf die Grenze überschritten werden. Mit anderen Worten, allen Männern zwischen dem 17. und 36. Lebensjahre ist die Auswanderung nur in Ausnahmefällen möglich; im gewöhnlichen Lauf der Dinge sind sie — nach den neuen Vorschriften — an das Vaterland gekettet.

Diese neuen Vorschriften sind gesetzwidrig. Sie verstoßen gegen das österreichische Staatsgrundgesetz, das den Arbeitern die Freizügigkeit verbürgt. Sie sind auch durch das Wehrgesetz in keiner Weise gerechtfertigt, so daß sie einen Willkürakt der Regierung darstellen. Anstatt daß es sich die Regierung angelegen sein läßt, die volkswirtschaftlichen Verhältnisse der Monarchie umgestalten zu helfen, damit eine größere Arbeitsgelegenheit vorhanden sei, versucht sie mit törichten Gewaltmaßregeln die Auswanderung zu verhindern. Das könnte selbst dann nicht gelingen, wenn sich die Gewerkschaften den Anschlag auf die Freizügigkeit gefallen ließen, weil sich die ökonomischen Bedürfnisse, aus denen die Auswanderung entspringt, allen Gewaltmaßregeln entziehen. Solange aber das Elend bleibt, wird es immer Leute geben, die versuchen werden, ihm durch die Auswanderung zu entgehen. Nun wehren sich auch die Gewerkschaften sehr entschieden gegen die neuen Vorschriften; sie erklären, daß die Freizügigkeit der Arbeiter unter allen Umständen gewahrt bleiben müsse. Man kann begierig sein, was die Regierung nunmehr tun wird. Bleibt sie bei ihrem ursprünglichen Vorhaben, dann wird sie sich auf einen sehr ernsten Widerstand der Arbeiterorganisationen gefaßt machen müssen.
F. D.

Ungarn.

In Ungarn hat der Krieg auf dem Balkan mit all seinen Nachwehen den allgemeinen schlechten Geschäftsgang noch verschärft. Die Gewerkschaften haben dadurch natürlich gelitten und ihre Aufgaben sind sehr erschwert worden. Um so erfreulicher ist es, daß unser Bruderverband einen unter diesen Verhältnissen bedeutenden Mitgliederzuwachs hatte. Seine Mitgliederzahl betrug am Ende des vorigen Jahres 29 653 gegen 26 723 am Ende des Jahres 1912, also eine Steigerung von 2930. Eingetreten sind im Laufe des Jahres allerdings 23 423, so daß auch viele Austritte vorgekommen sind. Der Verband feierte im verflossenen Jahr sein zehnjähriges Bestehen. Diese Gelegenheit benutzte der Vorstand zum Vertrieb einer Plakette zum besten eines Witwen- und Waisenunterstützungsfonds. Dadurch kamen 11 828,84 Kronen ein, durch andere Spenden noch 282,78 Kr., so daß für diesen Zweck 12 111,62 Kr. zur Verfügung stehen. Die Einnahmen betrugen 619 102,49 Kr., 136 395,03 Kr. mehr als 1912. Aber auch die Ausgaben stiegen auf 562 272,60 Kr., das sind 134 995,46 Kr. mehr. Von diesen entfallen 132 786,96 Kr. auf Unterstützungen. Das Vermögen ist von 303 330 Kr. auf 318 519 Kronen gestiegen. Der Verband hat das Krisenjahr 1913 also verhältnismäßig gut überstanden.

Mexiko.

Das Februarheft des International Molders' Journal (Zeitschrift des Formerverbandes der Vereinigten Staaten) enthält einen kurzen Bericht über eine Formergewerkschaft in Mexiko. Infolge der Verfolgungen durch Regierung und Gerichte war es zu den Zeiten des Präsidenten Diaz weder möglich, eigene Gewerkschaften zu gründen, noch Zweigvereine des Formerverbandes der Vereinigten Staaten. Mitglieder dieses Verbandes, die in Mexiko arbeiteten, gaben deswegen ihre Mitgliedskarten den nächstgelegenen Zweigvereinen ihres Verbandes in den Vereinigten Staaten in Verwahrung. Infolgedessen war es auch nicht möglich, dort irgend welche Besserungen herbeizuführen. Dies dauerte so lange, bis Madero die Regierung an sich riß. Als dieser zum Präsidenten gewählt werden wollte, sah er sich genötigt, auch den Arbeitern etwas größere Bewegungsfreiheit zu gewähren. Nunmehr gründeten A. C. Tamez, Pablo Fernandes und J. Canales zu Monterey einen Verband der Former und Modelltischler für Mexiko. Innerhalb eines Jahres entstanden fünf Zweigvereine und in etlichen anderen Orten ließen sich Kollegen als Einzelmitglieder aufnehmen. Der Verband gewährte Unterstützung bei Streiks, Krankheit und Sterbefällen. Der Verband hatte sich auch mit dem Präsidenten Madero in Verbindung gesetzt zur Regelung der Lehrlingsfrage. Es scheint, daß Madero einer solchen nicht abgeneigt war. Durch dessen Ermordung und die darauf folgende Verschärfung der politischen Wirren ist jedoch nicht nur dieses, sondern auch jede andere Tätigkeit des Verbandes unmöglich gemacht worden.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Zur Ergänzung unseres jüngsten Berichts über amerikanische Einwanderungsfragen (Nr. 11, Seite 87 und 88) ist ein Vorschlag zur Beschränkung der Einwanderung anzuführen, den kürzlich der gegenwärtige Arbeitsminister W. B. Wilson machte — der Mann, der unter dem Regime John Mitchells Generalsekretär des Kohlenbergarbeiterverbandes war und, wie Mitchell selbst, wegen ultra-reaktionärer Gesinnung seinen Posten in der Gewerkschaft verlor. Der gute Wilson schlägt vor, die Regeln, die für die Auswahl von Rekruten für die Armee der Vereinigten Staaten gelten, einfach auch für Einwanderer obligatorisch zu erklären und nur solche Personen in das gelobte Land des Dollars einzulassen, die dort militärtauglich wären. Was mit den weiblichen und jugendlichen Personen geschehen soll, hat Wilson zu sagen unterlassen. Seinen Vorschlag begründete er damit, daß die große Masse der Einwanderer Lohnarbeiter sind, die, wenn sie Erfolg haben wollen, über entsprechende Körperkräfte verfügen müssen. Außerdem hält Wilson die Einführung des Armee-Standards bei der Prüfung der Einwanderer für das beste Mittel zur indirekten Ausschließung aller Asiaten; denn von diesen erreichen nur wenige die zum Eintritt in die amerikanische Armee vorgeschriebenen Körpermaße.
F.

Literarisches.

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Technik für Alle. Technische Monatshefte. Bau- und Maschinentechnik, Bergbau, Kriegs-, Flug-, Schiffs- und Verkehrstechnik, Handel, Industrie und Weltwirtschaft. Verlag der Technischen Monatshefte, Franckh'sche Verlagshandlung, Stuttgart. Preis vierteljährlich mit einer Buchbeilage 1,75 M. — Die Technischen Monatshefte haben für den neuen Jahrgang eine etwas lange Aufschrift gewählt. Der Verlag mag sie für nötig gehalten haben, damit man auf die Vielseitigkeit dieser Zeitschrift leichter aufmerksam wird. Aus dem Inhalt der uns vorliegenden Hefte 1 und 2 heben wir hervor: Die Maschine als Befreierin. Von Dr. Hans Dominik. — Landstraßen und Landstraßenbau(?). Von Hans Günther. — Heinrich Kley. Ein Zeichner technischer Grotesken. — Schattenseiten Amerikas. Kritische Betrachtungen über das Wirtschaftsleben der Union. Von Dr. Oskar Nagel. — Plan- und Modelltechnik im modernen Städtebau. — Zur Neugestaltung des Patent- und Gebrauchsmustergesetzes. Von Rechtsanwalt Dr. Ludwig Wertheimer. — Der Mensch als Kraftmaschine. Von Dr. A. Lamid. — Englands [illegible] und ihre Ursachen. — Wie ein Schiff entsteht. Von Dipl.-Ing. Otto [illegible]. — Bergbau vor 5000 Jahren. Von Bergingenieur Dr.-Ing. Fr. Freise. — [illegible] An- und Anlegevorrichtung. Von Dipl.-Ing. F. [illegible]. — Ein neuer Schnelltelegraph. Von Oberingenieur Schmidt. — Zur Ästhetik des Brückenbaues. Von H. [illegible]. — [illegible] — Sicherheits-[illegible]. Von Regierungsbaumeister a. D. Ernst. — Die elektrischen Ströme des Herzens im Dienste der Medizin. Von Hans Günther. — Die Entwicklung der Torpedowaffe. Von L. Persius, Kapitän z. S. a. D. — Eine eigenartige Sicherheitseinrichtung gegen Automobildiebe.

Die Metallfärbung und deren Ausführung (chemische, elektrochemische und mechanische Metallfärbung) von Georg Buchner. Fünfte, verbesserte und vermehrte Auflage. Verlag von M. Krayn, Berlin W. 57, Kurfürstenstraße 11, 1914. 426 Seiten. Preis geheftet 7,50 M., gebunden 8,70 M. — Dieses Buch ist im Laufe der Jahre recht stattlich angewachsen. Es ist nicht eine bloße Sammlung von Rezepten und Vorschriften, sondern ein Handbuch über alles, was sich auf die Metallfärbung bezieht. Der Verfasser unterrichtet uns über die Entwicklung der Metallfärbung in den verschiedenen Ländern. Es versteht sich von selbst, daß er den gegenwärtigen Stand mit größter Gründlichkeit behandelt. Auch die Ergebnisse der Arbeiten der Physikalisch-technischen Reichsanstalt auf diesem Gebiete hat der Verfasser berücksichtigt. Unseres Wissens ist dieses Werk das ausführlichste in seiner Art und verdient, sämtlichen Kollegen, die mit irgend welcher Art von Metallfärbung zu tun haben, empfohlen zu werden.

Der Bauernphilosoph. Ein Lebensbild in vier Aufzügen von Ferdinand Hanusch. Verlag von Kauh & Pohle, Leipzig. 124 Seiten. Preis des Regiebuches 2 M., 24 Rollenexemplare 14 M., komplett mit Aufführungsrecht 16 M. — Den bei der organisierten Arbeiterschaft mit Recht beliebten Erzähler Hanusch kannten wir als Dramatiker bisher noch nicht. Um so begieriger waren wir, ihn als solchen kennen zu lernen. Er behandelt in diesem Schauspiel das Schicksal Konrad Deublers, des österreichischen Bauern-Gastwirts und Philosophen, den viele organisierte Arbeiter aus der Schilderung kennen, die Dodel von ihm gemacht hat. Es ist darum begreiflich, daß in Hanusch der Wunsch auftauchte, diesen Mann und seinen Kampf auf die Bühne zu bringen. Im ersten Aufzug führt er uns in Deublers Gasthaus, wo er uns die Beschränktheit der Leute zeigt, in deren Umgebung Deubler nebst Weib und einigen wenigen Freunden leben mußte; ferner gibt er ein Bild von den jämmerlichen politischen Zuständen, die nach der Volkserhebung um die Mitte des vorigen Jahrhunderts eingerissen waren. Deubler dagegen erbarmt sich eines Mädchens, das von allen gemieden wird, weil es „vom Teufel besessen" sein soll und nimmt es in sein Haus. Der zweite Aufzug bringt in der Hauptsache eine große Unterredung zwischen Deubler und einem Pastor. Am Schlusse wird er verhaftet. Der dritte Aufzug spielt im Zuchthause zu Brünn, wo Deubler mit seinem Freunde Steinbrecher zusammentrifft. Der vierte Aufzug besteht hauptsächlich aus Empfangsfeierlichkeiten für Deubler bei seiner Rückkehr aus dem Zuchthaus. Es versteht sich von selbst, daß man Hanusch auch in diesem Stücke an manchen Stellen gerne zuhört. Arbeitervereine, die in ihren Reihen leistungsfähige Theaterkünstler haben, werden wohl auch dankbare Zuschauer für dieses Stück finden. Ob es aber von Berufsbühnen angenommen wird, müssen wir leider bezweifeln, denn wir glauben, daß es für öffentliche Aufführungen nicht bühnenwirksam genug ist. Auch hilft der Verfasser dem Gang der Handlung gelegentlich etwas gewaltsam nach, zum Beispiel dadurch, daß er Deubler gerade in dieselbe Zelle stecken läßt, wo sein Freund sitzt. Nach unserer Meinung wäre es besser gewesen, wenn Hanusch diesen Stoff zu einer seiner beliebten Erzählungen gestaltet hätte.

Echo aus der Katorga — Notschrei an die Menschheit. Sammlung authentischer Briefe aus den russischen Gefängnissen. Gesammelt von Stanislaus Wicher. Verlag Buchhandlung des Schweizerischen Grütlivereins, Zürich. (Preis 50 Cts.) — Es ist wirklich ein Notschrei der ihrer politischen Überzeugung wegen von den barbarischen Henkersknechten des Zaren mißhandelten Menschen und nur zu begrüßen, daß allerorts sich Hilfsvereine bemühen, das Ärgste zu mildern und die Menschheit auf diese Greuel aufmerksam zu machen.

Zur Beachtung!

Zur Vermeidung von Verzögerungen ersuchen wir um genaue Beachtung des Folgenden:

Es sind zu adressieren:

Mitteilungen wegen Fernhaltung des Zuzuges und Aenderungen des Adressenverzeichnisses an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16a;

Artikel, Korrespondenzen, Rundschaunotizen, Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen, soweit sie nicht Privatangelegenheiten betreffen, Versammlungsanzeigen und Nachrichten über Sterbefälle an die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung, Stuttgart, Rötestr. 16a und niemals nach Berlin, Elsasserstr. 86—88, ferner niemals an einen der Redakteure persönlich;

Bestellungen auf die Metallarbeiter-Zeitung an die Expedition in Stuttgart, Rötestraße 16a oder in Berlin N. 24, Elsasserstraße 86—88, je nachdem der Ort, wo die Bestellung erfolgt, einer der beiden Expeditionen zugeteilt worden ist;

Bewerbungen um ausgeschriebene Stellen, Privatanzeigen und etwaige Beschwerden über solche nur an den Verlag in Firma Alexander Schlicke & Co., Stuttgart, Rötestraße 16b.

Sendungen an Redaktion oder Expedition sind niemals Sendungen beizulegen, die für den Vorstand oder den Verlag bestimmt sind, sondern stets direkt zu adressieren.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)

Samstag, 28. März:
Hall Schwäb. Bierkeller, 8 Uhr.

Montag, 30. März:
Landsberg a. W. Tivoli, halb 9.

Dienstag, 31. März:
Rawitsch (Posen). Stumbe, 8 Uhr.

Mittwoch, 1. April:
Döbeln-Hartha Stadt. Bleibe, 8 Uhr.
Hagen (Klempner) Verbandshaus, ½9.

Donnerstag, 2. April:
Rüstringen-Wilhelmshaven (Elektriker). Heimeland, Grenzstr. 38, ½9.

Samstag, 4. April:
Augsburg (Spengler). Prinz Karl, 8.
Barmen-Elberfeld (Elektromont.). Jos. Febers, Barmen, halb 9 Uhr.
Barmen-Elberfeld (Kupferarbeiter). Gewerkschaftshaus, Barmen, ½9.
Bergedorf. Deutsches Haus, halb 9.
Bernburg. Gewerkschaftshaus, ½9.
Bitterfeld-Jeßnitz. Volkshaus, ½9.
Bochum (Klempner u. Installateure). Born, [illegible] 33, halb 9 Uhr.
Chemnitz (Bauklempner). [illegible], halb 9 Uhr.
Delmenhorst. Hemmie, halb 9 Uhr.
Döbeln (Bau.). Waldenterrasse, ½9.
Dortmund (Klempner u. Installat.) Lustgarten, Auf dem Berge, halb 9 Uhr.
Dortmund-Hörde. Baumann, halb 9.
Elmshorn. H. Krause, halb 9 Uhr.
Emden. Hotel Bellevue, ½9 Uhr.
Essen (Heizungsm.) Eggelmann, halb 9.
Güstrow. Wiese, Grünerwinkel, ½9.
Magdeburg (Elektromonteure). [illegible], Schulstr. 15b, halb 9.
Merseburg-Lützen. Bürgergarten, 9.
Metz. Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.
M.-Gladbach. Evers, halb 9 Uhr.
Münster i. W. A. Brinkmann, [illegible], halb 9 Uhr.
Riesa. Deutscher Kaiser, [illegible], 8 Uhr.
Pforzheim (Bauschlosser). Klostermühle, 6 Uhr.
Pößneck i. Th. Fellers Rest., halb 9.
[illegible], 8 Uhr.
Wiesbaden. Gewerkschaftsh., halb 9.
Wolgast (Pommern). Schultz, halb 9.

Sonntag, 5. April:
Bernbg.-Sömmern. Bürgergarten, 4.
Bonn a. Rh. (Heizungsmonteure.) Volkshaus, halb 11 Uhr.
Breslau (Hammerschmiede). Siehe Volkswacht, 10 Uhr.
Breslau (Installateure). Gewerkschaftshaus, halb 11 Uhr.
Cassel (Heizungsmonteure). Kleiner Stadtpark, 10 Uhr.
Chemnitz (Heizungsbranche). Volkshaus Kolosseum, halb 11 Uhr.
Crefeld (Former). Volkshaus, halb 11.
Erfurt (Heizungsmont.) Tivoli, 10.
Esch a. d. Alz. Cafe Müller, halb 4.
Hannover (Elektrom.) Gewerksch., 10.
Lübeck (Heizungsfach). Gewerkschaftshaus, 10 Uhr.
Merseburg-[illegible]. Kasino, 5 Uhr.
Minden i. W. Kolosseum, halb 10.
M.-Gladb.-Dülken. Rinkens, ½11.
M.-Gladb.-Kaldenkirchen-Venlo. Hotel Huitgens in Venlo, 2½ Uhr.
Osnabrück-Lengerich. Halb 11 Uhr.
Rostock (Elektrom.) Philharmonie, 10.
Saarbrücken (Heizungsmonteure u. Helfer). Gewerkschaftshaus, 11 Uhr.

Montag, 6. April:
Barmen-Elberf. (Klempn. u. Install.). Gewerkschaftshaus, Barmen, halb 9.

Dienstag, 7. April:
Halle a. S. (Elektromont.) Goldene Kette, Alter Markt, halb 9 Uhr.
Köln a. Rh. (Klempner u. Installat.) Volkshaus, Severinstraße, ½9 Uhr.
Osnabrück-Rheine. Hermes, 8 Uhr.

Mittwoch, 8. April:
Hagen-Wetter. [illegible], halb 9 Uhr.

Donnerstag, 9. April:
Essen. (Former u. Gießereiarbeit.) [illegible], Grabenstr., halb 11.

Samstag, 11. April:
Hagen-Herdecke. Brenne, halb 9.
Hagen-Remberg. Kaßner, halb 9.
Hag.-Wehringhausen. Schnettler, ½9.

Sonntag, 12. April:
Hagen. (Heizungsmont. u. Helfer). Verbandshaus, Neue Welt, 10 Uhr.

Vertrauensleutezusammenkünfte.

Chemnitz (Elektromont.). Samstag, 4. April, abends halb 9 Uhr, im Restaurant Nordpol.
Dortmund (Bezirk). Sonntag, 5. April, vormitt. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße.
Gelsenkirchen. Donnerstag, 2. April, abends 8 Uhr, Taunus, Schalkerstr.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Blankenburg. Der Bevollmächtigte Fr. Holzhäußer wohnt vom 1. April an Marktstr. 3.

Bremen. Wir ersuchen um Mitteilung der Adresse des Formers Melchior Oldengott (zuletzt in Essen) an Fr. Fischer, Vegesackerstraße 66.

Bremen. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum baldigen Antritt einen **weiteren Beamten** (2. Bevollmächtigten) für Bureauarbeit und Agitation. Bewerber müssen mit Verwaltungsarbeiten vertraut, rednerisch und agitatorisch befähigt und mindestens 5 Jahre Mitglied unseres Verbandes sein. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Breslauer Generalversammlung (Skala 4). Bewerbungen, aus denen Alter, Beruf, Familienverhältnisse, Gesundheitszustand, Dauer der Mitgliedschaft sowie die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgeht, sind bis zum 20. April mit der Aufschrift „Bewerbung" versehen, an den Bevollmächtigten K. Behle, Bremen, Faulenstraße 58/60, zu richten.

Freiberg u. Umg. Das Bureau befindet sich **Hirtengasse 1, part.** Alle Zuschriften sind an diese Adresse zu richten.

Halberstadt. Der Bevollmächtigte Heinrich Wild wohnt vom 1. April an Quedlinburger Straße 16, Hh. 2.

Hildesheim. Die hiesige Verwaltungstelle sucht auf sofort einen **ersten Geschäftsführer.** Bewerber müssen mit allen Verwaltungsarbeiten vertraut, rednerisch und agitatorisch befähigt und mindestens 5 Jahre Mitglied unseres Verbandes sein. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Breslauer Generalversammlung (Skala 3). Dienstjahre werden angerechnet. Bewerbungen, die Alter, Beruf, Familienverhältnisse sowie die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung enthalten müssen, sind bis zum 4. April mit der Aufschrift „Bewerbung" an Kollegen August Elze, Leunisstr. 33 p., zu richten.

Leipzig. Mittwoch, 22. April, abends 8½ Uhr, Generalversammlung im Volkshaus, Zeitzerstr. 32.

Metz. Das Mitgliedsbuch des Schlossers Josef Forstenjet, Buch-Nr. 2,038 670, ist gestohlen worden. Wir ersuchen, es dem Inhaber abzunehmen und hierherzusenden.

Osterode a. H. Das Umschauen ist für alle Berufe verboten. Arbeitsnachweis im Verwaltungsbureau, Schützenhaus.

Stuttgart und Umgebung. Wir veranstalten in diesem Jahre eine sechstägige **Pfingstreise nach Oberitalien,** die am 30. Mai früh in Stuttgart beginnt und am 4. Juni abends in Stuttgart endet. Hinfahrt über Schaffhausen-Gotthard nach Pallanza am Lago maggiore, dann Rundfahrt auf allen drei Seen, Fahrt auf den Monte Generoso und Rückfahrt über den Simplon-Lötschberg-Brünig. Reisekosten pro Person 75 M. Dafür wird bestritten: alle Fahrten mit den Bahnen und Schiffen, Bergfahrt, Logements in guten Hotels, Frühstück, Mittag- und Abendessen mit je ¼ Liter Wein, Führung, Trinkgelder rc. Anmeldungen sind bis zum 15. April unter Anzahlung von 3 M. zu den Reisekosten an die Geschäftsstelle Stuttgart, Sophienstraße 21 B I zu richten. An der Reise können sich auch Mitglieder anderer Verwaltungen und und anderer Organisationen beteiligen.

Winsen a. L. (Gehört zu Harburg a. E.) Lokalgeschenk wird nicht mehr ausbezahlt. — Der Vertreter Max Corsing, Bahnhofstr. 1, hat nur Sprechzeit von 7½ bis 8 Uhr werktäglich. Das Aufsuchen zu anderen Zeiten ist nicht angängig. — Die Herberge ist bei Holtmann, Lühestr. 25; das Verkehrslokal bei Ohlenbostel, Nordertorstr. 12. Die Versammlungen finden jeden zweiten Sonnabend im Monat statt.

Gestorben.

Brandenburg. Karl Briesemeister, 61 Jahre.
— Max Otto, 22 Jahre.
— Otto Menz, 28 Jahre.
Bremen. Joh. Horny, Metallarbeiter, 36 Jahre.
— Jul. Landt, Dreher, 36 Jahre.
— Karl Voß, Schlosser, 56 Jahre.
— Friedr. Kruse, Klempner, 31 Jahre, Lungenkrank.
— Wilh. Hartmann, Schmied, 50 J.
— Herm. Meinken, Graveur, 21 J.
— Heinr. Müller, Klempner, 60 Jahre, Proletarierkrankheit.
— Wunib. Maier, Elektriker, 53 Jahre, Proletarierkrankheit.
— Friedr. Nielsen, Elektriker, 27 Jahre, Proletarierkrankheit.
Leipzig. Emil Müller, Klempner, 28 Jahre, Lungenleiden.
— Artur Finke, Kernmacher, 22 Jahre.
— Georg Müller, Mechaniker, 21 J., Lungenleiden.
— Wilhelm Braun, Elektromonteur, 21 Jahre, Gesichtsrose.
Magdeburg. Reinh. Schrader, Schlosser, 19 J., Lungentub. (453).
— Wilhelm Krall, Metallarbeiter, 43 Jahre, Krebs (454).
— Emil Kaftan, Schlosser, 36 Jahre, Herzfehler (455).
— Paul Giegold, Nadler, 34 Jahre, Lungentuberkulose (456).
Nowawes-Potsdam. Hermann Marquart, Schlosser, 23 Jahre, Lungentuberkulose (24).
Speyer. Friedrich Baumann, 36 J., Herzleiden.

Privat-Anzeigen.

(Zuschriften betr. die Arbeitergesuche sind niemals an die Redaktion, sondern stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

Ein tücht. **Feilenhauer** f. alle Sorten in dauernde Stellung gesucht. **H. Kunstmann, Hamburg,** Bäckerbreitergang 33. [

Nadler u. Drahtflechter finden dauernde Stellg. bei **Wilh. Kump, Bremen,** Friesenstr. 9.

Mehrere tücht. Handformer auf **Handelsguß** gesucht für dauernde Beschäftigung bei garant. Stundenlohn von 44 Pf. **F. W. Beckhaus,** Eisengießerei, **Boizenburg a. E.** [

] Ein ledig. **Feilenhauer** in Akkord ges. **August Torgau,** Feilenh.mstr., **Hollerich-Luxemburg,** Mühlenweg 1.

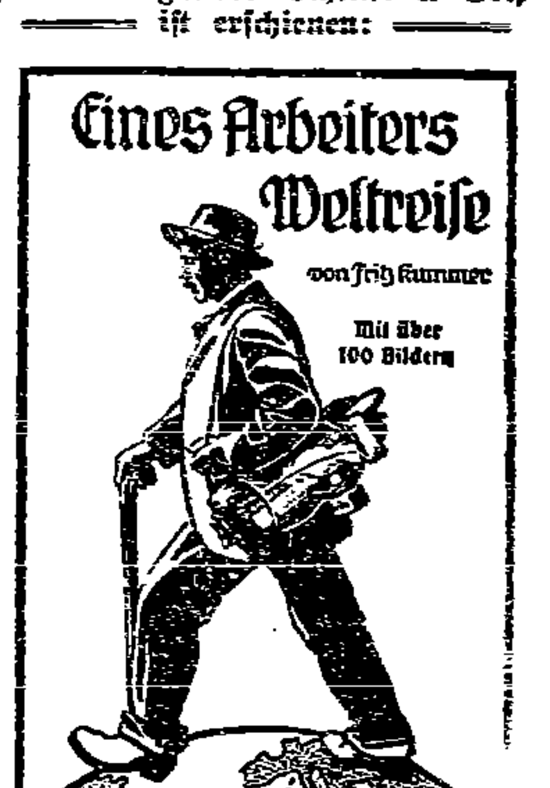
Feilenhauer, Großhauer, gesucht. [**Arbeitsnachweis München,** Edlingerstr. 8/2.

Per sofort werden mehrere [2352
Stahlgraveure
auf vertiefte Arbeit bei hohem Lohn nach dem mit dem Verband abgeschlossenen Tarif für dauernde Arbeit gesucht. Verheiratete erhalt. d. Vorzug.
Zahnfabrik Sprendlingen-Frankf. a. M.

Nadler tüchtiger selbständiger, auf Gitterarbeiten. Derselbe muß auch größere Einfriedigungen selbständig montieren können. Bei zufriedenstellender Leistung dauernde Stellung und guten Lohn. [2358
L. W. Grimm, Braunschweig.

Mehrere tüchtige Präzisionsmechaniker u. Justierer
für feinmechanisch. Instrumentenbau zum baldig. Eintritt in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Lebenslauf u. Zeugnis**abschriften** an **Carl Zeiß, Jena.**

Im Verlag von Alexander Schlicke & Co., Stuttgart, ist erschienen:



Preis Mk. 3.— bei Bezug durch Gewerkschaften für deren Mitglieder, Einzelexemplare Mk. 3.30 inklusive Porto, durch den Buchhandel Mk. 4.50.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.